D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 22
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

4. Juni 1982
Preis 1,80 DM

Die Nato-Strategie in der Diskussion
Was hinter den Abrüstungsvorschlägen steckt – Die Anfänge der Friedensbewegung in der DDR – Blockfreies Europa als Ziel? .... 4 Seiten extra



Hambacher Fest 1982 – Wem gehört die Geschichte?
Karl Carstens war der Streitbarste der Offiziellen. Wer heute Revolution fordere, sei „notwendig gegen die Freiheit“. Die Logik der Mächtigen .. S. 6

Die Arbeit der Linken im Chile von heute
Die grundlegende Aufarbeitung der Fehler in der Unidad Popular steht immer noch erst am Anfang. Ein Vertreter der MAPU berichtet .... S. 12

Alternative Produktion in 'ner echten Fabrik
Mike Cooley berichtet in seinem Buch, wie die Arbeiter von Lucas Aerospace mehr als bloß die Produktpalette veränderten .... S. 15

Das Recht einer Kolonialmacht

frb. Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, tobt vielleicht bereits die Entscheidungsschlacht zwischen britischen und argentinischen Truppen um die Malvinen. Sie wird sich kaum noch vermeiden lassen, aus London verlautet jetzt, jede Verzögerung verstärke womöglich den Druck auf Großbritannien zu einem sofortigen Waffenstillstand. Allein schon die Zwangsläufigkeit, mit der die Ereignisse der letzten Wochen auf diesen blutigen Höhepunkt zugesteuert sind, sollte eine warnende Lehre sein. Die Herren des Krieges konnten ihre Maschinerie entfalten, ohne daß ihnen viel in den Weg gestellt worden wäre.

Man muß dabei nicht erst nach Großbritannien blicken, wo es einer losgelassenen Presse gelungen ist, das Land in einem Sumpf chauvinistischer Schlachtrufe zu ersticken. Auch hierzulande hat die staatsfromme Presse die öffentliche Meinung fest im Griff. Und bei aller Zurückhaltung, die etwas Weitsicht von einem hiesigen Geschäftsmann verlangt, war man hinsichtlich der abendländischen Prinzipien fest an der Seite der Verbündeten. Karl Heinz Bohrers Polemik in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die darin endet, das Auslaufen der Royal Navy als „Stück europäischer Zivilisation“ zu verkünden, hat ja bloß provokativ ausgedrückt, was die Grundlinie der westdeutschen Politik in diesem Konflikt wirklich ist.

Daß denen das alles so leicht gefallen ist, liegt halt schon daran, daß sich verwirrt zeigte, was sonst für den Fortschritt ist, und angesichts von Akteuren, die man sich nicht ausgesucht hatte, auf vornehme Distanz ging. Mit der

tet jetzt, jede Verzögerung verstärke womöglich den Druck auf Großbritannien zu einem sofortigen Waffenstillstand. Allein schon die Zwangsläufigkeit, mit der die Ereignisse der letzten Wochen auf diesen blutigen Höhepunkt zugesteuert sind, sollte eine warnende Lehre sein. Die Herren des Krieges konnten ihre Maschinerie entfalten, ohne daß ihnen viel in den Weg gestellt worden wäre.

Man muß dabei nicht erst nach Großbritannien blicken, wo es einer losgelassenen Presse gelungen ist, das Land in einem Sumpf chauvinistischer Schlachtrufe zu ersticken. Auch hierzulande hat die staatsfromme Presse die öffentliche Meinung fest im Griff. Und bei aller Zurückhaltung, die etwas Weitsicht von einem hiesigen Geschäftsmann verlangt, war man hinsichtlich der abendländischen Prinzipien fest an der Seite der Verbündeten. Karl Heinz Bohrers Polemik in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die darin endet, das Auslaufen der Royal Navy als „Stück europäischer Zivilisation“ zu verkünden, hat ja bloß provokativ ausgedrückt, was die Grundlinie der westdeutschen Politik in diesem Konflikt wirklich ist.

Daß denen das alles so leicht gefallen ist, liegt halt schon daran, daß sich verwirrt zeigte, was sonst für den Fortschritt ist, und angesichts von Akteuren, die man sich nicht ausgesucht hatte, auf vornehme Distanz ging. Mit der

jüngsten Entwicklung ist eine Stellungnahme zum Gegenstand des Konflikts selbst noch dringlicher geworden, denn nur dann kann man die Möglichkeiten seiner Lösung beurteilen. Nur dann läßt sich auch neu auflebender Heuchelei begegnen.

Wir waren und sind der Meinung, daß eine gerechte, schnelle und doch tragende, eine – wenigstens fortan – friedliche Lösung nur eine argentinische sein kann, d.h. eine Lösung, die die Wiederherstellung der argentinischen Souveränität über die Inseln zum Ziel hat. Die Berechtigung der argentinischen Ansprüche ist ja so eindeutig, daß auch die etwa von der FAZ bemühten Völkerrechts-Experten keine Ausflüchte fanden. Sie werden auch sonst nicht bestritten (eine ausführliche Darlegung findet sich in den neuesten „Blätter des iz3w“) – bloß in die Beurteilung der Ereignisse geht davon nichts ein. Da schafft man sich sein eigenes Recht und redet von hehren Prinzipien. Zum Beispiel dieses, Aggressoren dürften nicht die Früchte ihrer Aggression ernten. Eben.

Der Weltbeherrscher des 19. Jahrhunderts als Friedenspolizist! Dabei hätte kaum ein Brite je auf Falkland gesiedelt, hätte sich die Falkland Islands Company nie das Land unter den Nagel reißen können, wenn nicht die Überlegenheit britischer Schiffskanonen 1833 die damaligen argentinischen Inselbewohner verjagt hätte. Argentinische Staatsbürger durften die Inseln hinfort nur noch betreten, wenn sie bei der Einreise dem britischen Gouverneur die Rückfahrkarte schon vorweisen konnten. Was Wunder also, daß die Bewohner der 13000 km von Großbritannien entfernten Inseln britischer Herkunft sind.

Seit 17 Jahren waren Verhandlungen im Gang, in denen Großbritannien keine Bereitschaft zeigte, den Kolonialstatus der Malvinen zu beenden. Obwohl die Vereinten Nationen dieses Ziel für die Verhandlungen vorgeschrieben hatten. Und auch die Ministerkonferenzen der Blockfreienbewegung haben den argentinischen Standpunkt mehrfach unterstützt, woran der chinesische UNO-Vertreter jetzt wieder erinnert hat.

Die jüngsten Ereignisse lassen selbst noch die argentinische Gewaltaktion vom 2. April nachträglich in einem anderen Licht erscheinen. Immerhin darf daran erinnert werden, daß Blut erst vergossen wurde, als britische Torpedos vorsorglich die „General Belgrano“ versenkten. Jede militärische Verschärfung geht seither von der britischen Kriegsmaschine aus. Blutbäder gehören zum Kalkül, oder weshalb sonst werfen die Harrier aus dem Vietnamkrieg berüchtigte Schrapnell-Bomben auf argentinische Stellungen? Und bekanntlich führt die Flotte auch Atombomben mit.

Mit andern Worten, Großbritannien hätte die Inseln nie freiwillig geräumt. Und wer geglaubt hatte, es werde um dieses karge Stückchen Land am Rande der Antarktis einen richtigen Waffengang schon nicht geben, sieht sich nun eines anderen belehrt. Erst hieß es beim Auslaufen der Flotte, damit werde bloß etwas politischer Druck gemacht, die Verhandlungen müßten in-

ne Bereitschaft zeigte, den Kolonialstatus der Malvinen zu beenden. Obwohl die Vereinten Nationen dieses Ziel für die Verhandlungen vorgeschrieben hatten. Und auch die Ministerkonferenzen der Blockfreienbewegung haben den argentinischen Standpunkt mehrfach unterstützt, woran der chinesische UNO-Vertreter jetzt wieder erinnert hat.

Die jüngsten Ereignisse lassen selbst noch die argentinische Gewaltaktion vom 2. April nachträglich in einem anderen Licht erscheinen. Immerhin darf daran erinnert werden, daß Blut erst vergossen wurde, als britische Torpedos vorsorglich die „General Belgrano“ versenkten. Jede militärische Verschärfung geht seither von der britischen Kriegsmaschine aus. Blutbäder gehören zum Kalkül, oder weshalb sonst werfen die Harrier aus dem Vietnamkrieg berüchtigte Schrapnell-Bomben auf argentinische Stellungen? Und bekanntlich führt die Flotte auch Atombomben mit.

Mit andern Worten, Großbritannien hätte die Inseln nie freiwillig geräumt. Und wer geglaubt hatte, es werde um dieses karge Stückchen Land am Rande der Antarktis einen richtigen Waffengang schon nicht geben, sieht sich nun eines anderen belehrt. Erst hieß es beim Auslaufen der Flotte, damit werde bloß etwas politischer Druck gemacht, die Verhandlungen müßten in-

tensiviert werden. Jetzt wird uns erklärt, daß doch wohl klar sei, daß Kriegsschiffe auch schießen. Und in der Tat, ein Tor ist, wer glaubt, die Großmächte würden mit dem Einsatz ihrer Waffen zurückhalten, wenn ihre Interessen berührt sind.

Alle vorgeblichen oder wirklichen Lösungsvorschläge, die in diesen Tagen gemacht werden, müssen danach beurteilt werden, ob sie der Geschichte folgen. Dabei ist die Aussicht auf eine echte Lösung gering. Eine britischer Sieg über die argentinische Garnison z.B. ist gar keine Lösung, obwohl das jetzt wahrscheinlich ist. International wäre ein dauerhafter Unruheherd geschaffen, die britischen Kriegstreiber wären zuhause gestärkt, die argentinischen Generale umgekehrt überhaupt nicht notwendig geschwächt.

Immerhin mahnen einige wenige Stimmen, die sich im Schlachtenlärm allerdings kaum Gehör verschaffen können, was für Britannien kurzfristig als Erfolg erscheine, könne zur langandauernden Last werden. Denn die Inseln müssen ja nicht bloß jetzt erobert, sondern dann auch gehalten werden. Britische Kriegsreporter haben empört berichtet, die Falkland Islands Company hätte ihren Fuhrpark bereits an die argentinische Armee *verkauft*; Quittungen liegen vor. In solchen Erwägungen und Vorgängen spiegelt sich die Tatsache wieder, daß die Anbindung der Inseln an das argentinische Festland auf Dauer unumgänglich ist. Freilich wird sich ohne erheblichen Druck auf die britische Regierung in dieser Richtung nicht viel abspielen.



2. Juni 1967: Polizei erschießt den Studenten Benno Ohnesorg nach einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Westberlin. Der Vorfall wird zum Wendepunkt in der Entwicklung der politischen Bewegung.

Die CDU hat etwas zu bieten

Sie demonstriert für die NATO, und die Kritik daran ist für die Masse der Bevölkerung nicht mit ein, zwei Sätzen abgetan

thm. Am Samstag kann es sich die CDU erlauben, in Bonn für die NATO zu demonstrieren. Und es werden nicht allzu wenige sein, die mitmarschieren. Am 10. Mai hatte die CDU in ihrer Berliner Erklärung noch einmal die Grundlinien für diese Demonstration dargelegt.

Die NATO sei keine Interessengemeinschaft, sondern eine westliche *Wertegemeinschaft*. „Die Gemein-

Kritik an der CDU, dagegen eine andere Gesellschaft als Alternative zum westlichen Kapitalismus zu entwickeln, ist nicht durch die Losung „Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden“ zu entgehen. Und dabei kann die Hauptkritik an der CDU wiederum auch nicht auf ihre richtige Feststellung konzentriert werden, daß die sowjetische Gesellschaft keine Alternative zur westlichen sein darf. Gegenüber der Methode der CDU, vor den östlichen

Lassen wir einmal die bekannte CDU-Einäugigkeit beiseite. Gegenüber der SU als nun wirklich reeller Kriegsgefahr wie auch als unterdrückerisches Regime, entwickelt die CDU ein Konzept der Schwächung der Kraft der SU durch Stärkung der bürgerlichen Demokratie in ihrem Machtbereich. Damit erweist sie sich für einen größeren Teil der Volksbewegung für Solidarität mit dem polnischen Volk, die sich davon ja auch eine Minderung der



2. Juni 1967: Polizei erschießt den Studenten Benno Ohnesorg nach einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Westberlin. Der Vorfall wird zum Wendepunkt in der Entwicklung der politischen Bewegung.

Die CDU hat etwas zu bieten

Sie demonstriert für die NATO, und die Kritik daran ist für die Masse der Bevölkerung nicht mit ein, zwei Sätzen abgetan

thm. Am Samstag kann es sich die CDU erlauben, in Bonn für die NATO zu demonstrieren. Und es werden nicht allzu wenige sein, die mitmarschieren. Am 10. Mai hatte die CDU in ihrer Berliner Erklärung noch einmal die Grundlinien für diese Demonstration dargelegt.

Die NATO sei keine Interessengemeinschaft, sondern eine westliche *Wertegemeinschaft*. „Die Gemeinschaft des Westens beruht auf einem Fundament gemeinsamer Werte und Grundüberzeugungen: Auf den Prinzipien der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der Freiheit der Person, der sozialen Gerechtigkeit und der universalen Menschenrechte, darunter dem des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“ Von hier ausgehend wäre auch die Hauptkriegsgefahr zu klären: „Diese Werte werden von der Sowjetunion nicht nur in ihrem eigenen Bereich verletzt und in Frage gestellt, sondern überall dort bekämpft, wo sie die Macht dazu hat. Darin liegt die wesentliche Ursache für die Gefährdung des Friedens.“

Die CDU hat offensichtlich ein, wenn man so will, alternatives Konzept gegenüber der SPD und der Friedensbewegung. Daß sie damit Erfolg hat, kann ihr kaum jemand abstreiten. Eine Stärke besteht darin, daß sie die Erhaltung des Friedens mit Inhalt füllt. Tatsächlich kann ja die Aufrechterhaltung eines Friedens auch der Frieden eines Zuchthauses sein. Was macht denn überhaupt den Frieden lebenwert? Der Frieden selber? Für die Mehrheit der Bürger ist es unbestritten, daß es Wichtigeres als den Frieden gibt, z.B. die Verhinderung einer Unterjochung oder die Erkämpfung einer besseren Gesellschaft. Indem die Friedensbewegung propagiert, es gäbe nichts wichtigeres als den Frieden, überläßt sie der CDU das weite Feld der eigentlichen Inhalte des Lebens.

Sicher, für die CDU ist die verteidigungswerte Gesellschaft der westliche Kapitalismus. Der Hauptaufgabe der Kritik an der CDU, dagegen eine andere Gesellschaft als Alternative zum westlichen Kapitalismus zu entwickeln, ist nicht durch die Losung „Es gibt nichts wichtigeres als den Frieden“ zu entgehen. Und dabei kann die Hauptkritik an der CDU wiederum auch nicht auf ihre richtige Feststellung konzentriert werden, daß die sowjetische Gesellschaft keine Alternative zur westlichen sein darf. Gegenüber der Methode der CDU, vor den östlichen Systemen abzuschrecken, um die westlichen Werte als großartig hinzustellen, ist ohne eigenständige Kritik der Sowjetunion kein Kraut gewachsen.

Z.B. „Prinzipien der Demokratie“: Wer wollte abstreiten, daß gegenüber der Friedhofsstille im Kreml die Möglichkeit für die Entwicklung einer derartigen Oppositionsbewegung in den USA, wie die Bewegung für ein Einfrieren der Atomrüstung, positiv ist.

Gute Gründe für den Austritt aus der NATO und für ein blockfreies Europa kann die Friedensbewegung gegenüber dem CDU-Konzept nur mehrheitsfähig geltend machen, wenn sie dies als Mittel zur Durchsetzung einer anderen Produktionsweise und Gesellschaftsform gegen Kapitalismus und sowjetischem Staatsmonopolismus vertreten kann. Derartige Konzepte sind bisher noch mager.

Die Atlantische Gemeinschaft sei *Freiheitsgemeinschaft*. Sie verteidige die Freiheit nach Außen. „Das Beispiel der Polen zeigt: Es ist schwer, mehr Freiheit zu gewinnen, wenn sie einmal verloren ist.“ Sie sei aber auch Freiheitsgemeinschaft nach Innen, weil sie auf der freiwilligen Zustimmung ihrer Mitglieder beruhe. Neue Aufgaben für die Freiheitsgemeinschaft entstünden daraus, daß ein Verzicht auf westliche Freiheit „hunderte von Millionen Menschen, die in totalitäten Systemen leben müssen, in die Hoffnungslosigkeit stürzen“ würde. Der Westen soll vor allem seinen ökonomischen Einfluß nutzen, um diesen Ländern mehr Freiheit zu bringen.

Lassen wir einmal die bekannte CDU-Einäugigkeit beiseite. Gegenüber der SU als nun wirklich reeller Kriegsgefahr wie auch als unterdrückerisches Regime, entwickelt die CDU ein Konzept der Schwächung der Kraft der SU durch Stärkung der bürgerlichen Demokratie in ihrem Machtbereich. Damit erweist sie sich für einen größeren Teil der Volksbewegung für Solidarität mit dem polnischen Volk, die sich davon ja auch eine Minderung der Kriegsgefahr erhofft, als konsequenter und erfolgversprechender als die in dieser Beziehung schüchterne Friedensbewegung. Hier läßt sich der CDU nur Wasser abgraben in dem Maß, wie sich die Friedensbewegung als der ehrlichere Demokrat und mit kraftvollerer Solidarität hervortut

Aber für die CDU ist die NATO auch *Friedensgemeinschaft*. Ihr Ziel sei: „... die Verhinderung von Krieg und Erpressung durch Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft. Im Gegensatz zum Atlantischen Bündnis hat der Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion zur Durchsetzung seiner Ziele immer wieder Gewalt angewendet und damit gedroht. Das Atlantische Bündnis ist der Garant des Friedens.“ Dabei sei die CDU unbedingt für Abrüstung, ist aber gegen einseitige Abrüstung.

Die Methode ist bekannt. Die Tatsache der sowjetischen Aggression in der Welt wird ausgeschlachtet, um eine Friedfertigkeit der NATO zu beweisen. Auch hier läßt sich aber eine Kritik nicht einfach durch Umkehrung der CDU-Behauptungen leisten. Ohne realistisches Konzept einer Verteidigung gegen eine etwaige Aggression durch die SU wird die CDU in der Argumentation stärker bleiben. Ohne ein solches Konzept ist auch eine einseitige Abrüstung auf Dauer nicht vertretbar.

Anläßlich des NATO-Gipfels wird die Friedensbewegung *gegen* etwas demonstrieren, die CDU aber *für* etwas. Das erklärt ein wenig den 50% Wähleranteil der CDU. Allein mit Negativ-Koalitionen ist das nicht aufzubrechen.

Immobilismus und Bewegung in der Sowjetunion

Gerd Koenen

Die Plenartagung des ZK der KPdSU in der letzten Woche hat erneut den Immobilismus der Führungsspitze der sowjetischen Partei demonstriert. Die durch Tod vakanten Sitze von Kossygin und Suslow im Politbüro sind nicht neu besetzt worden. Ist da eine sorgfältig gehütete Machtbalance in Gefahr? Alle Veränderungen blieben im engeren Kreis der 25 Spitzenfunktionäre. Auffälligste personelle Verschiebung war die Wahl des bisherigen KGB-Chefs Jurij Andropow ins ZK-Sekretariat; d.h. er gehört nun zum Kreis der vier ranghöchsten Parteiführer außer Breschnew, die sowohl im Politbüro wie im ZK-Sekretariat sitzen.

Andropow wurde zugleich von seinem Amt als KGB-Vorsitzender entlastet. Das macht ihn möglicherweise zum Anwärter auf die Nachfolge Breschnews, neben Konstantin Tschernenko, der sich seinerseits mit einem vorsichtigen Reformprogramm zu profilieren versucht hat. Andropow hat dem in einer programmatischen Rede zu Lenins Geburtstag am 22. April eigene Thesen entgegengestellt:

– In der Sowjetunion sei ein Krieg gegen Korruption, Unfähigkeit, asoziales Verhalten und westliche Dekadenz fällig, der auch bereits eröffnet wurde, durch den KGB (auf dessen Anklage hin kürzlich sogar ein Vize-Minister erschossen wurde).
– Das Hauptfeld aller sozialen Aktivität der Sowjetbürger müsse die Wirtschaft sein, um die Stagnation zu überwinden und das Land von westlichen Lebensmittelimporten unabhängig zu machen.
– Innerhalb der sowjetischen Gesellschaft gebe es ,,nicht deckungsgleiche Interessen verschiedener sozialer Gruppen". Diese aber ließen sich im Rahmen der sowjetischen Institutionen und des Einparteien-Systems ausgleichen. ,,Westliche Prediger des Pluralismus (versuchen) künstlich eine Opposition gegen den Sozialismus zu organisieren." Weder jetzt noch in Zukunft würden Bestrebungen nach einer zweiten Partei in der Sowjetunion jedoch eine Chance bekommen.
– Außenpolitisch soll eine friedliche Koexistenz mit dem Westen weitergeführt werden, jedoch ,,der Kampf der Volksmassen auf allen Kontinenten" und die westeuropäische Friedensbewegung gegen die US-Vorherrschaft und Kriegspolitik entschieden gefördert werden. Entscheidend sei, daß die sowjetische Armee auch in Zukunft ,,alles für die Verteidigung Notwendige" zur Verfügung habe.

Das Avancement Andropows, der als Chef des KGB selbst eine militärische bzw. paramilitärische Armee von mehreren hunderttausend Mann komandiert hat, trägt Züge der im ganzen östlichen Block sich abzeichnenden Militarisierung der Parteien – oder richtiger: des wachsende Einflusses der Militärs und Sicherheitsorgane in der Partei- und Staatsführung.

Das ZK beschloß auf derselben Sitzung ein ,,Lebensmittelprogramm". Durch massive Mehrinvestitionen in der Landwirtschaft – von denen ein Teil durch höhere Aufkaufpreise direkt den Kolchosen zur Verfügung steht –, weiter durch die Schaffung agro-industrieller Komplexe, drittens durch den Ausbau von Leistungsprämien, viertens durch weitere Vergünstigungen für die private Parzellenwirtschaft soll bis zum Jahr 1990 die Sowjetunion endlich zum Selbstversorger gemacht und das Ernährungsniveau der Bevölkerung gehoben werden.

Zwei Jahre hat das ZK gebraucht, um dies Programm auszuarbeiten. Nicht wirtschaftliche Konkurrenz oder sozialer Interessenskampf, sondern sorgsam ausgetüftelte Kompromisse zwischen den verschiedenen Sektoren der Nomenklatura sind in der UdSSR der einzige Weg zum Ausgleich gesellschaftlicher Interessen. Er wird offenbar immer mühsamer gangbar.

Auf dem Komsomol-Kongreß Mitte Mai wurde in wütenden Tiraden die ,,moralische und geistige Degradation" durch westliche Einflüsse, der viele sowjetische Jugendliche unterlägen, gebrandmarkt. Auf gerade diese Weise sei die polnische Jugend von der westlichen Konterrevolution manipuliert worden, rief der Sekretär Pastukow warnend aus!

Kein Zweifel, daß in der Sowjetunion untergründige Entwicklung in Gang sind. Wenn man nur schon einen genaueren Eindruck davon hätte, welche Bewegungsformen die sozialen Kämpfe in diesen Ländern des Staatsmonopols schließlich annehmen werden!

burtstag am 22. April eigene Thesen entgegengestellt:
– In der Sowjetunion sei ein Krieg gegen Korruption, Unfähigkeit, asoziales Verhalten und westliche Dekadenz fällig, der auch bereits eröffnet wurde, durch den KGB (auf dessen Anklage hin kürzlich sogar ein Vize-Minister erschossen wurde).
– Das Hauptfeld aller sozialen Aktivität der Sowjetbürger müsse die Wirtschaft sein, um die Stagnation zu überwinden und das Land von westlichen Lebensmittelimporten unabhängig zu machen.
– Innerhalb der sowjetischen Gesellschaft gebe es ,,nicht deckungsgleiche Interessen verschiedener sozialer Gruppen". Diese aber ließen sich im Rahmen der sowjetischen Institutionen und des Einparteien-Systems ausgleichen. ,,Westliche Prediger des Pluralismus (versuchen) künstlich eine Opposition gegen den Sozialismus zu organisieren." Weder jetzt noch in Zukunft würden Bestrebungen nach einer zweiten Partei in der Sowjetunion jedoch eine Chance bekommen.
– Außenpolitisch soll eine friedliche Koexistenz mit dem Westen weitergeführt werden, jedoch ,,der Kampf der Volksmassen auf allen
bis zum Jahr 1990 die Sowjetunion endlich zum Selbstversorger gemacht und das Ernährungsniveau der Bevölkerung gehoben werden.
Zwei Jahre hat das ZK gebraucht, um dies Programm auszuarbeiten. Nicht wirtschaftliche Konkurrenz oder sozialer Interessenskampf, sondern sorgsam ausgetüftelte Kompromisse zwischen den verschiedenen Sektoren der Nomenklatura sind in der UdSSR der einzige Weg zum Ausgleich gesellschaftlicher Interessen. Er wird offenbar immer mühsamer gangbar.
Auf dem Komsomol-Kongreß Mitte Mai wurde in wütenden Tiraden die ,,moralische und geistige Degradation" durch westliche Einflüsse, der viele sowjetische Jugendliche unterlägen, gebrandmarkt. Auf gerade diese Weise sei die polnische Jugend von der westlichen Konterrevolution manipuliert worden, rief der Sekretär Pastukow warnend aus!
Kein Zweifel, daß in der Sowjetunion untergründige Entwicklung in Gang sind. Wenn man nur schon einen genaueren Eindruck davon hätte, welche Bewegungsformen die sozialen Kämpfe in diesen Ländern des Staatsmonopols schließlich annehmen werden!

Hungerstreik gegen türkische Militärjunta

Junta-Chef Evren kündigt an: ,,Wir rechnen mit allen ab" Verhaftungen, Folter, Todesurteile / Bundestagsdebatte gefordert

vip. Seit Montag, dem 24. Mai, befinden sich in 12 Städten (Lübeck, Hamburg, Hannover, Bremen, Mannheim, Stuttgart, Wuppertal, Duisburg, Frankfurt, München, Nürnberg und Westberlin) Türken, Kurden aus der Türkei und Deutsche in einem unbefristeten Hungerstreik. Gleiche Aktionen finden in Rotterdam, Amsterdam und Paris statt. Ziel des Hungerstreiks:

– Aufklärung über die Ermordung mehrerer politischer Gefangener in den Militärgefängnissen von Diyarbakir und Alemdag / Istanbul,
– Entsendung einer *unabhängigen* Kommission zur Untersuchung der Massaker und Menschenrechtsverletzungen,
– Behandlung der Menschenrechtsverletzungen in der Fragestunde im Deutschen Bundestag und
– Beobachtung der politischen Massenprozesse in der Türkei.

1960 richtete sich der Putsch der Militärs gegen die konservative Regierung Baya – Menderes. Menderes wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im gleichen Jahr wurde eine demokratische Verfassung verabschiedet. Am 12. März 1971 wurde durch den Putsch der Militärs zwar die konservative Regierung Demirel gestürzt, er richtete sich aber gegen die aufkeimende Arbeiterbewegung und die demokratische Opposition sowie gegen linke radikale Offiziere. Die Militärs übernahmen nach außen hin nicht selbst die Macht, sondern setzten ein ziviles Kabinett ein, das einen Säuberungsauftrag erhielt. Militär, Militärgerichte und der Strang waren die Instrumente. 1974 zog sich das Militär wieder zurück.

Offenbar hat es die Junta unter General Evren als Fehler angesehen, nicht schon 1971 aufgeräumt zu haben. Zweifellos ist der ,,Nationale Sicherheitsrat" am 12. September 1981 angetreten, um einen Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaftsbewegung und die gesamte linke und linksliberale Opposition zu führen, bei dem außerdem das ,,Kurdenproblem" endgültig gelöst werden soll. Mindestens 150000 Menschen wurden festgenommen. 47000 haben sich vor Militärgerichten zu verantworten. Gegen fast jeden Zehnten ist das Todesurteil beantragt. 16 Todesurteile wurden vollstreckt. General Evren hat keinen Zweifel gelassen, daß er weiter vollstrecken lassen wird. Die Zahl derer, die ohne Gerichtsverfahren ermordet wurden, beträgt 668.

Wie eh und je haben die politische Polizei und die Militärs freie Hand bei der Anwendung der Folter. Die unerschütterlichen Dokumente über die systematische Anwendung der Folter türmen sich unterdessen haushoch. Die Junta bestreitet dies natürlich, aber mit ihr auch die Bundesregierung. Die Tatsache, daß die Junta einige der Folterknechte vor Gericht gestellt hat, ist nicht einmal ein Feigenblatt. Der Kommissar Haskiris zum Beispiel hat einen DEV-YOL-Verdächtigten, einen Flugblattverteiler zu Tode gefoltert. Nachdem er ein Jahr inhaftiert war, wurde er im September 1981 auf freien Fuß gesetzt und seither nicht mehr gesehen. Sein Urteil, 14 Jahre Haft, entnahm er der Presse. Andere Schergen wurden verurteilt und dann befördert. So werden diejenigen zur Rechenschaft gezogen, die sich die bekannten vereinzelten, bedauerlichen, überall vorkommenden Übergriffe leisten. Die Bundesregierung hat schriftlich gegeben, daß sie dies alles für bare Münze nimmt.

Es ist offensichtlich, daß dieser Schlächterei nicht nur diejenigen zum Opfer fallen sollen, denen Gewalt oder Terrorismus vorgeworfen werden kann. Nicht nur an der Verurteilung und fortwährenden Anklage gegen Ecevit sieht man es. Andere CHP-Abgeordnete wie Ertugrul Günay und Temel Ates sind nach §146 StGB beschuldigt und von der Todesstrafe bedroht. Sie sollen DEV-YOL ,,gelobt" haben. Bei seiner Rede im März in Bursa hat General Evren gesagt: ,,Dies ist unsere letzte Chance. Wir werden mit allen abrechnen. Diese letzte Chance werden wir nutzen."

US-Außenminister Haig hat bei seinem Türkeibesuch im Mai das Land als seine zweite Heimat bezeichnet, und Kai Uwe von Hassel, der jüngst selbst in der Türkei nach dem Rechten gesehen hat, hat mit seinen konservativen europäischen Fraktionskollegen im politischen Ausschuß des Europaparlamentes gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten die 1,5 Mrd. DM locker gemacht, die bislang durch die Beschlüsse des Parlamentes blokkiert waren. Eine Debatte im Bundestag, wie sie die Hungerstreikenden fordern, müßte die Regierung fürchten.



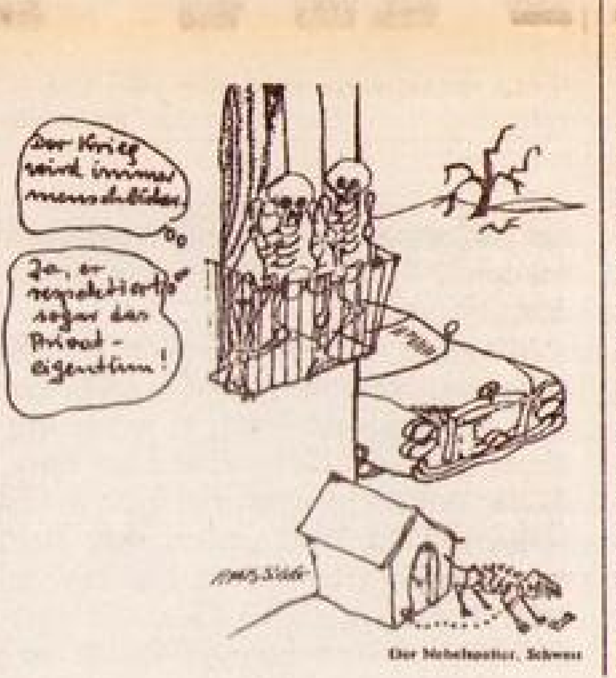
Der Hungerstreik braucht breite und lange Unterstützung. Auch wir können Lehren aus der Zeit nach 1971 ziehen. Am 9. Oktober 1971 waren drei Studenten durch ein Militärsondergericht zum Tode verurteilt worden, weil sie als Protestaktion gegen die damaligen Unterdrückungsmaßnahmen vier US-Soldaten entführt und ein paar Tage später freigelassen hatten. Im Februar 1972 führten Türken und Deutsche einen Hungerstreik durch, an dem sich zeitweise Professoren wie Ebert, Peters, Flechtheim und Gollwitzer beteiligten und der nationale Unterstützung gefunden hat. Landesbischof Scharff sandte Telegramme an den türkischen

Informationen sendet, Spenden empfängt:
Hungerstreikkomitee K. Bulat
Ebertplatz 12, 5000 Köln 1,
Tel. 0221 / 124850
Deutsche Bank Kt. 2004547, BLZ 37070060

Staatspräsidenten, den türkischen Botschafter und Kanzler Brandt. Der öffentliche Druck führte gar zu einer Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe im türkischen Parlament. Wenn wir die drei nicht hinrichten, wen sollen wir dann hinrichten, fragte ein Abgeordneter in dieser Debatte. Am 6. Mai 1972 wurden die drei in Ankara durch den Strang hingerichtet.

Das Komitee der Hungerstreikenden hat mitgeteilt, daß es sich an der Demonstration in Bonn am 10. Juni beteiligen wird. Dies ist ein richtiger Schritt schon deshalb, weil zur NATO-Gipfelkonferenz natürlich auch die Vertreter der türkischen Militärjunta erscheinen werden. Es bietet aber auch Gelegenheit, die Unterstützung für den Hungerstreik zu verbreitern. Das ist dringend notwendig. Die Militärjunta von 1981/82 ist ungleich entschlossener und brutaler in der Niederwerfung jeder demokratischen Opposition als die von den Militärs gestützte Regierung 1971/72.

12. März 1971 wurde durch den Putsch der Militärs zwar die konservative Regierung Demirel gestürzt, er richtete sich aber gegen die aufkeimende Arbeiterbewegung und die demokratische Opposition sowie gegen linke radikale Offiziere. Die Militärs übernahmen nach außen hin nicht selbst die Macht, sondern setzten ein ziviles Kabinett ein, das einen Säuberungsauftrag erhielt. Militär, Militärgerichte und der Strang waren die Instrumente. 1974 zog sich das Militär wieder zurück.
Offenbar hat es die Junta unter General Evren als Fehler angesehen, nicht schon 1971 aufgeräumt zu haben. Zweifellos ist der ,,Nationale Sicherheitsrat" am 12. September 1981 angetreten, um einen Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaftsbewegung und die gesamte linke und linksliberale Opposition zu führen, bei dem außerdem das ,,Kurdenproblem" endgültig gelöst werden soll. Mindestens 150000 Menschen wurden festgenommen. 47000 haben sich vor Militärgerichten zu verantworten. Gegen fast jeden Zehnten ist das Todesurteil beantragt. 16 Todesurteile wurden vollstreckt. General Evren hat keinen Zweifel gelassen, daß er weiter vollstrecken lassen wird. Die Zahl derer, die ohne Gerichtsverfahren ermordet wurden, beträgt 668.
kann. Nicht nur an der Verurteilung und fortwährenden Anklage gegen Ecevit sieht man es. Andere CHP-Abgeordnete wie Ertugrul Günay und Temel Ates sind nach §146 StGB beschuldigt und von der Todesstrafe bedroht. Sie sollen DEV-YOL ,,gelobt" haben. Bei seiner Rede im März in Bursa hat General Evren gesagt: ,,Dies ist unsere letzte Chance. Wir werden mit allen abrechnen. Diese letzte Chance werden wir nutzen."
US-Außenminister Haig hat bei seinem Türkeibesuch im Mai das Land als
sandte Telegramme an den türkischen
Informationen sendet, Spenden empfängt:
Hungerstreikkomitee K. Bulat
Ebertplatz 12, 5000 Köln 1,
Tel. 0221 / 124850
Deutsche Bank Kt. 2004547, BLZ 37070060
Staatspräsidenten, den türkischen Botschafter und Kanzler Brandt. Der öffentliche Druck führte gar zu einer Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe im türkischen Parlament. Wenn wir die drei nicht hinrichten, wen sollen wir dann hinrichten, fragte ein Abgeordneter in dieser Debatte. Am 6. Mai 1972 wurden die drei in Ankara durch den Strang hingerichtet.
Das Komitee der Hungerstreikenden hat mitgeteilt, daß es sich an der Demonstration in Bonn am 10. Juni beteiligen wird. Dies ist ein richtiger Schritt schon deshalb, weil zur NATO-Gipfelkonferenz natürlich auch die Vertreter der türkischen Militärjunta erscheinen werden. Es bietet aber auch Gelegenheit, die Unterstützung für den Hungerstreik zu verbreitern. Das ist dringend notwendig. Die Militärjunta von 1981/82 ist ungleich entschlossener und brutaler in der Niederwerfung jeder demokratischen Opposition als die von den Militärs gestützte Regierung



Der Nebelspalter, Schweiz

Bundesregierung bestätigt Waffenexport-Richtlinien

kvz. Am vergangenen Mittwoch bestätigte das Bundeskabinett die neu ausgearbeiteten Richtlinien für den Waffenexport. Am erstaunlichsten an dem ganzen Vorgang scheint doch, wie willig sich die SPD-Fraktion schließlich den Absichten der Regierung unterordnete. Es blieb letzten Endes eine knappe Erklärung der Fraktion übrig: Ihre Vertreter sollten bei der Erörterung von Rüstungsexporten im Bundessicherheitsrat die ,,restriktive Linie der Bundestagsfraktion mit Nachdruck vertreten". Regierungssprecher Rühl hatte ebenfalls nochmals betont, es bleibe bei der restriktiven Haltung der Bundesregierung und der SPD-Rüstungsexperte Bahr hatte sein Plazet gegeben – wer wollte da noch widersprechen. Die U-Boote für Chile werden derweil fleißig weitergebaut. Restriktiv?

Prozeß gegen Sieglinde Hoffmann vor Ende

kvz. Am vergangenen Mittwoch hat das Gericht im Prozeß gegen Sieglinde Hoffmann in Frankfurt die Beweisaufnahme abgeschlossen. Sieglinde Hoffmann wird wegen versuchter Geiselnahme in einem besonders schweren Fall angeklagt. Durch diese Hintertür kommt die Anklage wegen Mordes, die vom französischen Auslieferungsgericht nicht zugelassen worden war, wieder in das Verfahren. Die Verteidiger hatten gegen Ende des Verfahrens noch einmal für Aufsehen gesorgt. Aus einer eher beiläufigen Bemerkung des Kronzeugen Volker Speitel, der sich mittlerweile mit Unterstützung des BKA ,,unauffindbar" in Südamerika befindet. In Mexico City hatte er einmal eine Aussage gemacht und dabei erwähnt, daß S. Hoffmann während der gesamten Zeit im Ausland gewesen sei. In den Aussagen stehen nun Kronzeuge gegen Kronzeuge. Karl-Heinz Dellwo hatte Sieglinde Hoffmann belastet. Aber das Gericht mochte nicht die Aussage Speitels genauer überprüfen und lehnte eine Zeugenvernehmung des Botschafters, vor dem Speitel seine Aussagen gemacht hat, ab. Das Protokoll der Zeugenvernehmung wurde als wahr unterstellt. Eine genauere Klärung der Aussagen zum Aufenthalt von S. Hoffmann soll unterbleiben. In dieser Woche werden Staatsanwalt und Verteidiger ihre Plädoyers halten.

Jahreskonferenz von amnesty international

kvz. Über Pfingsten führte die deutsche Sektion von amnesty international ihre Jahreskonferenz durch. In einer voraufgegangenen Pressekonferenz prangerte Wolfgang Heinz, Vorsitzender von amnesty international, vor allem die Methode politischer Morde an. ai schätzt, daß bis heute weltweit etwa 1 Mio. Menschen verschwunden sind. Sie wurden aus politischen Gründen von den Herrschenden ohne jegliche Möglichkeit der Nachprüfung, was geschehen ist, beiseite geschafft. Die Verhältnisse in der Türkei wurden erneut angegriffen und der Hungerstreik der Türken, die auf die Menschenrechtssituation in der Türkei aufmerksam machen wollen, unterstützt. Wesentlicher Punkt der Beratungen auf der Jahreskonferenz war die Frage der Unterstützung der Friedensbewegung. Mitglieder forderten eine stärke Unterstützung der Friedensbewegung und eine Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses durch ai. Der Bundesvorsitzende Heinz will jedoch den Arbeitsbereich von ai nicht über die Gefangenenbetreuung hinaus erweitern. Aber ohne Frieden könne es keine Menschenrechte geben und wirklicher Friede ohne die Achtung der Menschenrechte bleibe undenkbar. Die Mitglieder von ai sollten daher die Ziele von ai innerhalb der Friedensbewegung vertreten.

Brokdorf-Prozesse, einige Ergänzungen

kvz. In der Zusammenstellung über die laufenden Brokdorf-Prozesse in KVZ 21/81 ist eine Angabe nicht richtig. Im Prozeß gegen Wilfried Gödeker ist Ende März die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen die Einstellung des Verfahrens vom Landgericht verworfen worden. Somit ist die Einstellung des Verfahrens rechtskräftig. Der Aufzählung der laufenden Prozesse müssen weitere hinzugefügt werden, die sich nicht unmittelbar aus der Demonstration in Brokdorf Anfang letzten Jahres ergeben, wohl auf Grund anderer Widerstandsaktionen gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf. Es sind dies einmal 4 Jugendliche aus Glückstadt, gegen die z.Z. wegen Brandanschlägen gegen die Stadtwerke und das Amtsgericht Glückstadt verhandelt wird, sowie ein Ermittlungsverfahren mit dem Vorwurf ,,Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129a)" gegen die ,,BUU/Bewegung Weiße Rose" in Itzehoe.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Juni

5. **Duisburg.** Arbeitstreffen gegen Ausländerfeindlichkeit, bis 6.6.
   Marburg. Übernationales Frauentreffen ,,Politik der Frauen", Frauengruppe zur SK, bis 6.6.
   BRD. Demonstrationen und Aktionen gegen NATO und Reagan-Besuch in verschiedenen Städten
   Bonn. Demonstration für die NATO durch die CDU
   Paris. Kampuchea-Konferenz Paris '82, veranstaltet von der Solidaritätsbewegung Kampuchea, bis 6.6.
6. **Hamburg.** Landtagswahlen
7. **New York.** Eröffnung der 2. UNO-Sondersitzung zur Abrüstung, bis 9.7.
9. **Bonn.** Voraussichtliche Ankunft Reagans
   Köln. Anti-Reagan-Tribunal von AStA der Uni Köln und vds
10. **Bonn.** Demonstration gegen die NATO
   Bonn. NATO-Gipfelkonferenz
   Westberlin. Demonstration von ESG, SEW u.a. gegen den Reagan-Besuch
11. **Westberlin.** Vorauss.. Demonstration gegen den Reagan-Besuch
   Westberlin. Reagan in Westberlin
   Lahnstein. Juso-Bundeskonferenz, bis 13.6.
12. **New York,** andere Städte in den USA. Demonstration der Friedensbewegung
   Königswinter. Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in den Sozialausschüssen der CDU zum Thema ,,Frieden", bis 13.6.
   o.O. Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen, bis 13.6.
16. **Bonn.** Nachtragshaushalt '82 und Haushalt '83 sollen im Kabinett eingebracht werden
17. **Frankfurt.** Frankfurter Friedenskongreß, veranstaltet von AStA und SB, bis 20.6.
   Beabsichtigte Gründung der ,,Demokratischen Sozialisten"
18. **Oberursel.** Kongreß ,,Die Stadt – bedrohter Lebensraum ohne Ausweg", veranstaltet von AG SPAK und BBU, bis 20.6.

Anatomie des Chauvinismus: Die britische Boulevard-Presse zum Falkland-Krieg









Mail
TUESDAY, JUNE 1, 1982 — 17p

DAILY Mirror



The paras go in fighting — Drawing: DAVID ACE

Daily Mail
Ein Triumph für die roten Teufel
Sie sprinteten vorwärts und feuerten schreiend und fluchend aus der Hüfte. Für die 600 Männer des 2. Fallschirmjäger-Bataillons war es ein Job, der gemacht werden mußte, der blutig ausgehen konnte. Die Argentinier schienen alle Vorteile auf ihrer Seite zu haben. Sie waren gut eingegraben und hatten ein überschaubares Schußfeld. Es gab keine Deckung für die angreifende Truppe. Aber was sie nicht hatten, war die Begeisterung, das Geschick und die innere Lauterkeit der jungen Männer, die die mühsamsten physischen und seelischen Tests absolviert hatten, um die roten Baretts zu tragen.

Daily Mail
Der Mut unserer kämpfenden Truppe
Wir sind auf unsere kämpfenden Männer stolz. Seeleute, Piloten und nun Soldaten ... alle wurden einer Prüfung unterzogen. Alle haben ihrem Land, der Welt und sich selbst ihre Tapferkeit unter feindlichem Feuer gezeigt.

Wir hatten die Nase voll vom Britannien der alles zugrunderichtenden Streikenden; von anarchistischen Betriebsräten und selbstsüchtigen Spekulanten. Aber es gibt ein anderes Britannien. Ein Britannien des Dienstes und der Opfer; der Pflicht und der Tapferkeit. Es ist das Britannien von ,,H'' Jones und seinen Männern.

Was auch immer die weltweite Reaktion auf die nicht gewollte Schlacht um Falkland sein wird, beide, unsere Verbündeten und unsere Feinde, erhalten laut und klar eine Botschaft: Britannien hat den Willen, für die Freiheit zu kämpfen. Wir haben dafür die Männer ... von Löwen geführte Löwen.

The real soldier
Fitter than his men who are 20 years younger



Daily Mail
Der wirkliche Soldat
Besser in Form als seine Männer, die 20 Jahre jünger sind. Die Sturmtruppen werden von einem Mann geführt, der viel davon hält, die Mühen mit den einfachen Soldaten zu teilen. Brigadier Julian Howard Atherton Thompson. Er hat mehr Winter im Training unter arktischen Bedingungen verbracht als irgendeiner seiner Leute ... Dagegen der argentinische General Mario Menendez. Er soll Argentiniens Top-Taktiker sein, aber bis jetzt waren seine Erfahrungen in moderner Kriegsführung auf Bücherlesen und Kriegsspiele begrenzt. In Argentinien zählt nicht, was du kannst, sondern welche Beziehung du hast.



Daily Express
Prachtvolle sechshundert
1400 Argentinier ergaben sich, als 600 tapfere Fallschirmjäger alle Handikaps überwanden. – 12 Briten in der Schlacht um Goose Green getötet und 31 verletzt. ,,Dies war eine der brillantesten und mutigsten Gefechts-Aktionen, die seit dem II. Weltkrieg durchgeführt wurden.''

The Sun
Ergebt euch oder sterbt
Diese dramatische Botschaft wurde durch den Kommandeur der britischen Sturmtruppen, Brigadier Julian Thompson, ausgegeben ... Die Truppen der Junta hatten zwei Monate Zeit gehabt, sich einzugraben. Aber unsere Paras (Fallschirmjäger, Elitetruppe) jubilieren über den glorreichen Sieg bei Goose Green und verlangen nach Rache, nachdem die feindlichen Truppen bei Darwin erst die weiße Flagge hißten und dann das Feuer eröffneten.

The Sun
In Memoriam der Gefallenen
Diese berühmten Zeilen, die der Kriegspoet Rupert Brooke schrieb, bevor er 1915 im Gefecht in Frankreich fiel, sagen mehr, als wir den am Wo-

NEVER TRUST AN ARGIE!

Trau niemals einem Argie!

BATTLE FOR THE ISLANDS



40 HERO NURSES IN THE ACTION

The Sun
40 heldenhafte Krankenschwestern in Aktion
Tapfere Krankenschwestern der Marine riskierten ihr Leben, um mitten in die tobende Falkland-Schlacht zu fahren und verwundete Soldaten zu retten. Während überall argentinisches Gewehrfeuer sein Echo verbreitete, be-



nen konnte. Die Argentinier schienen alle Vorteile auf ihrer Seite zu haben.
seelischen Tests absolviert hatten, um die roten Baretts zu tragen.

Daily Express
Prachtvolle sechshundert
1400 Argentinier ergaben sich, als 600 tapfere Fallschirmjäger alle Handikaps überwanden. – 12 Briten in der Schlacht um Goose Green getötet und 31 verletzt. ,,Dies war eine der brillantesten und mutigsten Gefechts-Aktionen, die seit dem II. Weltkrieg durchgeführt wurden.''

The Sun
Ergebt euch oder sterbt
Diese dramatische Botschaft wurde durch den Kommandeur der britischen Sturmtruppen, Brigadier Julian Thompson, ausgegeben ... Die Truppen der Junta hatten zwei Monate Zeit gehabt, sich einzugraben. Aber unsere Paras (Fallschirmjäger, Elitetruppe) jubilieren über den glorreichen Sieg bei Goose Green und verlangen nach Rache, nachdem die feindlichen Truppen bei Darwin erst die weiße Flagge hißten und dann das Feuer eröffneten.

The Sun
In Memoriam der Gefallenen
Diese berühmten Zeilen, die der Kriegspoet Rupert Brooke schrieb, bevor er 1915 im Gefecht in Frankreich fiel, sagen mehr, als wir den am Wo-chenende auf Falkland begrabenen Briten jemals sagen könnten.
,,Falls ich sterben sollte, denk nur so an mich:
Daß es immer eine Nische auf dem fremden Schlachtfeld gibt
Die ist für immer England ...''

NEVER TRUST AN ARGIE!

Trau niemals einem Argie!

BATTLE FOR THE ISLANDS



Ihr hart verdientes Geld gedeiht mit uns (Aus einer Werbung)

YOUR HARD EARNED MONEY WILL THRIVE WITH US.



The Sun
40 heldenhafte Krankenschwestern in Aktion
Tapfere Krankenschwestern der Marine riskierten ihr Leben, um mitten in die tobende Falkland-Schlacht zu fahren und verwundete Soldaten zu retten. Während überall argentinisches Gewehrfeuer sein Echo verbreitete, be-wegte sich ihr Hospital-Schiff, die Uganda, für ihren barmherzigen Auftrag nahe an die Küste. In ihrer 320 Leute starken Mannschaft sind 40 junge Krankenschwestern mit dem Spitznamen ,,die furchtlosen Vierzig''.





The Sun
Sexy TV-Star Suzanne Daniel serviert einen Tonic für die Truppen ... als Teil einer ,,Konzert-Party'' von patriotischen Stars des show-business. Die glitzernde Starparade fand sich gestern beim Londoner Top-Nachtclub Xenon ein, um für die Jungs von der Truppe einen moralisch-aufbauenden Video-Film aufzunehmen. Ein Filmausschnitt der Rolling Stones soll beigefügt werden.

Vera sings again to aid troops

Vera : Helping

Daily Express
Der Liebling der Flotte, Vera Lynn, hat ein Lied für die Truppe aufgenommen. Sie gewann das Herz der Soldaten im II. Weltkrieg mit einer Reihe von Hits. Jetzt hat sie das Lied ,,Ich liebe dieses Land'' aufgenommen, das den Männern im Südatlantik gewidmet ist.

THE POPE IN BRITAIN

Daily Express
Vielleicht stehe ich alleine mit meiner Meinung. Aber ich finde es merkwürdig, daß der Papst nun nach seiner britischen Reise Argentinien besuchen muß. Ich bin kein römischer Katholik. Aber ich mag den Papst. Er hat ein freundliches Gesicht und sein Akzent erinnert mich an diese eindringlichen polnischen Vertreter, die hier blieben, als der zweite Weltkrieg endete. Warum sollte er unbedingt nach Buenos Aires, dazu mit einer hastig arrangierten Reise, nur um die Junta zu beschwichtigen?

The bravest widow in Britain today

H MY HERO

COLONEL 'H': Loved and trusted the army — WIFE SARA: I knew the town was lost

BATTLE FOR THE FALKLANDS

Daily Express
Heute die tapferste Witwe in Britannien – Mein Held
Mrs. Sara Jones erzählte gestern tapfer über ihren Ehemann Colonel H., der, während er seine Truppe zum Sieg auf den Falklands führte, getötet wurde. ,,Er starb, wie er lebte, als Soldat'', sagte sie. ,,Er würde es nicht anders gewünscht haben.'' ,,Ich weiß, solange wir zum Schluß gewinnen, wird es nicht umsonst gewesen sein.''



Daily Mirror
In Stille geht sie unter ... ein stolzes Kriegsschiff
Zusammengedrängt wie untrennbare Freunde in Zeiten der Not, legen zwei Kriegsschiffe eindringlich Zeugnis ab von der Kameradschaft zur See. Das Schiff auf der rechten Seite ist der schicksalhafte Zerstörer HMS Sheffield, der von einer Exocet-Rakete durchlöchert wurde und bald seinen tragischen Abstieg auf den Grund des Meeres antreten wird. Auf der anderen Seite die Fregatte HMS Arrow, die sanft zur Rettung der tapferen Crew anlegt.

Leserbriefe

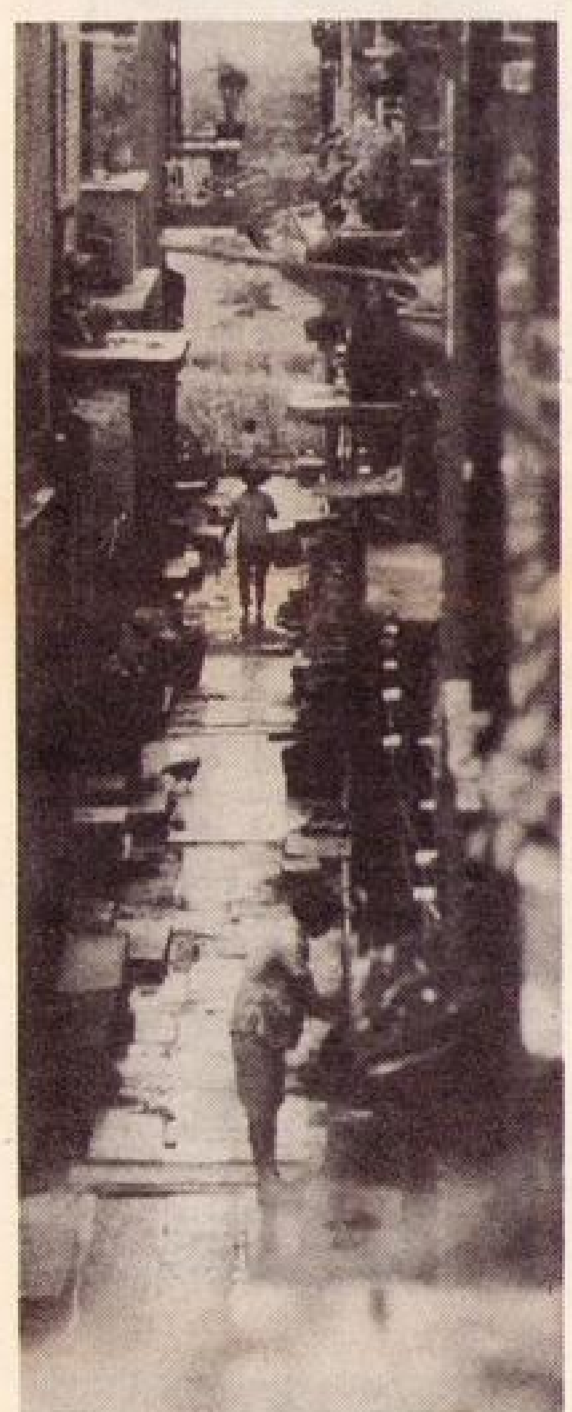
Trennung von Partei und Staat nicht verwirklicht

Zum Artikel „Konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht" – Neuer Verfassungsentwurf der VR China in KVZ 20/82, S. 7/8

Der Verfasser dieses Artikels kommt bei seiner Analyse des neuen chinesischen Verfassungsentwurfs zu dem Schluß, daß zum einen die Trennung von Partei und Staatsapparat vollzogen wurde, und zum anderen die demokratischen Rechte erweitert wurden. Auch die Überschrift „Konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht" weist darauf hin, daß dies das wichtigste Ergebnis des neuen chinesischen Verfassungsentwurfs sein soll. Mal abgesehen davon, daß der Autor seine Aussagen dahingehend einschränkt, daß die Erfahrung gezeigt habe, daß in China die Realisierung einer Verfassung ein schwieriges Problem sei, denke ich, daß seine Interpretation nicht stimmt. Es ist zwar richtig, daß in keinem Paragraphen der Verfassung die KPCh als der führende Kern des chinesischen Volkes definiert wird und daß auch nirgends erwähnt ist, daß die Bürger der VR China die Führung der KPCh unterstützen müssen, wie noch in der Verfassung von 1978. Aber in der Präambel der neuen Verfassung steht, nachdem auf die Bedeutung der Führung durch die KPCh in der neude-



der Führung durch die KPCh in der neude-



mokratischen Revolution hingewiesen wurde, als grundlegende Aufgabe der kommenden Jahre die sozialistische Modernisierung bezeichnet wird: „Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und geleitet durch den Marxismus-Leninismus und die Mao Zedong-Ideen wird das chinesische Volk weiterhin an der demokratischen Diktatur des Volkes und am sozialistischen Weg festhalten, ununterbrochen das sozialistische System in jeder Hinsicht vervollkommnen, die sozialistische Demokratie entfalten, das sozialistische Rechtssystem perfektionieren ...

Peng Zhen, Vizevorsitzender der Kommission für die Abänderung der Verfassung der VR China, weist in seinen Erläuterungen zu dem Abänderungsentwurf der Verfassung der VR China darauf hin, daß in der Präambel das Festhalten an den vier grundlegenden Prinzipien bestätigt werde: Festhalten an dem sozialistischen Weg, an der demokratischen Diktatur des Volkes, an dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen und an der Führung der KP Chinas. (Beijing Rundschau 19/82, S. 17). Unter diesen vier Prinzipien sind nun nach Peng Zhen die Führung durch die KP Chinas und der sozialistische Weg das wichtigste (S. 17).

Heute wird in der VR China mehr betont, daß das wichtigste an der Führung durch die KP die korrekte ideologisch-politische Führung sei, aber eben nur das wichtigste. Daß die KP Chinas sich durchaus als Teil des Staatsapparats begreift, geht aus einem Artikel in der Beijing Rundschau 20/82 hervor. Unter dem Titel „Verstoß gegen das Geheimhaltungsgesetz" wird dort der Fall von Li Guangyi, ehemaliger Verantwortlicher der Zeitung „Chinas Finanz und Handel", geschildert. Dieser hat an Ausländer Informationen über die 6. Plenartagung des XI. Zentralkomitees gegeben (über Ort, Termin, der Tagung vorliegende Dokumente), und zwar zu einer Zeit, als diese noch Parteigeheimnis waren. Li Guangyi ist wegen des Verrats wichtiger Parteigeheimnisse nach den entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzes, also eines staatlichen Gesetzes, abgeurteilt worden.

Von ausländischen Journalisten wurde Kritik daran geübt. U.a. wurde vorgebracht, daß es sich bei Parteigeheimnissen nicht unbedingt um Staatsgeheimnisse handele und daß Li sich nicht darüber klar gewesen sei, was als strenges Geheimnis zu betrachten sei. Der Verfasser des Artikels, der Politredakteur An Zhiguo, antwortet nun auf diese Kritik folgendermaßen: „Die Kommunistische Partei Chinas ist eine regierende Partei und nimmt im politischen Leben des Staates die Führungsposition ein. Ihr Zentralkomitee ist das oberste Führungsorgan, das das gesamte chinesische Volk bei der sozialistischen Modernisierung leitet. Solange seine Tätigkeiten nicht veröffentlich worden sind, bleiben sie zugleich Partei- und Staatsgeheimnisse. Nach dieser Maßgabe hat das Gericht das Urteil gefällt."

Hierauf geht eindeutig hervor, daß die KP China sich nicht nur als Teil des Staatsapparats begreift, sondern daß darüberhinaus das ZK der KP Chinas das höchste Organ des Volkes ist. Somit ist die Interpretation des neuen Verfassungsentwurfes der VR China als „konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht" nicht richtig.

hfl, Saarw.

Kultur und Politik in China

Einige Überlegungen zu dem China-Artikel „Frühjahrsputzen" in KVZ Nr. 18

Politische Bewegungen werden in China eingeleitet oder begleitet von Kampagnen auf der Kulturebene – wie in der Kulturrevolution besonders deutlich zu sehen war.

Die jetzige Kampagne gegen den „bürgerlichen Liberalismus" auf der Kulturebene erscheint widersprüchlich zu den als fortschrittlich zu wertenden Versuchen, die Bürokratie abzubauen und die Wirtschaftspolitik ausgeglichener zu gestalten. Allerdings geht aus dem Artikel nicht hervor, gegen welche Inhalte diese Kampagne genau sich richtet, von wem sie vorangetrieben wird.

Auch aus der Bejing Rundschau ist bisher wenig von diesem Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus auf dem Gebiet von Kunst und Literatur zu erfahren – abgese-

Hierauf geht eindeutig hervor, daß die KP China sich nicht nur als Teil des Staatsapparats begreift, sondern daß darüberhinaus das ZK der KP Chinas das höchste Organ des Volkes ist. Somit ist die Interpretation des neuen Verfassungsentwurfes der VR China als „konsequente Trennung zwischen Partei und Staat verwirklicht" nicht richtig.

hfl, Saarw.

Kultur und Politik in China

Einige Überlegungen zu dem China-Artikel „Frühjahrsputzen" in KVZ Nr. 18

Politische Bewegungen werden in China eingeleitet oder begleitet von Kampagnen auf der Kulturebene – wie in der Kulturrevolution besonders deutlich zu sehen war.

Die jetzige Kampagne gegen den „bürgerlichen Liberalismus" auf der Kulturebene erscheint widersprüchlich zu den als fortschrittlich zu wertenden Versuchen, die Bürokratie abzubauen und die Wirtschaftspolitik ausgeglichener zu gestalten. Allerdings geht aus dem Artikel nicht hervor, gegen welche Inhalte diese Kampagne genau sich richtet, von wem sie vorangetrieben wird.

Auch aus der Bejing Rundschau ist bisher wenig von diesem Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus auf dem Gebiet von Kunst und Literatur zu erfahren – abgese-

hen von einigen sehr wenigen Karikaturen gegen Bürokratismus, Schlendrian und Hintertürpolitik.

Eine Lehre gerade aus der Kulturrevolution ist die, daß nicht allein auf die Aussagen der Medien zu sehen ist, sondern berücksichtigt werden muß, wer sie mit welchem Interesse kontrolliert. Eine zweite Lehre ist wohl die, daß ursprünglich richtig gezielte Kampagnen ausgeweitet, verfälscht werden und dadurch zu einem Vehikel für genau entgegengesetzte Interessen gemacht werden können.

Für ein besseres Verständnis der Politik in China und auch der Beijing Rundschau finde ich es deshalb wichtig, wenn die KVZ mehr Artikel dazu bringen könnte, welche Werke aus dem kulturellen Bereich zensiert werden, von wem und mit welchen Konsequenzen für die Verfasser.

Brigitte, Emden

Wie Stellung nehmen im Malvinen-(Falkland-) Konflikt?

Die gegenwärtige Situation erscheint für die Friedensbewegung fatal:

– Die alte Kolonialmacht England führt einen unerklärten Krieg gegen Argentinien, einem Land der Dritten Welt, um eine unwirtliche Inselgruppe im Südatlantik, einen der kümmerlichen Restposten des ehemaligen „britischen Empire".
– Auf der anderen Seite steht Argentinien, beherrscht von einer Militärdiktatur, die jede demokratische Regung des argentinischen Volkes und der argentinischen Arbeiterbewegung brutal unterdrückt.

Für die Friedensbewegung scheint Neutralität in diesem Falle angezeigt. Man ist ja sowohl gegen Kolonialismus alter und neuer Couleur als auch gegen Militärdiktaturen, ob in Polen, in der Türkei oder in Argentinien.

Bei diesem Konflikt geht es jedoch um einen aktuellen Krieg, dem täglich sinnlos Menschen geopfert werden, weshalb es zwingend notwendig ist, daß sich die Friedensbewegung zum Malvinen-Konflikt eine eindeutige Haltung erarbeitet!

Wirft man die Frage so auf: Weder Militärdiktatur *noch* Kolonialismus!, wird man trotzdem die gerechte Forderung des argentinischen *Volkes* nach staatlicher Souveränität über die Malvinen, die es schon seit fast 150 Jahren erhebt, unterstützen können. Diese Forderung ist nämlich sehr viel älter als die gegenwärtige argentinische Militärjunta, und sie wird schon seit langem von den Völkern Lateinamerikas und den Ländern der Dritten Welt unterstützt.

Die kriegerische Zuspitzung dieses alten Konfliktes haben die beiden Regierungen betrieben, die ökonomisch vor dem Bankrott stehen. Beide Regimes haben in menschenverachtender Weise diese Situation genutzt, um von ihrer politischen Unfähigkeit abzulenken. Dabei haben sie sich des alten Mittels jedes bankrotten Regimes bedient: des völkerunterdrückenden, kriegstreibenden Hurrapatriotismus.

terbewegung brutal unterdrückt.

Für die Friedensbewegung scheint Neutralität in diesem Falle angezeigt. Man ist ja sowohl gegen Kolonialismus alter und neuer Couleur als auch gegen Militärdiktaturen, ob in Polen, in der Türkei oder in Argentinien.

Bei diesem Konflikt geht es jedoch um einen aktuellen Krieg, dem täglich sinnlos Menschen geopfert werden, weshalb es zwingend notwendig ist, daß sich die Friedensbewegung zum Malvinen-Konflikt eine eindeutige Haltung erarbeitet!

Wirft man die Frage so auf: Weder Militärdiktatur noch Kolonialismus!, wird man trotzdem die gerechte Forderung des argentinischen Volkes nach staatlicher Souveränität über die Malvinen, die es schon seit fast 150 Jahren erhebt, unterstützen können. Diese Forderung ist nämlich sehr viel älter als die gegenwärtige argentinische Militärjunta, und sie wird schon seit langem von den Völkern Lateinamerikas und den Ländern der Dritten Welt unterstützt.

Die kriegerische Zuspitzung dieses alten Konfliktes haben die beiden Regierungen betrieben, die ökonomisch vor dem Bankrott stehen. Beide Regimes haben in menschenverachtender Weise diese Situation genutzt, um von ihrer politischen Unfähigkeit abzulenken. Dabei haben sie sich des alten Mittels jedes bankrotten Regimes bedient: des völkerunterdrückenden, kriegstreibenden Hurrapatriotismus.

Margaret Thatcher hat sich zudem im Rahmen der Blocklogik in der NATO stützen können, während General Galtieri die Rivalität der beiden Supermächte für seine Zwecke nützen konnte: Die UdSSR trat ungeschminkt an die Seite des blutbefleckten Generals, um sich gegenüber der anderen Supermacht einen größeren Einfluß in Lateinamerika zu sichern. Der „proletarische Internationalismus" der neuen Zaren feiert Orgien.

Somit sind auch die drei wesentlichen Triebkräfte des Krieges im Südatlantik genannt, denen die Friedensbewegung entgegenwirken muß:
– Chauvinismus
– Blocklogik
– Rivalität der beiden Supermächte.

Im Kampf gegen diese Triebkräfte stärkt man die Front gegen Kolonialismus *und* Militärdiktaturen.

Stellung nehmen im Malvinen-Konflikt heißt für die Friedensbewegung in Westdeutschland und Westberlin, die Bundesregierung drängen, positive Schritte für eine friedliche Lösung dieses Konfliktes zu unternehmen:
– Aktive Unterstützung der Vorschläge von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar
– Keine Unterstützung der britischen Sanktionspolitik durch die Bundesregierung (wie Irland und Italien)
– Keinerlei Unterstützung Englands im Rahmen der NATO
– Forderung nach Nichteinmischung der beiden Supermächte in den Malvinen-Konflikt.

Eine friedliche Lösung schafft den Völkern Englands und Argentiniens Raum, um sich auf die Aufgaben in ihren Heimatländern zu konzentrieren.

Klärt man die Fragen in dieser Richtung, so leistet die Friedensbewegung einerseits einen nützlichen Beitrag zur friedlichen Lösung des Malvinen-Konflikts, so wie sie andererseits die Bewegung nach Blockfreiheit gegen die beiden Supermächte stärkt.

Zudem könnte dies auch dazu beitragen, daß man hierzulande in dieser Frage etwas auf die Beine bringt. Ein guter Anlaß wäre der 10.6. in Bonn!

wiv, Frankfurt

Aus den Arbeitsgruppen

AG Imperialismus

thm. Mit dem nächsten Treffen will der Arbeitskreis mit dem Studium der **Theorie der Unterentwicklung** beginnen. Drei Bücher sollen besprochen werden:

Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation (es 856)

Samir Amin, Die ungleiche Entwicklung

André Gunder Frank, Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung (es 706)

Vor allem die ersten beiden Autoren argumentieren für eine pessimistische Beurteilung der gegenwärtigen Initiativen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Sie halten einen Weg der Dissoziation für unumgänglich (zeitweilige Abkoppelung vom Weltmarkt, Bruch mit der überkommenen exportorientierten Ökonomie und dafür Mobilisierung von eigenen Ressourcen mit dem Ziel der Nutzbarmachung solcher Ressourcen für eigene Zwecke). Wert legen sie auf die Untersuchung der Produktionsweise in den Ländern der Dritten Welt und ihres Reproduktionsmodells. Von diesen Büchern werden Genossen schriftliche, ggf. mündliche Ausarbeitungen machen, so daß eine vorherige Lektüre nicht Bedingung für die Teilnahme ist.

Für die Teilnehmer, die sich noch weiter in das Thema einarbeiten wollen, noch folgende Literaturhinweise: Wolfgang Hein, Fachüberischt: Zur Theorie der Unterentwicklung und ihrer Überwindung

Es handelt sich um eine ausführliche historische Darstellung der Theoriebildung seit dem 19. Jahrhundert mit Literaturhinweisen zu den jeweiligen entscheidenden Autoren.

Georg Simonis: Autozentrierte Entwicklung und kapitalistisches Weltsystem – Zur Kritik der Theorie der abhängigen Reproduktion. Simonis setzt sich kritisch mit Amin und Senghaas auseinander. Zumindest die Referenten sollten seine Kritik vorher gelesen haben.

Beide Aufsätze sind erschienen in „Peripherie" Nr. 5/6, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. Zu beziehen über den BUCHVERTRIEB HAGER.

Termin des Arbeitskreises:
Beginn: Samstag, 26. Juni 1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 27. Juni, 12.30 Uhr

Arbeitsseminar „Staat und Revolution" über Pfingsten

Über Pfingsten fand in Frankfurt das vom KBW veranstaltete Arbeitsseminar Staat und Revolution statt. Teilgenommen hatten ca. 100 Genossinnen

André Gunder Frank, Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung (es 706)

Vor allem die ersten beiden Autoren argumentieren für eine pessimistische Beurteilung der gegenwärtigen Initiativen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Sie halten einen Weg der Dissoziation für unumgänglich (zeitweilige Abkoppelung vom Weltmarkt, Bruch mit der überkommenen exportorientierten Ökonomie und dafür Mobilisierung von eigenen Ressourcen mit dem Ziel der Nutzbarmachung solcher Ressourcen für eigene Zwecke). Wert legen sie auf die Untersuchung der Produktionsweise in den Ländern der Dritten Welt und ihres Reproduktionsmodells. Von diesen Büchern werden Genossen schriftliche,

seiten des KBW die Genossen Hans-Gerhart Schmierer, Gerd Koenen, Volker Lehmann und Bernd Wagner.

Gegenstand des ersten Tages des Se-

historische Darstellung der Theoriebildung seit dem 19. Jahrhundert mit Literaturhinweisen zu den jeweiligen entscheidenden Autoren.

Georg Simonis: Autozentrierte Entwicklung und kapitalistisches Weltsystem – Zur Kritik der Theorie der abhängigen Reproduktion. Simonis setzt sich kritisch mit Amin und Senghaas auseinander. Zumindest die Referenten sollten seine Kritik vorher gelesen haben.

Beide Aufsätze sind erschienen in „Peripherie" Nr. 5/6, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt. Zu beziehen über den BUCHVERTRIEB HAGER.

Termin des Arbeitskreises:
Beginn: Samstag, 26. Juni 1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 27. Juni, 12.30 Uhr

Arbeitsseminar „Staat und Revolution" über Pfingsten

Über Pfingsten fand in Frankfurt das vom KBW veranstaltete Arbeitsseminar Staat und Revolution statt. Teilgenommen hatten ca. 100 Genossinnen

und Genossen. Als Referenten hatten an dem Arbeitsseminar teilgenommen: ein Vertreter des Sozialistischen Studiengruppen (SOST), Manuel Keller von der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), Alfred Schröder von der Gruppe Neue Hauptseite Theorie (NHT), Christian Semmler sowie von

seiten des KBW die Genossen Hans-Gerhart Schmierer, Gerd Koenen, Volker Lehmann und Bernd Wagner.

Gegenstand des ersten Tages des Seminars war das Thema „Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels". Am zweiten Tag ging es um die Themen „Eurokommunismus und Staat" und „Staat und Revolution heute. Positionen der Linken". Nach der Debatte über die grundsätzlichen und kontroversen Punkte dieser verschiedenen Aspekte der gegenwärtigen Diskussion über die Einschätzung des Staates und der strategischen Probleme des revolutionären Kampfes wurden am dritten Tag (in verkleinertem personellem Umfang) anhand von zwei schriftlich vorliegenden Referaten (Grundzüge der Staatsauffassung bei Marx, Engels und Lenin; Eurokommunismus und Staat. P. Ingrao und die italienischen Eurokommunisten) Einzelprobleme der Referate diskutiert.

Die auf dem Seminar gehaltenen Referate und die ausführlicheren Redebeiträge (soweit sie schriftlich vorliegen) werden in der nächsten Nummer von Kommunismus und Klassenkampf, die sich schwerpunktmäßig mit den Fragen des Arbeitsseminars beschäftigt, veröffentlicht werden. U.a. enthält Kommunismus und Klassenkampf 6/1982: Die Referate der Genossen von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) und von der Neuen Hauptseite Theorie (NHT); H.-G. Schmierer, Staat und Revolution und die westdeutsche Linke; G. Koenen, Anmerkungen zu Gesellschaft, Staat und Revolution; V. Lehmann, Eurokommunismus und Staat; B. Wagner, Grundzüge der Staatsauffassung bei Marx, Engels und Lenin. Kommunismus und Klassenkampf 6/1982 erscheint am 24. Juni.

Krankenversorgung im Knast unhaltbar

„Knastmedizin Ruhrgebiet" / Über die Erfahrungen von Ärzten/innen, die Gefangene unterstützen wollen*

Ende 1980 trafen sich mehrere Anwälte/innen und Ärzte/innen, die im Ruhrgebiet leben und arbeiten, und gründeten einen Verein „Knastmedizin Ruhrgebiet", nachdem sie zuvor schon des längeren in einzelnen Fällen zusammengearbeitet hatten.

Die Fälle medizinischer Nichtversorgung und Schlamperei im Knast machten es notwendig, aus den mehr oder weniger zufälligen Treffs eine sich regelmäßig treffende Gruppe zu bilden. Um es nicht nur persönlichen Bekannten und Mandanten, sondern vielen Gefangenen möglich zu machen, Hilfe, Rat, Unterstützung und Öffentlichkeit in gesundheitlichen Fragen zu erhalten, wurde ein kurzer Schrieb formuliert, der in verschiedenen regionalen und Knastzeitungen Nordrhein-Westfalens veröffentlich wurde.

Im Flugblatt stand zu lesen:

„– Wir wissen, daß die Zahl der Ärzte keine Versorgung im Interesse der Gefangenen zuläßt,
– wir wissen, daß deshalb ein großer Teil von medizinischen Entscheidungen dem Sanitätspersonal überlassen bleibt,
– wir wissen, daß die Mehrzahl der dort beschäftigten Ärzte und Sanitäter kein Interesse an der Gesundheit der Gefangenen hat.
Deshalb bleiben Notfälle unversorgt, werden Krankheiten nicht behandelt ..." (...)

JVA Wuppertal: „Allgemeine Unruhe" verursacht

Im Dezember 1980 entwickelte sich schon der erste Konflikt.

Die JVA Wuppertal erklärte unsere Arbeit zur beabsichtigten Störung des Anstaltsfriedens und verbot prinzipiell den Briefverkehr zwischen Gefangenen und der Gruppe. Der von uns vorgebrachte Widerspruch wird vom Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln am 4.8.1981 als unbegründet zurückgewiesen. Zu unserem Flugblatt schreibt der Herr:

„Diese Ausführungen sind sachlich unzutreffend. Aufgrund langjähriger dienst- und fachaufsichtlicher Erkenntnisse ist dem gegenüber richtigzustellen, daß generell die medizinische Versorgung der Gefangenen gewährleistet ist. Die Ausführungen des Flugblatts stellen darüberhinaus eine tendenziös verzerrende Darstellung insbesondere deshalb dar, weil sie der Mehrzahl der im Vollzug beschäftigten Ärzte und Sanitäter fehlendes Interesse an der Gesundheit der Gefangenen unterstellen, mit der Folge, daß deshalb Notfälle unversorgt bleiben und

dort beschäftigten Ärzte und Sanitäter kein Interesse an der Gesundheit der Gefangenen hat.
Deshalb bleiben Notfälle unversorgt, werden Krankheiten nicht behandelt ..." (...)

JVA Wuppertal: „Allgemeine Unruhe" verursacht

Im Dezember 1980 entwickelte sich schon der erste Konflikt.

Die JVA Wuppertal erklärte unsere Arbeit zur beabsichtigten Störung des Anstaltsfriedens und verbot prinzipiell den Briefverkehr zwischen Gefangenen und der Gruppe. Der von uns vorgebrachte Widerspruch wird vom Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln am 4.8.1981 als unbegründet zurückgewiesen. Zu unserem Flugblatt schreibt der Herr:

„Diese Ausführungen sind sachlich unzutreffend. Aufgrund langjähriger dienst- und fachaufsichtlicher Erkenntnisse ist dem gegenüber richtigzustellen, daß generell die medizinische Versorgung der Gefangenen gewährleistet ist. Die Ausführungen des Flugblatts stellen darüberhinaus eine tendenziös verzerrende Darstellung insbesondere deshalb dar, weil sie der Mehrzahl der im Vollzug beschäftigten Ärzte und Sanitäter fehlendes Interesse an der Gesundheit der Gefangenen unterstellen, mit der Folge, daß deshalb Notfälle unversorgt bleiben und

Krankheiten nicht behandelt würden. Die in den zitierten sachlich unzutreffend und tendendiös verzerrenden Darstellungen zum Ausdruck kommende Grundhaltung des Vereins Knastmedizin Ruhrgebiet gebietet es zwingend, zur Vermeidung einer konkreten Gefährdung der Anstaltsordnung den Schriftwechsel einzelner Gefangener generell und von Anfang an zu untersagen.

Die Zulassung des Schriftwechsels mit einzelnen Gefangenen würde dazu führen, daß zunächst die angeschriebenen Gefangenen über die Grundhaltung des Vereins informiert und hinsichtlich der medizinischen Situation der Anstalt verunsichert würden. Durch gesprächsweise Wiedergabe der Grundhaltung des Vereins sowie durch weitere Schreiben des Vereins an andere Gefangene würden schließlich eine allgemeine Unruhe unter den Gefangenen verursacht und Spannungen zwischen ihnen und dem medizinischen Anstaltspersonal herbeigeführt werden. Dies kann nur dadurch unterbunden werden, daß schon aufgrund der ersten Anschreiben des Vereins an einzelne Gefangene der Schriftverkehr dieser Gefangenen mit dem Verein generell untersagt wird ..."

Die Erkenntnisse des Herrn Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln scheinen uns unzureichend und eigentlich überhaupt falsch. Die Briefe, die wir aus den Knästen bekommen, sind voll von Fehl„diagnosen" des Sanitätspersonals, die auf den ersten Blick Simulanten erkennen, die oft eigenhändig entscheiden, ob überhaupt ein Arzt benötigt wird, welches Medikament benötigt wird bzw. gegeben wird usw. Wir brauchen das nicht genauer zu beschreiben, das ist, wenn nicht dem Herrn Vollzugspräsidenten, so doch allen Gefangenen bekannt.

Neben den vielen unbekannten Vorfällen in den Knästen wurden während der Zeit unserer Tätigkeit Dinge öffentlich und bekannt, die unsere im Flugblatt verbreiteten Ansichten nur bestätigen.

So sterben im Herbst 1980 im Essener Knast zwei Gefangene – zumindest einer von ihnen im akuten Asthma-Anfall (zu etwa derselben Zeit stirbt ein Gefangener in Münster, über dessen Tod die „Mauer" berichtet hat). In Essen ist der nur wenige Minuten dauernde Weg zum Klinikum zu lang, um Leben zu retten, es kann nur noch der Tod festgestellt werden; und das obwohl die Versorgung in der Haftanstalt Essen laut Vertragsarzt optimal!!! ist. Die Anschreiben der Knastmedizin an die verschiedenen Anstaltsbeiräte bleiben unbeantwortet.

Unverantwortlich, in Düsseldorf zu operieren

Nach dem Verfahren gegen Prof. Dr. Schleiffer „Vollzugskrankenhaus Düsseldorf" – legen wir dem Justizvollzugsamt ausführlich dar, weshalb es nicht zu verantworten ist, daß in Düsseldorf weiter operiert und gearbeitet wird.

Die Informationen stammen von Dr. Schleiffer aus dem Prozess selbst und werden – zumindest im Prozess – nicht als tendenziös abgetan.

„– Nach 16.00 Uhr ist kein ausgebildetes Krankenpflegepersonal anwesend, die postoperative Überwachung der Patienten ist nicht gewährleistet (die Gefangenen sind nach erfolgreicher Operation gestorben). Notfälle können nicht rechtzeitig erkannt werden, so daß notwendige medizinische Eingriffe verspätet einsetzen.
– Laboruntersuchungen können nur bis 17.00 Uhr, ausnahmsweise bis 18.00 Uhr durchgeführt werden. Postoperative Verlaufskontrollen sind daher nicht möglich. Z.B. können innere Blutungen und Elektrolytstörungen nach 17.00 Uhr nicht mehr erkannt werden.
– Nach 16.00 Uhr kann nicht mehr operiert werden, weil kein Personal zur Verfügung steht, es ist nur eine ausgebildete Operationsschwester tagsüber tätig. Notfälle – sofern die überhaupt erkannt werden – können in dieser Zeit nur außerhalb des Krankenhauses operativ versorgt werden.
– Bei Komplikationen in der nachoperativen Phase sind keine intensiv-

Schleiffer „Vollzugskrankenhaus Düsseldorf" – legen wir dem Justizvollzugsamt ausführlich dar, weshalb es nicht zu verantworten ist, daß in Düsseldorf weiter operiert und gearbeitet wird.

Die Informationen stammen von Dr. Schleiffer aus dem Prozess selbst und werden – zumindest im Prozess – nicht als tendenziös abgetan.

„– Nach 16.00 Uhr ist kein ausgebildetes Krankenpflegepersonal anwesend, die postoperative Überwachung der Patienten ist nicht gewährleistet (die Gefangenen sind nach erfolgreicher Operation gestorben). Notfälle können nicht rechtzeitig erkannt werden, so daß notwendige medizinische Eingriffe verspätet einsetzen.
– Laboruntersuchungen können nur bis 17.00 Uhr, ausnahmsweise bis 18.00 Uhr durchgeführt werden. Postoperative Verlaufskontrollen sind daher nicht möglich. Z.B. können innere Blutungen und Elektrolytstörungen nach 17.00 Uhr nicht mehr erkannt werden.
– Nach 16.00 Uhr kann nicht mehr operiert werden, weil kein Personal zur Verfügung steht, es ist nur eine ausgebildete Operationsschwester tagsüber tätig. Notfälle – sofern die überhaupt erkannt werden – können in dieser Zeit nur außerhalb des Krankenhauses operativ versorgt werden.
– Bei Komplikationen in der nachoperativen Phase sind keine intensiv-

therapeutischen Maßnahmen möglich; selbst ein Beatmungsgerät fehlt.
– Bei notwendigen Verlegungen von Patienten in ein öffentliches Krankenhaus kann es zu übermäßigen Verzögerungen kommen, weil kein Abkommen zur Übernahme der Patienten mit einem Krankenhaus besteht. Prof. Dr. Schleiffer berichtete, daß er trotz des vorliegenden Notfalls zwei Stunden brauchte, um telefonisch ein aufnahmebereites Krankenhaus zu finden.
– Die Vielzahl der Patienten mit Platzbäuchen, die im Prozess erwähnt wurden, läßt den Verdacht auf mangelnde hygienische Verhältnisse aufkommen. Die Abbildung in der Broschüre der Justizministerin des Landes NRW ‚Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen', S. 70, bei der der Mundschutz bei den Ärzten unter der Nase endet, bestätigt unsere Befürchtungen ..."

Auf diese längeren Ausführungen geht der Regierungspräsident in Düsseldorf knapp und klar ein:

„Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß meine Behörde nur mit namentlich genannten Bürgern und nicht mit anonymen Vereinigungen in Verbindung tritt ...", schreibt er uns am 17.8.1981.

Nachdem nun, wie oben beschrieben, unsere Grundhaltung „entlarvt" worden ist, folgen andere Knäste dem Beispiel Wuppertals. Auch in Reinbach wird die Nichtbeförderung unserer Post beschlossen, in anderen Knästen soll es gleich gehandhabt werden, es schien lediglich nicht für nötig befunden worden zu sein, uns dies mitzuteilen.

Der Anstaltsleiter der JVA Reinbach, Herr Breitkreuz, erklärt seine Untersagung des Schriftverkehrs, die er am 20.1.1982 ausspricht, zur Antwort auf die Flugblattaktion des Vereins im Jahr 80. Seine Erkenntnisse über die Arbeit des Vereins lauten nach mehr als einem Jahr Nachdenkens verblüffend ähnlich denen Wuppertals.

„Daß es dem Verein nicht um ärztliche Versorgung einzelner Gefangener geht, eher vielmehr mit unrichtigen und tendenziösen Darstellungen allgemein Unruhe zu stiften beabsichtigt, zeigt neben den in den Widerspruchsbescheiden des Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln zitierten Ausschnitten des Flugblatts der Aufruf im letzten Satz, in dem ‚Informationen über die medizinische Versorgung im Knast', also um allgemeine Darstellung gebeten wird.
... daß die Absichten des Vereins letztlich entgegen der erklärten Absicht nicht auf eine Verbesserung der medizinischen Versorgung gerichtet wird, wird offenkundig, wenn man bedenkt, daß einerseits behauptet wird, nicht einmal Notfälle würden behandelt, andererseits eine Bereitschaft der angeblich dem Verein auch angehörenden Ärzte zur Behebung des angeblichen Mangels in einer Anstalt tätig zu werden, nicht erkennbar wird. Dem entspricht es, daß der in Essen ansässige Verein auch gegenüber der hiesigen Anstalt bisher in keiner Weise zu erkennen gegeben hat, wie er unter den Bedingungen des geschlossenen Vollzuges auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung der Gefangenen einen konstruktiven Beitrag leisten will ..."

Medizinische Versorgung in Knästen nicht möglich

Unsere in den zwei Jahren gesammelten Erfahrungen sowie die Erfahrungen der Kollegen, die im Strafvollzug gearbeitet haben, lassen uns zu der Erkenntnis gelangen, daß eine Versorgung der Gefangenen im Strafvollzug unter den Bedinungen der Knäste nicht möglich ist. Nicht nur die Gefangenen haben Schwierigkeiten, einen Arzt rechtzeitig zu Gesicht zu bekommen, auch umgekehrt haben die Ärzte Probleme, kranke Gefangene überhaupt zu sehen, denn zwischen ihnen stehen Wärter, Sanitäter, steht der Knast.

Ärzte, die versucht haben, sich ausreichend Zeit für einen Gefangenen zu nehmen, ihn gemäß der draußen üblichen Medizin zu versorgen, sie bekamen in kürzester Zeit Schwierigkeiten,

lich dem Verein auch angehörenden Ärzte zur Behebung des angeblichen Mangels in einer Anstalt tätig zu werden, nicht erkennbar wird. Dem entspricht es, daß der in Essen ansässige Verein auch gegenüber der hiesigen Anstalt bisher in keiner Weise zu erkennen gegeben hat, wie er unter den Bedingungen des geschlossenen Vollzuges auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung der Gefangenen einen konstruktiven Beitrag leisten will ..."

Medizinische Versorgung in Knästen nicht möglich

Unsere in den zwei Jahren gesammelten Erfahrungen sowie die Erfahrungen der Kollegen, die im Strafvollzug gearbeitet haben, lassen uns zu der Erkenntnis gelangen, daß eine Versorgung der Gefangenen im Strafvollzug unter den Bedinungen der Knäste nicht möglich ist. Nicht nur die Gefangenen haben Schwierigkeiten, einen Arzt rechtzeitig zu Gesicht zu bekommen, auch umgekehrt haben die Ärzte Probleme, kranke Gefangene überhaupt zu sehen, denn zwischen ihnen stehen Wärter, Sanitäter, steht der Knast.

Ärzte, die versucht haben, sich ausreichend Zeit für einen Gefangenen zu nehmen, ihn gemäß der draußen üblichen Medizin zu versorgen, sie bekamen in kürzester Zeit Schwierigkeiten,

ihre Arbeit wurde ihnen schwer und dann unmöglich gemacht.

Die Medizin bzw. Mangelmedizin ist immer noch ein Teil der Strafe (statt Zähne zu behandeln, werden sie immer noch gezogen, statt Kopfschmerzen ursächlich zu behandeln, wird Haarwasser verordnet usw.), ein eigener Anspruch auf medizinische Versorgung besteht *nicht*, die Anstalt bestimmt über Gesundheit oder Krankheit der Gefangenen. Wir denken nicht, daß wir unseren ärztlichen Versprechen und der Versorgung der Gefangenen näher kommen, wenn wir durch unsere Anstellung im Knast die Statistik aufbessern helfen.

Im Grunde gestehen die Knastleiter mit dem Verbot des Schriftwechsels zur Unruhestiftung dies ein – und wenn der Mangel nicht im Sinne des Knastes behoben wird, dann soll er weiterbestehen oder sich verschlimmern, jedoch dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Es bleibt im Moment unsere Aufgabe, zumindest juristisch eine Entscheidung herbeizuführen, es bleibt unsere Aufgabe, in Presse und Funk mit der medizinischen Situation im Knast immer wieder öffentlich zu werden. Es ist aber auch an euch in den Knästen, Vorkommnisse rauszuschreiben an uns, an Verwandte und Freunde, an die Presse. Es gibt noch viele Wege, laut zu werden.

Kontakt: Knastmedizin Ruhrgebiet, Eltlingstraße 35, 4300 Essen

Entnommen aus: „Die Mauer, Informationsdienst für den Interniertenbereich", 2/82



Aus der Erklärung einiger Auszubildender des Reichsbund-Berufsbildungswerkes: „Wir Auszubildende aus dem Reichsbund-Berufsbildungswerk in Bremen protestieren gegen die Streichung unserer geplanten Freizeitfahrt nach Dänemark. Wir sehen dieses als eine weitere Einsparung auf dem Behindertensektor ... Wir waren über die kurzfristige Absage stocksauer und wir Auszubildende, die mit nach Dänemark fahren wollten, haben beschlossen, ein Protestzeltlager neben dem Reichsbund-Berufsbildungswerk auf einer Wiese aufzubauen. (Der Bauer, dem die Wiese gehört, hatte seine Genehmigung gegeben.) Auf unserem Zeltplatz haben wir Plakate und Transparente aufgestellt, die die Mißstände im Reichsbund-Berufsbildungswerk zu Lasten der Auszubildenden aufzeigen."

Veranstaltungen

Frankfurt
Das andere Amerika und die blockübergreifende Friedensbewegung in Europa. Podiumsdiskussion mit Prof. Ricky Shareover-Marcuse, San Francisko; Gus Newport, Bürgermeister von Berkeley/Kalifornien; Mike Claire, Mitarbeiter von Daniel Ellsberg; Jan Smolar, früher Repräsentant des inzwischen aufgelösten KOR; Bernd Eisenfeld, Kriegsdienstverweigerer in der DDR, heute Westberlin; Milan Horaczek, DIE GRÜNEN. Veranstaltet von der Russell-Initiative Frankfurt. Volksbildungsheim, Großer Saal
Mittwoch, 9. Juni, 19.00 Uhr

Heidelberg
Palästinenser-Folklore. Gastspiel im Rahmen der Deutschland-Tournee des Nationalen Palästinensischen Folklore-Ensembles. Die 1968 von der PLO gegründete Kulturabteilung pflegt die alte palästinensische Kultur und fördert eine neue palästinensische Folklore. Stadthalle Heidelberg
Mittwoch, 9. Juni, 20.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Gesundheitswesen
Thema: „Kooperationsformen in der ambulanten Versorgung". Die vorbereiteten Referate bitte *vorher* zuschicken, damit für alle Teilnehmer eine Arbeitsmappe erstellt werden kann, die zur Diskussion vorliegen soll.
Beginn: Samstag, 19.6.1982, 15.00 Uhr (nicht, wie üblich, 14.00 Uhr)
Ende: Sonntag, 20.6., gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
siehe oben
Beginn: Samstag, 26.6.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 27.6., 12.30 Uhr

Bildungswesen
Information siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 3.7.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 4.7., spätestens 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Schulungen:

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich. Die Übernachtungen erfolgen im Haus der Jugend, Preis pro Nacht 14,90 DM

Veranstaltungen

Frankfurt
Das andere Amerika und die blockübergreifende Friedensbewegung in Europa. Podiumsdiskussion mit Prof. Ricky Shareover-Marcuse, San Francisko; Gus Newport, Bürgermeister von Berkeley/Kalifornien; Mike Claire, Mitarbeiter von Daniel Ellsberg; Jan Smolar, früher Repräsentant des inzwischen aufgelösten KOR; Bernd Eisenfeld, Kriegsdienstverweigerer in der DDR, heute Westberlin; Milan Horaczek, DIE GRÜNEN. Veranstaltet von der Russell-Initiative Frankfurt. Volksbildungsheim, Großer Saal
Mittwoch, 9. Juni, 19.00 Uhr

Heidelberg
Palästinenser-Folklore. Gastspiel im Rahmen der Deutschland-Tournee des Nationalen Palästinensischen Folklore-Ensembles. Die 1968 von der PLO gegründete Kulturabteilung pflegt die alte palästinensische Kultur und fördert eine neue palästinensische Folklore. Stadthalle Heidelberg
Mittwoch, 9. Juni, 20.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Gesundheitswesen
Thema: „Kooperationsformen in der ambulanten Versorgung". Die vorbereiteten Referate bitte vorher zuschicken, damit für alle Teilnehmer eine Arbeitsmappe erstellt werden kann, die zur Diskussion vorliegen soll.
Beginn: Samstag, 19.6.1982, 15.00 Uhr (nicht, wie üblich, 14.00 Uhr)
Ende: Sonntag, 20.6., gegen 16.00 Uhr

Imperialismus
siehe oben
Beginn: Samstag, 26.6.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 27.6., 12.30 Uhr

Bildungswesen
Information siehe letzte KVZ
Beginn: Samstag, 3.7.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 4.7., spätestens 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Schulungen:

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich. Die Übernachtungen erfolgen im Haus der Jugend, Preis pro Nacht 14,90 DM

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/730236** · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Hambach 1982 oder: Wem gehört die Geschichte?

Von Rainer Kessler

Karl Carstens erwies sich als der streitbarste aller Demokraten bei den offiziellen Hambach-Feiern 1982: Wer heute in der Bundesrepublik die Revolution fordere, sei ,,notwendigerweise ein Kämpfer gegen die Freiheit''; alle die heute ,,gegen unseren Staat und seine freiheitliche Ordnung kämpfen, können sich nicht auf die Hambacher von 1832 berufen''. Grundlage solch markiger Worte ist die Auffassung, ,,daß die Ziele des Hambacher Festes in ihren Grundzügen in den Verfassungen der Bundesrepublik verwirklicht'' seien, wie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel meinte.

,,Gesetzliche Freiheit''

Als Ziel des Hambacher Festes wird in dem Aufruf vom 20. April 1832 der ,,Kampf für die Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde'' angegeben. Siebenpfeiffer, der erste Hauptredner des Festes, beschreibt diese ,,gesetzliche Freiheit'' als einen Zustand, ,,wo der Bürger nicht in höriger Unterthänigkeit den Launen des Herrschers und seiner knechtischen Diener, sondern dem Gesetze gehorcht, und auf den Tafeln des Gesetzes den eigenen Willen liest, und im Richter den freierwählten Mann seines Vertrauens erblickt''. Übersehen wir einmal wohlwollend den Passus mit den freierwählten Richtern, so müssen wir den Festrednern von 1982 dahingehend rechtgeben, daß wir nicht mehr hörig sind und unser Schicksal von den Launen eines Fürsten und seiner Beamten abhängt. Wir unterliegen den bestehenden Gesetzen. Und dadurch, daß wir die Parlamente wählen, die ihrerseits die Gesetze verabschieden, schlägt sich auch ,,auf den Tafeln des Gesetzes'' unser Wille nieder.

Kurz: Die Weisheit unserer Festredner beschränkt sich darauf, daß die Hambacher 1832 für die bürgerliche Republik eintraten, und daß die Bundesrepublik Deutschland die Staatsform der bürgerlichen Republik aufweist. Macht man nur einen Schritt über diese allgemeine Parallelität hinaus, wird der Vergleich schon schief. Von der freien Wahl der Richter war schon die Rede. Aber grundlegender: Das Fundament westdeutscher ,,gesetzlicher Freiheit'', das Grundgesetz, ist aus keinerlei freien Wahlen hervorgegangen und auch durch keinerlei Volksabstimmung nachträglich vom Volk legitimiert worden.

Begibt man sich vollends hinab in die tägliche Praxis dieser bürgerlichen Republik von 1982, dann fällt einem beim Vergleich mit 1832 eher der Metternichsche Polizeistaat ein, den die Hambacher bekämpften, als deren eigene Ideale. Siebenpfeiffer war ein wegen seiner liberalen Gedanken vom Dienst suspendierter Beamter; das

von den Launen eines Fürsten und seiner Beamten abhängt. Wir unterliegen den bestehenden Gesetzen. Und dadurch, daß wir die Parlamente wählen, die ihrerseits die Gesetze verabschieden, schlägt sich auch ,,auf den Tafeln des Gesetzes'' unser Wille nieder.

Kurz: Die Weisheit unserer Festredner beschränkt sich darauf, daß die Hambacher 1832 für die bürgerliche Republik eintraten, und daß die Bundesrepublik Deutschland die Staatsform der bürgerlichen Republik aufweist. Macht man nur einen Schritt über diese allgemeine Parallelität hinaus, wird der Vergleich schon schief. Von der freien Wahl der Richter war schon die Rede. Aber grundlegender: Das Fundament westdeutscher ,,gesetzlicher Freiheit'', das Grundgesetz, ist aus keinerlei freien Wahlen hervorgegangen und auch durch keinerlei Volksabstimmung nachträglich vom Volk legitimiert worden.

Begibt man sich vollends hinab in die tägliche Praxis dieser bürgerlichen Republik von 1982, dann fällt einem beim Vergleich mit 1832 eher der Metternichsche Polizeistaat ein, den die Hambacher bekämpften, als deren eigene Ideale. Siebenpfeiffer war ein wegen seiner liberalen Gedanken vom Dienst suspendierter Beamter; das

Hambacher Fest war ursprünglich mit dem Hinweis verboten worden, daß ,,Gewaltthaten beabsichtigt werden, die zunächst nur die Personen und die Güter der ruhigen Bürger berühren können''; nach dem Fest mußte jeder Beamte unterschreiben, ,,daß er zu keiner geheimen Gesellschaft, oder zu irgendeiner Verbindung, deren Zweck dem Staate unbekannt, von demselben nicht gebilligt, oder dem Interesse des Staats fremd ist, gehöre, noch je in Zukunft gehören werde''. Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig verlängern.

In dem Widerspruch, daß in der BRD das ,,Hambacher'' Ziel der bürgerlichen Republik verwirklicht ist, und daß diese BRD doch im Konkreten mehr Ähnlichkeiten zum Metternichschen Polizeistaat hat als zu den Idealen der Hambacher, drückt sich zweierlei aus. Zum einen, daß die Geschichte der bürgerlichen Revolution in Deutschland eine Geschichte des Scheiterns und des Verrats ist. Die Revolution von 1848 scheiterte, das Bürgertum ging damals schon und in der Folge immer offener auf die Seite der alten Mächte von Adel und Kirche über und schloß im wilhelminischen Reich seinen ,,historischen Kompromiß'' mit diesen Mächten. Was in Deutschland tatsächlich an bürgerlichen Freiheiten durchgesetzt wurde, mußte immer gegen die Bourgeoisie durchgesetzt werden, so nach der Revolution von 1918/19, so nach dem verlorenen II. Weltkrieg durch die Westalliierten. Dies erklärt, warum der deutschen Bourgeoisie und ihren Staatsdienern immer noch ,,Obrigkeitliches'' tiefer im Blut sitzt als ,,Demokratisches'', trotz aller Lippenbekenntnisse.

Das Zweite, was sich in diesem Widerspruch zwischen Hambacher Idealen und westdeutscher Wirklichkeit ausdrückt, ist, daß damals uneingeschränkt fortschrittliche Forderungen angesichts veränderter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse nicht schematisch übertragen werden können. So ist die Forderung nach der Pressefreiheit als Freiheit von jeglicher Zensur und von gewerberechtlichen Beschränkungen in der BRD sicher erfüllt. Aber wieviel Millionen braucht man heute, um eine Massenzeitung zu gründen? Was ist mit der inneren Pressefreiheit in den großen Redaktionen? Was ist mit Rundfunk und Fernsehen, die öffentlich-rechtlich betrieben werden? Was gar mit den ,,Neuen Medien''? Alte Antworten auf neue Fragen sind wahrlich keine legitime Berufung auf revolutionäre Traditionen.

,,Deutsche Nationalwürde''

So übereinstimmend, wie die Festredner von 1982 die Erfüllung der Hambacher Ziele in der BRD bejubeln, so übereinstimmend beklagen sie, daß die Einheit der Deutschen Nation ,,wieder verloren gegangen sei'', wie sich der rheinland-pfälzische Landtagspräsident ausdrückte. ,,Hättet ihr besser auf sie aufgepaßt'', möchte man ihnen zurufen. Denn diese Einheit, 1871 von Preußen unter Ausschluß Österreichs erzwungen, ist nach den territorialen Verkleinerungen im Gefolge zweier von Deutschland ausgehender Weltkriege 1949 nicht einfach ,,verloren gegangen'' wie ein Fünfmarkstück. Es ist ja auch nicht wieder der alte Zustand feudaler Zersplitterung eingetreten, gegen den die Hambacher 1832 angetreten waren. Vielmehr wurden 1949 von den Siegermächten des II. Weltkrieges zwei deutsche Staaten gebildet, die von

So übereinstimmend, wie die Festredner von 1982 die Erfüllung der Hambacher Ziele in der BRD bejubeln, so übereinstimmend beklagen sie, daß die Einheit der Deutschen Nation ,,wieder verloren gegangen sei'', wie sich der rheinland-pfälzische Landtagspräsident ausdrückte. ,,Hättet ihr besser auf sie aufgepaßt'', möchte man ihnen zurufen. Denn diese Einheit, 1871 von Preußen unter Ausschluß Österreichs erzwungen, ist nach den territorialen Verkleinerungen im Gefolge zweier von Deutschland ausgehender Weltkriege 1949 nicht einfach ,,verloren gegangen'' wie ein Fünfmarkstück. Es ist ja auch nicht wieder der alte Zustand feudaler Zersplitterung eingetreten, gegen den die Hambacher 1832 angetreten waren. Vielmehr wurden 1949 von den Siegermächten des II. Weltkrieges zwei deutsche Staaten gebildet, die von

vornherein Bestandteil zweier feindlicher gegenüberstehender Blöcke waren. So ist die Grenze zwischen BRD und DDR, wie Rudolf Bahro auf dem Hambacher Fest der ,,GRÜNEN'' treffend bemerkte, ihrem Wesen nach gar keine deutsche, sondern eine Blockgrenze. Deshalb kann die Überwindung der deutschen Spaltung auch nur als Überwindung der Blöcke geschehen, ein Ziel, das man den heutigen Hambacher Festrednern wahrlich nicht unterstellen sollte.

Und wir?

Es kann einen schon ekeln, wenn der Altnazi Carstens die freiheitliche Tradition von Hambach würdigt. Verfälschen, willkürlich ausschlachten, eigene Ziele unterschieben – das ist die Sorte Geschichtsschreibung, die von diesen Leuten betrieben wird. Aber was sollen wir tun?

Gewiß nicht das gleiche, indem wir uns etwa ein ,,linkes Hambach'' zurechtzimmern. Gewiß sprach in Hambach auch ein Johann Philipp Becker, Handwerksgeselle, späterer Mitkämpfer von Marx und Engels, Mitbegründer der Ersten Internationale und der SPD. Und gewiß wird dieser Becker von den heutigen Festrednern geflissentlich umgangen. Aber Becker ist nicht Hambach, sondern er vertritt dort den radikalen Flügel. Und dieser ist radikal-republikanisch-bürgerlich, keineswegs schon sozialistisch.

Wem würde es nützen, ein ,,linkes Hambach'' zurechtzufälschen? Wem würde es nützen, die schon damals anklingenden Töne eines deutschen Großmachtchauvinismus wegzuretuschieren? Wem würde es nützen, den Hambachern die Ziele der heutigen Friedensbewegung oder der heutigen ökologischen Bewegung unterschieben zu wollen, die sie nicht vertreten *konnten*? Die Geschichte ist kein kaltes Buffet, an dem sich jeder nach Belieben bedienen kann. Sie zeig' vielmehr bestimmte große Linien auf, die zu verstehen nötig ist, um die gegenwärtige Lage, die vor uns stehenden Aufgaben und die Wege ihrer Lösung besser begreifen zu können.

Das Hambacher Fest ist Teil der bürgerlichen Revolution in Deutschland, die 1848/49 gescheitert ist. Ihr Scheitern hat Folgen bis heute. Und nicht nur auf der Seite der Herrschenden, wie deren gebrochenes Verhältnis zur Demokratie = Volksherrschaft zeigt. Sondern auch auf Seiten der Linken, wo es eine verbreitete Bereitschaft gibt, sich um die Solidarität mit dem polnischen Volk, das gegen die schamlose Unterdrückung bürgerlicher Freiheiten kämpft, mit tausenderlei Wenn und Aber und Vorbehalten und Rückversicherungen zu drücken. Die Solidarität mit Polen ist für Hambach 1982 nicht deshalb von solcher Bedeutung, weil auch 1832 Polen auf dem Fest sprachen, sondern weil ein Verrat am polnischen Freiheitskampf von 1982 ein Verrat an dem Geist von Hambach ist, der ein Geist bedingungslosen Freiheitswillen, bedingungsloser Volkssouveränität, nationaler Selbstbestimmung und auf dem gemeinsamen Freiheitswillen beruhender Völkerverständigung ist.

Die Vergegenwärtigung dieses Freiheitsgeistes von Hambach verbietet historischen Mummenschanz und bewahrt vor konservativer Erstarrung. Sie verweist uns auf die heutigen Aufgaben im Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, gegen die Unterhöhlung der wirtschaftlichen Existenz breiter Massen und gegen die Beseitigung erkämpfter demokratischer Rechte. Sie macht den Kopf frei für die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen in der BRD. Sie ist – Pardon, Herr Bundespräsident! – in ihren Auswirkungen revolutionär.



der ein Geist bedingungslosen Freiheitswillen, bedingungsloser Volkssouveränität, nationaler Selbstbestimmung und auf dem gemeinsamen Freiheitswillen beruhender Völkerverständigung ist.

Die Vergegenwärtigung dieses Freiheitsgeistes von Hambach verbietet historischen Mummenschanz und bewahrt vor konservativer Erstarrung. Sie verweist uns auf die heutigen Aufgaben im Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, gegen die Unterhöhlung der wirtschaftlichen Existenz breiter Massen und gegen die Beseitigung erkämpfter demokratischer Rechte. Sie macht den Kopf frei für die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen zu den bestehenden Verhältnissen in der BRD. Sie ist – Pardon, Herr Bundespräsident! – in ihren Auswirkungen revolutionär.



Mechtersheimer, Polen-Forum interessant

Die DKP hat sich geschadet beim alternativen Hambacher Fest

wea.Landau. Das Hambacher Fest begann, nach einer Demonstration von

Die inhaltliche Gestaltung war dagegen weniger in der Hand dieser Kräfte.

Als Gegengewicht gegen die Rede Mechtersheimers versuchte die DKP

Schubart), der Presse, Aufrüstung und Sozialabbau, dem historischen Bezug, Berufsverbote und Polen.

Letzteres war bei weitem das interessanteste Forum, hier gab es bei ca. 100 bis 150 Anwesenden eine vierstündige Diskussion über die Einschätzung der

Mechtersheimer, Polen-Forum interessant

Die DKP hat sich geschadet beim alternativen Hambacher Fest

wea.Landau. Das Hambacher Fest begann, nach einer Demonstration von Hambach auf den Neustädter Festplatz, sicher anders als es sich der von der DKP beherrschte Vorbereitungsausschuß erwartet hatte.

Gleich zu Anfang ließ sich Dr. A. Mechtersheimer als erster Redner der Kundgebung nicht nehmen, eine ,,Vorbemerkung'' zur Vorbereitung dieses Festes ,,loszuwerden'', indem er betonte, daß er sehr gerne mit anderen Freunden aus der Friedensbewegung dieses Fest gefeiert hätte, mit Petra Kelly, mit Gerd Bastian, mit Rudolf Bahro. Das war gleich ein deutlicher Hinweis auf die Querelen, zu denen es auf den Vorbereitungstreffen zum Fest gekommen war, wo DKP-nahe Kräfte durch massive Anwesenheit in Form verschiedener Organisationen und ,,Persönlichkeiten'' versuchten, das Fest auch inhaltlich zu prägen. Streit gab es hier insbesondere um die Solidarität mit Solidarność. Die GRÜNEN sahen sich aufgrund der Tatsache, daß ihr Kompromißvorschlag, drei Unterstützungsadressen aus Polen, El Salvador und der Türkei nicht übernommen wurde, veranlaßt, sich von der Organisation des Festes zurückzuziehen.

Wohl muß man sagen, der organisatorische Rahmen des Festes war fest in Hand der DKP. Wie sollte dies auch anders sein, wenn der Vorbereitungsausschuß unter Vorsitz von Heinrich Werner eine Woche vor Beginn des Festes diese Partei um organisatorische Hilfe bittet, die ihm die Friedensinitiativen, wären sie gefragt worden, sicher gegeben hätten. So war es nicht verwunderlich, daß DKP, SDAJ, DFU und ähnliches mit die besten Plätze auf dem Neustädter Festplatz hatten und man sich morgens, als noch kein Besucher auf dem Festplatz war, sich auf ein UZ-Pressefest versetzt fühlte.

Die inhaltliche Gestaltung war dagegen weniger in der Hand dieser Kräfte. Deutliches Zeichen hierfür Stände des Komitees Solidarität mit Solidarność, Stände verschiedener Friedensinitiativen und grüner Kreisverbände, die Polenliteratur und Plakate ,,Schwerter zu Pflugscharen'' vertrieben. Deutliches Zeichen auch der Beifall, den Mechtersheimer für seine Rede erhielt.

Er betonte die Bedeutung, die die Unterstützung der Friedensbewegungen in Osteuropa für die hiesige Friedensbewegung habe. Wer zur Unterdrückung der DDR-Friedensbewegung schweige und nicht auch dagegen protestiere, daß Jugendliche das Zeichen ,,Schwerter zu Pflugscharen'' nicht tragen dürften, habe in der Friedensbewegung keinen Platz. Auch könne die Friedensbewegung gut auf eine zentralistische Partei verzichten; sie habe ein wesentliches Element ihrer Stärke in der Fähigkeit zur Konsensbildung und ihrer Ablehnung von Herrschaftsparteien.

Er ging auch auf die offiziellen Feierlichkeiten ein, eigentlich als Einziger der Redner, die ,,gespenstischen Vorgänge auf dem Hambacher Schloß'' in der Vorwoche, wie er es nannte. Er sprach den Regierenden die Tradition Hambachs ab, da diese im Volkszorn liege. Diejenigen Leute, die mit der Landesregierung und der Europaunion zwei Wochen hinter Mauern und Polizeiketten gefeiert hätten, würden die Leute, die sie heute bejubeln, mit Radikalenerlaß und Verschärfung des Demonstrationsrechtes verfolgen. Es helfe auch nichts, wenn ein Regierungspräsident Vogel für die ,,Selbstbestimmung der Völker'' plädiere, aber selber nichts gegen die Fremdherrschaft der beiden Supermächte und nichts für die Abschaffung der Atomwaffen auf deutschem Boden tue.

Als Gegengewicht gegen die Rede Mechtersheimers versuchte die DKP ein ,,U-Boot'' in der Form eines von den Berufsverboten Betroffenen zu setzen, was aber nur mehr schlecht als recht gelang. Hans Meister aus Stuttgart erhielt auch da den meisten Beifall, wo er gegen die imperialistische Politik Englands gegenüber den Malvinen sprach, sein Versuch, die Losung ,,Schwerter zu Pflugscharen'' dahin zu wenden, das ginge erst nach ,,Voraussetzungen'', wurde mit wenig Beifall und etlichen Pfiffen bedacht. Neben Christiane Dannemann (Startbahn West) und Christa Springer (Gustav-Heinemann-Initiative) sprach noch Detlef Hensche (IG Drupa).

Er betonte, daß gegenwärtig Widerstand auf zwei wesentlichen Seiten geboten sei: gegen den Abbau der sozialen Sicherheit und zur Erhaltung des Friedens. Friedensbewegung und Gewerkschaft gehörten zusammen, was sich schon allein darin spiegele, daß die Milliarden, die für das Beschäftigungsprogramm aufgebracht werden müßten, einzig und allein aus dem großen Rüstungshaushalt kommen könnten. Die Alternative sei eben Atomraketen oder Hunger auf der Welt. Er forderte die Anwesenden auf, der NATO-Gipfelkonferenz unter Reagan einen würdigen Empfang zu liefern, um zu demonstrieren, daß dieses Land unser Land sei.

Der erste Tag, Samstag, endete mit einem Konzert mit Hannes Wader, den Bots und anderen. Nachmittags und abends waren cirka 10000 bis 17000 Menschen anwesend.

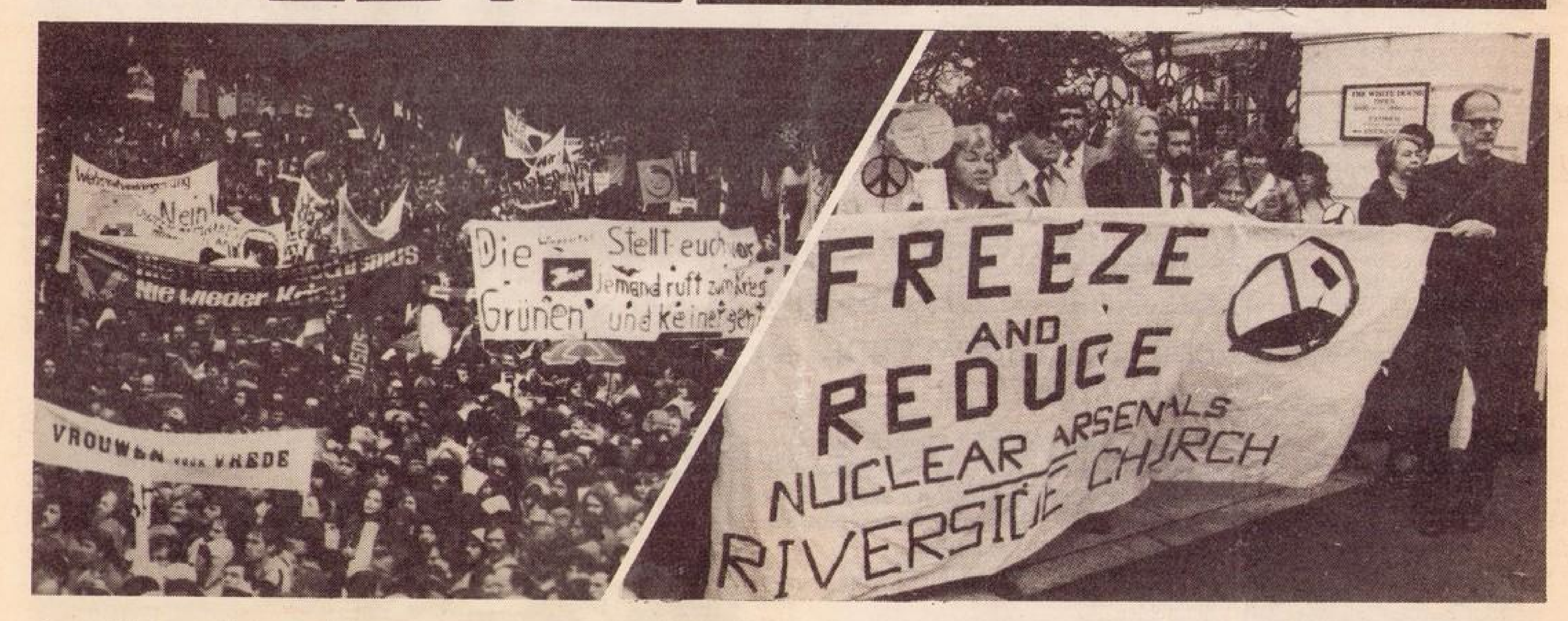
Weniger los war am Sonntag, an dem jeweils drei Foren vormittags bzw. nachmittags stattfanden. Diese waren jeweils von ca. 100 bis 200 Leuten besucht, sie beschäftigten sich mit der Ökologiebewegung (Diskussion mit A. Schubart), der Presse, Aufrüstung und Sozialabbau, dem historischen Bezug, Berufsverbote und Polen.

Letzteres war bei weitem das interessanteste Forum, hier gab es bei ca. 100 bis 150 Anwesenden eine vierstündige Diskussion über die Einschätzung der Politik der Solidarność, in der zum einen verschiedene DKPler versuchten, ihre Meinung über den ,,realen Sozialismus'' loszuwerden, andererseits aber auch in die Tiefe gehende Fragen von den anwesenden Solidarność-Vertretern beantwortet wurden, hauptsächlich von M. Mikolajczuk von der Bremer Delegation, der auch in der letzten Woche beim Fest der GRÜNEN anwesend war. Wesentliche Punkte der Diskussion waren die Fragen der Arbeiterselbstverwaltung, der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion und Fragen bezüglich der längerfristigen Ziele der Solidarność. Hier versuchten die DKP und zwei Vertreter türkischer und chilenischer Organisationen als ,,Internationalisten'' nachzuweisen, daß die Solidarność mit Sozialismus nichts am Hute habe und nicht den Marxismus-Leninismus zum Leitfaden ihres Handels machen würden. Mitglieder aus verschiedenen Friedensinitiativen wiesen die dümmlichen Anwürfe verschiedener DKPler bezüglich CIA-gesteuert, Straußfreunde u.ä. ziemlich entschieden zurück, wie man auch sagen muß, daß der SWF-Redakteur, der die Diskussion leitete, eindeutig für Solidarność eintrat.

Zusammenfassend muß man zum Ablauf sagen, daß die DKP sich mit ihrem Auftreten und Hegemonieversuchen eher geschadet hat als propagandistischen Nutzen aus dem Ganzen hat ziehen können. Eine Erscheinung dessen ist zum Beispiel, daß die verschiedenen autonomen Friedensinitiativen in der Pfalz und im Saarland auch aufgrund der Ereignisse in der Vorbereitung des Festes darangehen, eine selbständige Koordination und Meinungsaustausch anzugehen.

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
extra zum 4. Juni 1982



Reagan scheint fast zum Friedenspräsidenten zu geraten – eine Rolle, die ihm nun allerdings keineswegs steht: Nach den Vorschlägen für die Mittelstreckenraketen („Nullösung") nun für den 26. Juni der Beginn der „START"-Verhandlungen, also Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen, und schließlich die Ankündigung, SALT II einzuhalten, auch wenn es nicht ratifiziert ist, sofern die andere Supermacht das ebenfalls tut. Noch vor dem Gipfel werden Vorschläge für die Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Truppen in Mitteleuropa (MBFR) erwartet.

Das ist die eine Seite. Eng damit verbunden ist die heftig aufflammende Diskussion über die NATO-Strategie. Mc Namara, Kennan, Mc Bundy und Smith sind nicht die einzigen Amerikaner, die sich dazu geäußert haben, Bahr, Möllemann, Wörner haben sich aus der BRD gemeldet; Die Palme-Kommission, der Abrüstungspolitiker aus den mächtigsten Staaten angehörten, hat ihren Abschlußbericht vorgelegt.

Sollte das Bild von dem aggressiven Militärbündnis, was auch so viele Menschen veranlaßt, zur Demonstration gegen die NATO nach Bonn zu fahren, auf einmal nicht mehr stimmen? Das Bild von dem aggressiven Militärbündnis, das in der Türkei die Militärjunta unterstützt, dessen Führungsmacht USA offen in El Salvador auf Seiten

Die NATO-Strategie in der Diskussion

Abrüstungsvorschläge, NATO-Strategie, Einsatzgebiet, Falkland – haben diese Vorgänge einen inneren Zusammenhang?

Von Günther Kruse

klärlich. War es die Studie der 4 US-amerikanischen Politiker Mc Namara, Kennan, Mc Bundy und Smith, die die Forderung erhoben, die NATO müsse auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, die diese Welle auslöste? Ist es eine Reaktion auf die Friedensbewegung und die Bewegung in den USA für „Freeze", für das Einfrieren der Atomraketen? Man muß wohl feststellen, daß die Ursache dieser Debatte in der Strategie der „flexible response" selber liegt, in den unterschiedlichen Interessen, die die NATO-Partner damit verfolgen, wie ja diese Debatte tatsächlich älter ist als die sich gegenwärtig entfaltende Friedensbewegung. Daß aber das große öffentliche Interesse, auf das diese Auseinandersetzung

Nun sah diese Doktrin von vornherein die Möglichkeit eines Ersteinsatzes von Atomwaffen vor, insofern ist z.B. die heutige Überlegung von Mc Namara etc. auch nicht eine erst heute zu stellende Frage. Und diese Doktrin lebte von vornherein von der Möglichkeit (oder, genauer gesagt, der Hoffnung auf der Seite der USA), einen Atomkrieg zu begrenzen, d.h. eben auch auf Europa zu begrenzen. Insofern war auch die Aussage Reagans zu der Möglichkeit einer Begrenzbarkeit, die er in einem Interview am 16. Oktober 1981 gemacht und die zu einem breiten Sturm der Entrüstung geführt hat, nichts prinzipiell Neues. Was also hat sich geändert? Ich denke, es sind zwei Dinge: Das Kräfteverhältnis zwischen

wickelten gepanzerten Truppenfahrzeuge erwähnt, die durch radioaktiv verseuchtes Gebiet fahren können.

Die Überlegenheit der USA

In einem Vortrag führte Henry Kissinger am 1.9.1979 bemerkenswert offen aus: „Während wir ein Potential für ‚gesicherte Zerstörung' aufbauen, baute die Sowjetunion Streitkräfte für traditionelle militärische Aufträge auf, nämlich die militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten zu vernichten. So werden wir uns in den achtziger Jahren in einer Lage befinden, in der 1. viele unserer strategischen Kräfte, darunter alle landgestützten ICBM (Interkontinentalraketen), verwundbar sein werden und 2. von den sowjetischen strategischen Kräften nur ein so unbedeutender Prozentsatz verwundbar sein wird, daß sie für die Vereinigten Staaten keine sinnvolle Option für einen strategischen Angriff bilden. Es geht mir ganz gewiß nicht um die Frage, ob das bedeutet, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten angreifen will, oder nicht. Mir geht es um zweierlei: Erstens, daß die Veränderung der strategischen Lage, die sich aus unserer partiellen Verwundbarkeit ergibt, für die Vereinigten Staaten von fundamentalerer Bedeutung ist, als selbst eine to-

nomischen Druck auf die SU wie ihre Satellitenstaaten auszuüben. Die Politik Reagans kann man interpretieren als Versuch, diese Überlegenheit wieder zu erlangen. Die jüngst bekanntgewordene Studie des Pentagon bestätigt diese Absicht der USA. Doch weder wird sie der „Nach"rüstungsbeschluß bringen. Selbst nach der Analyse von Dieter S. Lutz hätte die USA mit den neustationierten Mittelstreckenraketen nur gerade die Fähigkeit erreicht, in einem Schlag die Mittelstreckenwaffen der SU zu vernichten, eine Fähigkeit, die die SU mit den SS 20 längst erreicht hat. Noch kann die Supermacht USA angesichts der kapitalistischen Krise in dem Maße, wie es Reagan offensichtlich wollte, ein Aufrüstungsprogramm durchziehen. Es bleibt die Erkenntnis, daß die USA nicht mehr in der Lage ist, durch die Drohung mit einem raschen Atomschlag die Sowjetunion atomar zu entwaffnen, daß sie aus ihrem Interesse heraus dann schon um alles in der Welt einen Nuklearkrieg auf Europa begrenzen muß. Die erwähnte Pentagon-Studie scheint dies mit einem langandauernden Atomkrieg zu meinen.

Und was andererseits bleibt, ist die Erkenntnis in Westeuropa, und das heißt immer in besonderem Maße in Westdeutschland, daß die Möglichkeit, einen solchen Krieg zu führen, für Europa die totale Vernichtung bedeuten würde. Schon von Anfang an haben einige führende Militärs wie auch

Die NATO-Strategie in der Diskussion

Abrüstungsvorschläge, NATO-Strategie, Einsatzgebiet, Falkland – haben diese Vorgänge einen inneren Zusammenhang?

Von Günther Kruse

Reagan scheint fast zum Friedenspräsidenten zu geraten – eine Rolle, die ihm nun allerdings keineswegs steht: Nach den Vorschlägen für die Mittelstreckenraketen („Nullösung") nun für den 26. Juni der Beginn der „START"-Verhandlungen, also Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen, und schließlich die Ankündigung, SALT II einzuhalten, auch wenn es nicht ratifiziert ist, sofern die andere Supermacht das ebenfalls tut. Noch vor dem Gipfel werden Vorschläge für die Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Truppen in Mitteleuropa (MBFR) erwartet.

Das ist die eine Seite. Eng damit verbunden ist die heftig aufflammende Diskussion über die NATO-Strategie. Mc Namara, Kennan, Mc Bundy und Smith sind nicht die einzigen Amerikaner, die sich dazu geäußert haben, Bahr, Möllemann, Wörner haben sich aus der BRD gemeldet; Die Palme-Kommission, der Abrüstungspolitiker aus den mächtigsten Staaten angehörten, hat ihren Abschlußbericht vorgelegt.

Sollte das Bild von dem aggressiven Militärbündnis, was auch so viele Menschen veranlaßt, zur Demonstration gegen die NATO nach Bonn zu fahren, auf einmal nicht mehr stimmen? Das Bild von dem aggressiven Militärbündnis, das in der Türkei die Militärjunta unterstützt, dessen Führungsmacht USA offen in El Salvador auf Seiten der Reaktionäre eingreift, das den Einsatz von Truppen im Golfgebiet androht, falls die dortigen Staaten sich nicht mehr entsprechend den Wünschen der führenden Wirtschaftsmächte verhalten? Das schließlich mehr oder weniger direkt Großbritannien in seinem Krieg zur Rückeroberung der Falkland-Inseln unterstützt. Oder sind die Vorschläge und Diskussionsbeiträge reine Augenwischerei? Damit sind sie auf jeden Fall genauso wenig abzutun wie die reihenweisen Vorschläge der Sowjetunion für Abrüstungsschritte, für Moratorien etc.

Um die Lage richtig zu deuten, muß man zwei Faktoren betrachten, die sie wesentlich bestimmen und damit auch die daraus geborenen Vorschläge: Einerseits die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen USA und Sowjetunion bzw. Warschauer Pakt und NATO, aus dem die Strategie und ihre Änderung resultiert. Andererseits das Verhältnis der USA zur Dritten Welt, dessen Entwicklung immer stärker dazu geführt hat, daß sich die USA auf die NATO als letztem verbliebenen Militärbündnis stützt.

Die Debatte über die NATO-Strategie

Wenn man die Strategiedebatte in der NATO verfolgt, so scheint zunächst ihr plötzlicher heftiger Ausbruch unerklärlich. War es die Studie der 4 US-amerikanischen Politiker Mc Namara, Kennan, Mc Bundy und Smith, die die Forderung erhoben, die NATO müsse auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, die diese Welle auslöste? Ist es eine Reaktion auf die Friedensbewegung und die Bewegung in den USA für „Freeze", für das Einfrieren der Atomraketen? Man muß wohl feststellen, daß die Ursache dieser Debatte in der Strategie der „flexible response" selber liegt, in den unterschiedlichen Interessen, die die NATO-Partner damit verfolgen, wie ja diese Debatte tatsächlich älter ist als die sich gegenwärtig entfaltende Friedensbewegung. Daß aber das große öffentliche Interesse, auf das diese Auseinandersetzung stößt, mit der Entwicklung der Friedensbewegung eng zusammenhängt, ist sicher. Diese hat damit wohl auch die Chance, den Gang dieser Debatte, die sicher nicht innerhalb des nächsten Jahres zu Ergebnissen führen wird, zu beeinflussen.

Zunächst ein kurzer Überblick über die Entwicklung der NATO-Strategie: Auf der Grundlage einer Alleinverfügung über Nuklearwaffen direkt nach dem 2. Weltkrieg drohte die NATO der Sowjetunion im Falle eines Krieges die totale Vernichtung an. Bis Mitte bzw. Ende der fünfziger Jahre hatte die Sowjetunion eigene Kernwaffen und die notwendigen Trägerraketen entwickelt. Im Falle eines massiven Vergeltungsschlages durch die USA drohte damit auch deren Vernichtung durch die Interkontinentalraketen der Sowjetunion – die massive Vergeltung wurde als Strategie wenig glaubwürdig. Im Laufe einer längeren Auseinandersetzung innerhalb der NATO entwickelte diese die Strategie der „flexible response", der flexiblen Antwort auf einen Angriff seitens des Warschauer Paktes. Die Strategie, die nach wie vor gilt, sah abgestuft die drei Waffenebenen vor: konventionelle Waffen, taktische Nuklearwaffen (also solche kurzer Reichweite) und schließlich strategische Nuklearwaffen. Welche Waffen eingesetzt werden, sollte nicht von vornherein festgelegt sein, es sollte sich nach den Möglichkeiten richten, den Gegner zurückzuschlagen.

Nun sah diese Doktrin von vornherein die Möglichkeit eines Ersteinsatzes von Atomwaffen vor, insofern ist z.B. die heutige Überlegung von Mc Namara etc. auch nicht eine erst heute zu stellende Frage. Und diese Doktrin lebte von vornherein von der Möglichkeit (oder, genauer gesagt, der Hoffnung auf der Seite der USA), einen Atomkrieg zu begrenzen, d.h. eben auch auf Europa zu begrenzen. Insofern war auch die Aussage Reagans zu der Möglichkeit einer Begrenzbarkeit, die er in einem Interview am 16. Oktober 1981 gemacht und die zu einem breiten Sturm der Entrüstung geführt hat, nichts prinzipiell Neues. Was also hat sich geändert? Ich denke, es sind zwei Dinge: Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Militärblöcken einerseits und das zunehmende Bewußtsein andererseits, daß dieser Krieg nur auf dem Rücken Europas und dort vor allem Mitteleuropas, der BRD, ausgetragen werden kann.

Die Sowjetunion hat während der Periode der „Entspannungspolitik" umfassend weiter aufgerüstet, während die USA nach der Niederlage im Vietnamkrieg ihre Rüstung einige Jahre drastisch heruntergeschraubt hatten. Die Folge davon war ein Gleichziehen der Sowjetunion in praktisch allen Rüstungsbereichen, wobei die Überlegenheit auf konventionellem Gebiet kaum bestritten wird. Dieses Gleichziehen erfolgte auch auf dem Gebiet der taktischen Nuklearwaffen sowie der Mittelstreckenraketen. Mit der SS 20 erwarb sich die SU sogar die Fähigkeit zu einem Erstschlag, d.h. die Möglichkeit, alle in Europa gegen sie gerichteten Atomwaffen zu vernichten, mit der Einschränkung, daß sie derzeit noch keine Möglichkeit besitzt, U-Boote zuverlässig zu orten. (Nach Dieter S. Lutz: Weltkrieg wider Willen) Obwohl die Sowjetunion in ihrer offiziellen Doktrin die Begrenzbarkeit eines Atomkrieges bestreitet, entspricht nicht nur ihre Ausrüstung mit Nuklearwaffen dem Versuch, einen Atomkrieg doch begrenzt zu führen. Auch die Ausrüstung ihrer Truppen wird von ihr systematisch auf die Führung eines Krieges unter Atomwaffeneinsatz ausgerichtet. Es seien hier nur die neu entwickelten gepanzerten Truppenfahrzeuge erwähnt, die durch radioaktiv verseuchtes Gebiet fahren können.

Die Überlegenheit der USA

In einem Vortrag führte Henry Kissinger am 1.9.1979 bemerkenswert offen aus: „Während wir ein Potential für ‚gesicherte Zerstörung' aufbauen, baute die Sowjetunion Streitkräfte für traditionelle militärische Aufträge auf, nämlich die militärischen Kräfte der Vereinigten Staaten zu vernichten. So werden wir uns in den achtziger Jahren in einer Lage befinden, in der 1. viele unserer strategischen Kräfte, darunter alle landgestützten ICBM (Interkontinentalraketen), verwundbar sein werden und 2. von den sowjetischen strategischen Kräften nur ein so unbedeutender Prozentsatz verwundbar sein wird, daß sie für die Vereinigten Staaten keine sinnvolle Option für einen strategischen Angriff bilden. Es geht mir ganz gewiß nicht um die Frage, ob das bedeutet, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten angreifen will, oder nicht. Mir geht es um zweierlei: Erstens, daß die Veränderung der strategischen Lage, die sich aus unserer partiellen Verwundbarkeit ergibt, für die Vereinigten Staaten von fundamentalerer Bedeutung ist, als selbst eine totale Verwundbarkeit für die Sowjetunion wäre, weil unsere strategische Doktrin außerordentlich weitgehend, vielleicht gar ausschließlich, auf der Überlegenheit unserer strategischen Macht beruht. Die Sowjetunion hat sich nie auf überlegene strategische Macht verlassen; sie hat sich stets mehr auf lokale und regionale Überlegenheit verlassen. Darum ist selbst eine Gleichwertigkeit der Zerstörungskraft, selbst ‚gesicherte Zerstörung' für beide Seiten, eine Revolution des strategischen Kräfteverhältnisses, wie wir es gekannt haben. Sie ist eine Tatsache, der wir uns stellen müssen."

Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn
Hinweise zum Ablauf, Abfahrtszeiten und Anfahrt in Bonn S. III

Diese Überlegenheit soll den USA wohl weniger zu einem direkten Angriff auf die SU dienen. Wäre das ein *realistisches* Ziel gewesen, so hätten es die USA früher durchsetzen müssen. Das Ziel ist vielmehr, einerseits in verschiedenen Teilen der Welt ungestörter operieren zu können und andererseits unter diesem Schirm schärferen ökonomischen Druck auf die SU wie ihre Satellitenstaaten auszuüben. Die Politik Reagans kann man interpretieren als Versuch, diese Überlegenheit wieder zu erlangen. Die jüngst bekanntgewordene Studie des Pentagon bestätigt diese Absicht der USA. Doch weder wird sie der „Nach"rüstungsbeschluß bringen. Selbst nach der Analyse von Dieter S. Lutz hätte die USA mit den neustationierten Mittelstreckenraketen nur gerade die Fähigkeit erreicht, in einem Schlag die Mittelstreckenwaffen der SU zu vernichten, eine Fähigkeit, die die SU mit den SS 20 längst erreicht hat. Noch kann die Supermacht USA angesichts der kapitalistischen Krise in dem Maße, wie es Reagan offensichtlich wollte, ein Aufrüstungsprogramm durchziehen. Es bleibt die Erkenntnis, daß die USA nicht mehr in der Lage ist, durch die Drohung mit einem raschen Atomschlag die Sowjetunion atomar zu entwaffnen, daß sie aus ihrem Interesse heraus dann schon um alles in der Welt einen Nuklearkrieg auf Europa begrenzen muß. Die erwähnte Pentagon-Studie scheint dies mit einem langandauernden Atomkrieg zu meinen.

Und was andererseits bleibt, ist die Erkenntnis in Westeuropa, und das heißt immer in besonderem Maße in Westdeutschland, daß die Möglichkeit, einen solchen Krieg zu führen, für Europa die totale Vernichtung bedeuten würde. Schon von Anfang an haben einige führende Militärs wie auch Politiker die Begrenzbarkeit eines Atomkrieges in Zweifel gezogen. Bundeskanzler Schmidt, treibende Kraft innerhalb der Nato für den Nachrüstungsbeschluß, wollte mit ihm gerade erreichen, daß frühzeitig Atomwaffen eingesetzt werden können, daß die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen aber nicht ausreichen, um einen Krieg letzten Endes alleine damit zu führen. Die strategischen Nuklearwaffen sollten immer als Drohung stehen bleiben.

Der Vorschlag Möllemanns

Aus diesem Interessengegensatz ergeben sich die Spannungen innerhalb der Nato. Und um diesen Gegensatz aufzuheben, werden die jüngsten Vor-

Fortsetzung Seite III

kvz-extra vom 4.6.1982

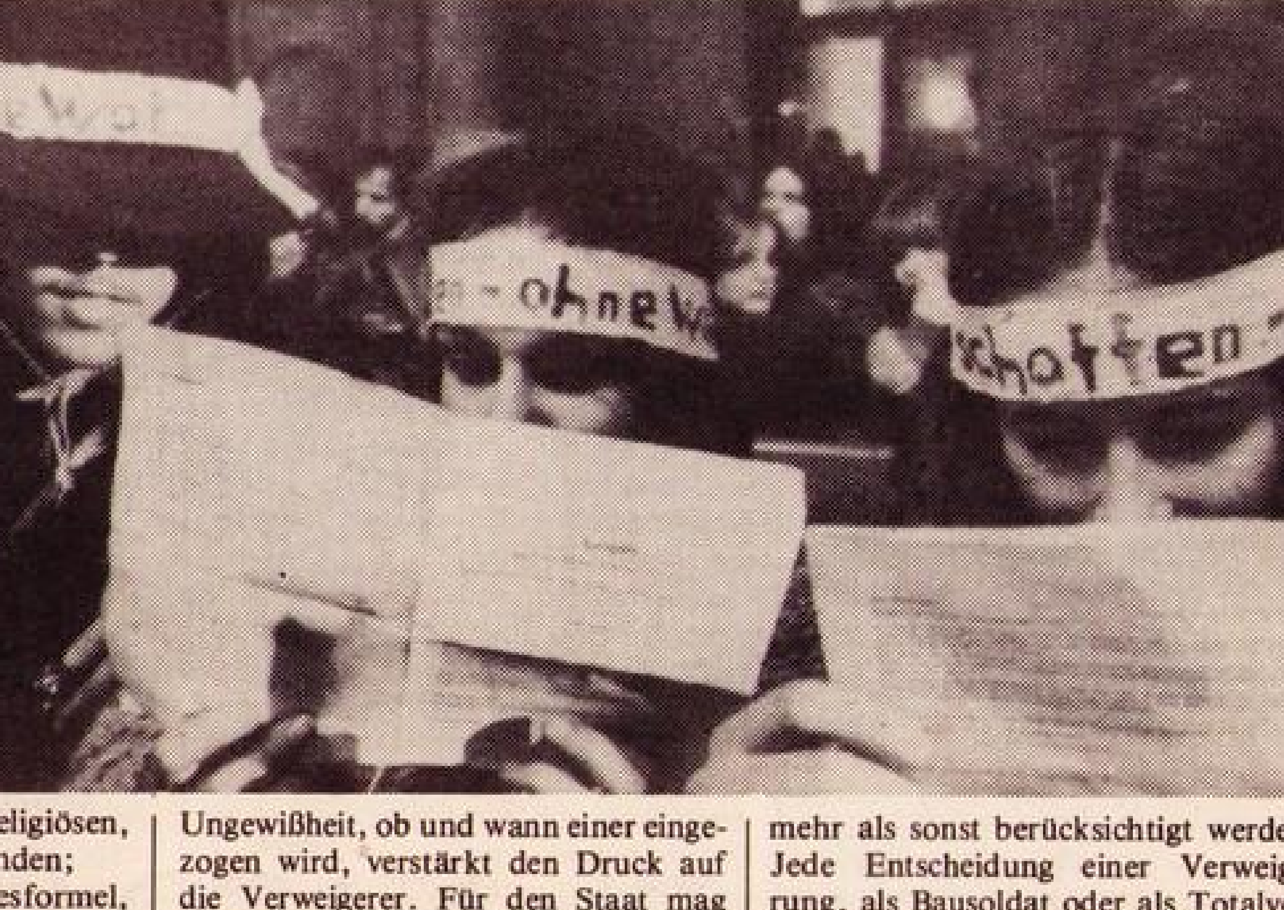
Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Friedemann Bleicher

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Kriegsdienstverweigerung, Bausoldat – Die Anfänge der Friedensbewegung in der DDR

Der nachfolgende Bericht ist Ergebnis eines Gesprächs mit Bernd Eisenfeld, dem Autor des Buches „Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?" Das Buch ist zum besseren Verständnis der Entwicklung der Friedensbewegung in der DDR sehr zu empfehlen.



bes. Den Schwerpunkt in diesem Beitrag lege ich auf die Anfänge der Friedensbewegung in der DDR, nämlich den Kampf um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV).

Bernd Eisenfeld hatte nach seinem Studium in der DDR 1964 den Wehrdienst verweigert und wurde zu den Bausoldaten (einzige Alternative zum Gefängnis für Verweigerer) eingezogen. Nach Ableistung seines Dienstes bekam er Berufsverbot (aufgrund seiner „aktiven" Bausoldatenzeit, in der er als „Rädelsführer" angesehen wurde). Er engagierte sich während des „Prager Frühlings" und wurde wegen „staatsgefährdender Arbeit" zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, die er auch voll absitzen mußte. Im August 1975 verließ er mit seiner Familie „legal" die DDR und lebt seitdem in Westberlin. Z.Zt. ist er freier Mitarbeiter in der politischen Bildung (Ost-West) und zudem Mitglied in der Studiengruppe Militärpolitik.

Bis 1962 gab es in der DDR den Dienst in der Armee nur mit einer Art von Zwangsformel, nämlich der, „die Republik durch den Dienst zu schützen". Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) z.B. verlangte aus diesem Grunde von ihren Mitgliedern eine zweijährige Armeeverpflichtung. Den „Widerwilligen" drohte Ausbildungsbehinderung bis Verweigerung von Studienplätzen.

Nach dem Bau der Mauer 1961

konnte die Staatsführung der DDR systematisch den Aufbau der Armee betreiben und zu einem offensiven Kurs in der Wehrpolitik gegenüber der Bevölkerung übergehen, denn die Ausweichmöglichkeit Flucht für die Wehrfähigen war mit dem Mauerbau unmöglich geworden. Das Verteidigungsgesetz (Notstandsgesetz) und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht folgten 1962 innerhalb von einigen Monaten. Kein einziger Paragraph legitimierte in irgendeiner Form die Wehrdienst- bzw. Waffendienstverweigerung. Das Militärstrafgesetz drohte empfindliche Strafen zur Abschreckung eines jeden Versuches von Verweigerung an.

Das SED-Bezirksorgan Berlin (Ost) schreibt am Tage der Verkündigung des Wehrpflichtgesetzes: „Wir unterstützen alle Jugendlichen in Westdeutschland, die den Dienst mit der Waffe verweigern, denn sie schwächen die imperialistische NATO-Armee. In der DDR kann und wird es keine Wehrdienstverweigerung geben, da wir den Frieden und den Sozialismus schützen." (a.a.O., S. 41, aus: Berliner Zeitung Ost, vom 24.1.62)

Kriegsdienstverweigerung (KDV), aus welchen Motiven auch immer, wurde in der DDR prinzipiell verworfen, während die Verweigerung in der BRD aus humanistischen Gründen gerechtfertigt wurde. Die Staatsideologie versuchte auch immer, gegen die Verweigerer zu Felde zu ziehen, nach dem

konnte die Staatsführung der DDR systematisch den Aufbau der Armee betreiben und zu einem offensiven Kurs in der Wehrpolitik gegenüber der Bevölkerung übergehen, denn die Ausweichmöglichkeit Flucht für die Wehrfähigen war mit dem Mauerbau unmöglich geworden. Das Verteidigungsgesetz (Notstandsgesetz) und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht folgten 1962 innerhalb von einigen Monaten. Kein einziger Paragraph legitimierte in irgendeiner Form die Wehrdienst- bzw. Waffendienstverweigerung. Das Militärstrafgesetz drohte empfindliche Strafen zur Abschreckung eines jeden Versuches von Verweigerung an.

Das SED-Bezirksorgan Berlin (Ost) schreibt am Tage der Verkündigung des Wehrpflichtgesetzes: „Wir unterstützen alle Jugendlichen in Westdeutschland, die den Dienst mit der Waffe verweigern, denn sie schwächen die imperialistische NATO-Armee. In der DDR kann und wird es keine Wehrdienstverweigerung geben, da wir den Frieden und den Sozialismus schützen." (a.a.O., S. 41, aus: Berliner Zeitung Ost, vom 24.1.62)

Kriegsdienstverweigerung (KDV), aus welchen Motiven auch immer, wurde in der DDR prinzipiell verworfen, während die Verweigerung in der BRD aus humanistischen Gründen gerechtfertigt wurde. Die Staatsideologie versuchte auch immer, gegen die Verweigerer zu Felde zu ziehen, nach dem Motto „Der Friede muß bewaffnet sein", „Dort wo Frieden und Sozialismus herrschen, ist für Pazifisten kein Platz mehr". (vgl. a.a.O., S. 41, aus: Leipziger Volkszeitung vom 1.2.62)

Hier nimmt die Kirche der DDR ihre gewichtige Rolle in der heutigen Friedensbewegung her. Sie mußte den jungen Leuten, die sich verweigern wollten und sich an die Kirche als einzige Zufluchtsstätte wandten und von ihr Hilfe erwarteten, diese Hilfe in immer größerem Maße leisten. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verschärfte ja die Konfliktsituation bei den Verweigerern. Die Kirche führte im März 1962 erste Gespräche mit den Vertretern der Staatsführung. In einem Rundbrief (der auch in dem schon mehrmals erwähnten Buch abgedruckt ist) wandte sich die Kirchenleitung an alle Mitglieder und teilte ihnen die Gesprächsergebnisse mit. Im wesentlichen brachten diese Ergebnisse aber keine Verbesserung für die KDVer. U.a. wurde zwischen Kirche und Staat festgestellt:

– daß der Fahneneid ein rein weltlicher Eid sei und von Soldaten weder religiöse noch antireligiöse Bekenntnisse verlange;

– daß der Pazifismus nach zwei Arten unterschieden werden muß, nämlich dem aus rein religiösen Gewissensgründen und dem „böswilligen", der die Verteidigung der DDR zu untergraben versucht;

– daß die zuständigen Musterungskommissionen zwischen diesen zwei Arten auch unterscheiden sollen;

– daß versichert wurde, die Zurückstellung für Auszubildende in kirchlichen Berufen (ähnlich wie bei Theologiestudenten) zu ermöglichen.

Obwohl es keine gesetzliche Regelung über dieses Gespräch und seine Ergebnisse gab, soll die Zahl der Rückstellungen aus rein religiösen Gründen ziemlich groß gewesen sein. Die erste Verhandlung zwischen Staat und Kirche brachte also, wie gesehen, eine Art von Kompromißbereitschaft von seiten des Staates zu Tage, aber diese nur punktuell und völlig unverbindlich.

Die *Evangelische* Kirchenleitung Berlin-Brandenburg zeigte bereits 1961 in einem Rundbrief (auch als Doku-

ment in dem erwähnten Buch von Eisenfeld wiedergegeben) einige neue Aspekte in der Auseinandersetzung um KDV und Wehrpflicht. Zum erstenmal werden auch konkret systembezogene Verweigerungsgründe als legitim bewertet.

Die *Katholische* Kirche hingegen erklärte erst 1966 die KDV aus Gewissensgründen für zulässig, sie reagierte dennoch sehr zurückhaltend in der Unterstützung dieser Bewegung. Der Rat der *Evangelischen* Kirche hatte bereits 1956 der Staatsführung der DDR ein Memorandum überreicht, in dem die Bitte ausgesprochen wurde, in der Verfassung eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Jedoch darf ein Bürger zum Militärdienst nicht herangezogen werden, wenn er dagegen Gründe vorbringt, die ihn nach seinem religiösen Glauben oder nach seiner sittlichen Überzeugung in seinem Gewissen binden." (Bernd Eisenfeld, Dokument 5)

Die Konferenz der *Evangelischen* Kirchenleitung in der DDR verabschiedete 1963 „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst in der Kirche", die das Verhältnis Staat und Kirche in der Friedensfrage klären sollte. Die Kirche erhob in diesem Papier nachdrücklich einen eigenen, auf Versöhnung beruhenden Friedensanspruch und nicht den des Aufbaus eines Feindbildes, des Kalten Krieges, des unbedingten Gehorsams und des Vergeltungsdrangs und führte darüber hinaus aus:

ment in dem erwähnten Buch von Eisenfeld wiedergegeben) einige neue Aspekte in der Auseinandersetzung um KDV und Wehrpflicht. Zum erstenmal werden auch konkret systembezogene Verweigerungsgründe als legitim bewertet.

Die *Katholische* Kirche hingegen erklärte erst 1966 die KDV aus Gewissensgründen für zulässig, sie reagierte dennoch sehr zurückhaltend in der Unterstützung dieser Bewegung. Der Rat der *Evangelischen* Kirche hatte bereits 1956 der Staatsführung der DDR ein Memorandum überreicht, in dem die Bitte ausgesprochen wurde, in der Verfassung eine Bestimmung mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Jedoch darf ein Bürger zum Militärdienst nicht herangezogen werden, wenn er dagegen Gründe vorbringt, die ihn nach seinem religiösen Glauben oder nach seiner sittlichen Überzeugung in seinem Gewissen binden." (Bernd Eisenfeld, Dokument 5)

Die Konferenz der *Evangelischen* Kirchenleitung in der DDR verabschiedete 1963 „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst in der Kirche", die das Verhältnis Staat und Kirche in der Friedensfrage klären sollte. Die Kirche erhob in diesem Papier nachdrücklich einen eigenen, auf Versöhnung beruhenden Friedensanspruch und nicht den des Aufbaus eines Feindbildes, des Kalten Krieges, des unbedingten Gehorsams und des Vergeltungsdrangs und führte darüber hinaus aus:

„Angesichts der Massenvernichtungsmittel ist ein Krieg weniger denn je eine Möglichkeit zur Lösung politischer und ideologischer Spannungen zwischen den Völkern und Machtblöcken." (Eisenfeld, S. 58, aus: Evangelische Welt Nr. 12 v. 16.6.63).

In diesem Papier wurde nochmals der gesetzliche Schutz der Verweigerer gefordert.

"Nahezu lautlos und für die Öffentlichkeit ziemlich überraschend wurde per Gesetzesblatt die Anordnung vom 7. Sept. 1964 verkündet, in der folgende „Zugeständnisse" zusammengefaßt sind:

– Gewährung eines waffenlosen Dienstes und seine Anerkennung als

„Wehrersatzdienst" aus religiösen, aber auch aus ähnlichen Gründen;
– Entbindung von der Eidesformel, dafür jetzt ein Gelöbnis;
– Arbeitsbereiche im „zivilen Bereich", definiert mit Bauarbeiten von Straßen u.ä. sowie den Einsatz bei Katastrophen (vgl. Dokument 11 bei Eisenfeld).

Der waffenlose Soldat (sprich Bausoldat) verrichtet seinen Dienst aber im Rahmen der Armee, d.h. er ist auch dem Soldaten und Offizieren unterstellt. Mit dieser Anordnung lief der Staatsapparat der DDR kaum Gefahr, daß der „Wehrauftrag" in irgendeiner Weise untergraben würde. Nach Eisenfeld waren zwei Momente ausschlaggebend für dieses „Zugeständnis":

Erstens: Mit diesem Zugeständnis wollte der DDR Staatsapparat der immer größer werdenden Zahl an Verweigerern habhaft werden. Die Bausoldaten mußten in ihrem Gelöbnis unbedingten Gehorsam versprechen und ihre Kräfte für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit einsetzen und durch gute Arbeitsleistungen ihre Verteidigungsbereitschaft erklären. Immerhin blieb dem KDVer jetzt nicht allein die Alternative Gefängnis, auch einmalig in der Geschichte der Warschauer-Pakt-Staaten Organisation. Zweitens: Ein wesentlicher Grund war aus militär-ökonomischen Motiven abzuleiten, denn Militärwesen erfordert auch ein hohes Maß an Baumaßnahmen, wa-

„Wehrersatzdienst" aus religiösen, aber auch aus ähnlichen Gründen;
– Entbindung von der Eidesformel, dafür jetzt ein Gelöbnis;
– Arbeitsbereiche im „zivilen Bereich", definiert mit Bauarbeiten von Straßen u.ä. sowie den Einsatz bei Katastrophen (vgl. Dokument 11 bei Eisenfeld).

Der waffenlose Soldat (sprich Bausoldat) verrichtet seinen Dienst aber im Rahmen der Armee, d.h. er ist auch dem Soldaten und Offizieren unterstellt. Mit dieser Anordnung lief der Staatsapparat der DDR kaum Gefahr, daß der „Wehrauftrag" in irgendeiner Weise untergraben würde. Nach Eisenfeld waren zwei Momente ausschlaggebend für dieses „Zugeständnis":

Erstens: Mit diesem Zugeständnis wollte der DDR Staatsapparat der immer größer werdenden Zahl an Verweigerern habhaft werden. Die Bausoldaten mußten in ihrem Gelöbnis unbedingten Gehorsam versprechen und ihre Kräfte für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit einsetzen und durch gute Arbeitsleistungen ihre Verteidigungsbereitschaft erklären. Immerhin blieb dem KDVer jetzt nicht allein die Alternative Gefängnis, auch einmalig in der Geschichte der Warschauer-Pakt-Staaten Organisation. Zweitens: Ein wesentlicher Grund war aus militär-ökonomischen Motiven abzuleiten, denn Militärwesen erfordert auch ein hohes Maß an Baumaßnahmen, warum sie also nicht durch die Verweigerer erledigen lassen?

Die Bausoldaten protestierten gemäß ihrer Möglichkeiten gegen den Einsatz bei solchen Militärprojekten usw. Sie verlangten die Einsatzmöglichkeit im rein zivilen Bereich. Sie wehrten sich auch gegen die verlangten Überstunden, Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, zumal mit billigen und arbeitsrechtlich schutzlosen Kräften.

Den KDVern wird die Entscheidung, Bausoldat zu werden, nicht leicht gemacht. Gibt einer bei seiner Musterung an, daß er verweigern und Bausoldat werden will, so heißt das noch lange nicht, daß er auch einberufen wird. Er kann z.B. Jahre darauf warten. Diese

Ungewißheit, ob und wann einer eingezogen wird, verstärkt den Druck auf die Verweigerer. Für den Staat mag diese Verzögerungstaktik nützlich sein, denn ist der Verweigerer älter, so hat er auch bestimmt Verpflichtungen finanzieller und familiärer Art und ordnet sich wahrscheinlich eher unter.

Die Anzahl der Totalverweigerer soll deshalb nicht sehr groß sein, eben weil es die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes gab. Vor Einführung der Bausoldaten wurde die Verweigerung mit Gefängnis von unter einem Jahr bestraft, nach Einführung der Bausoldaten 1964 mit einer Mindeststrafe von 18 Monaten. Der zunehmende Protest unter den Bausoldaten gegen ihren militärischen Einsatz wurde mit Militärstraflager bedroht (vgl. Eisenfeld, S. 92). Das Ausweichen direkter Konfrontation versuchten die Bausoldaten mit konkreten Angeboten zu untermauern. Sie forderten z.B. in der Aktion „19. Monat" einen demonstrativen 19. Monat ausschließlich im zivilen Bereich. Doch auch dies hielt die DDR-Staatsführung für indiskutabel. Stattdessen wurde eine Dienstverlagerung vorgenommen (im rückläufigen Raum der Armee – bis hin zu Straßenfegen von öffentlichen Plätzen) und die Repression verschärft.

Die Bausoldaten wandten sich verstärkt an die Evangelische Kirche, war dies doch die einzige Möglichkeit, öffentlich zu werden oder zumindestens

Ungewißheit, ob und wann einer eingezogen wird, verstärkt den Druck auf die Verweigerer. Für den Staat mag diese Verzögerungstaktik nützlich sein, denn ist der Verweigerer älter, so hat er auch bestimmt Verpflichtungen finanzieller und familiärer Art und ordnet sich wahrscheinlich eher unter.

Die Anzahl der Totalverweigerer soll deshalb nicht sehr groß sein, eben weil es die Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes gab. Vor Einführung der Bausoldaten wurde die Verweigerung mit Gefängnis von unter einem Jahr bestraft, nach Einführung der Bausoldaten 1964 mit einer Mindeststrafe von 18 Monaten. Der zunehmende Protest unter den Bausoldaten gegen ihren militärischen Einsatz wurde mit Militärstraflager bedroht (vgl. Eisenfeld, S. 92). Das Ausweichen direkter Konfrontation versuchten die Bausoldaten mit konkreten Angeboten zu untermauern. Sie forderten z.B. in der Aktion „19. Monat" einen demonstrativen 19. Monat ausschließlich im zivilen Bereich. Doch auch dies hielt die DDR-Staatsführung für indiskutabel. Stattdessen wurde eine Dienstverlagerung vorgenommen (im rückläufigen Raum der Armee – bis hin zu Straßenfegen von öffentlichen Plätzen) und die Repression verschärft.

Die Bausoldaten wandten sich verstärkt an die Evangelische Kirche, war dies doch die einzige Möglichkeit, öffentlich zu werden oder zumindestens öffentlicher als bisher ihre Forderungen bekannt zu machen. Im April 1966 wurde ein Arbeitspapier von den Bausoldaten konzipiert, das die Friedensarbeit der Kirche neu bestimmten sollte (vgl. Eisenfeld, S. 103 ff.). Das in diesem Papier geplante Friedensinstitut scheiterte, jedoch wurde ein zentraler Informationsdienst erstellt und vermehrt praktische Friedensaktionen (besser mit zu bauen als Zerstörung vorzubereiten u.ä.) durchgeführt. Es wurden sogar Regionalgruppen gebildet.

Ein anderer Versuch der Bausoldaten, ihre Forderungen breiter öffentlich zu machen, indem man zur Volkskammerwahl 1967 eigene Kandidaten aufstellen wollte, scheiterte am Eingriff der Nationalen Volksarmee, die bekanntgab, daß nur zugelassene Parteien und Massenorganisationen Kandidaten aufstellen dürfen. (Eisenfeld, S. 108)

Es stellt sich also die Frage, woher sich die Motive der Verweigerer ableiten lassen. Sind sie prinzipiell pazifistischer Natur oder sind sie nicht in immer stärker werdendem Maße systemüberschreitender Natur?

Die direkte Betroffenheit zwingt die KDVer der DDR zu systemüberschreitenden Überlegungen. Der Anspruch ließe sich folgendermaßen verkürzen:

– persönliche Integrität, Mündigkeit und politische Freiheit;

– die Gewaltlosigkeit in Form eines zivilen Dienstes zu demonstrieren und damit die Forderung nach ausschließlich friedlichen Konfliktlösungen;

– der Wille, eine „zweite Friedensfront" unabhängig vom Staat zu legalisieren, dies ist dann auch als politische Opposition zu verstehen.

Die Einbeziehung dieser Positionen in die Entscheidung gegen den Wehrdienst in der DDR ist die entscheidende Erscheinung und Entwicklung innerhalb der Bausoldatenbewegung.

Der KDVer hat für die Friedensbewegung einen hohen Stellenwert. Ordnet sich der Bausoldat ohne Widerspruch unter, so ist er ohne Zweifel dem Potential des militärischen Sicherheitssystems zuzurechnen. Es müssen dabei aber m.E. unbedingt die besonderen Bedingungen innerhalb der DDR

mehr als sonst berücksichtigt werden. Jede Entscheidung einer Verweigerung, als Bausoldat oder als Totalverweigerer, widerspricht dem Totalitätsanspruch des DDR-Systems und ist somit Beweis für den Widerstand gegen ungerechte Strukturen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Jeder KDVer verbreitet unabhängig von seinen Motiven und seinem Engagement auch ein Stückchen Hoffnung auf mehr Freiheit und Demokratie.

Die zweite Triebfeder für die heutige Friedensbewegung in der DDR neben der vermehrten Aufrüstung der letzten Jahre ist zweifelsohne die enorme Militarisierung in der DDR. Seit dem Bildungsgesetz aus dem Jahre 1965 und forciert nach dem Jahr 1967 ist in der DDR eine Vielzahl von Beschlüssen, Vereinbarungen und gesetzlichen Regelungen wirksam geworden, die die vormilitärische und militärische Ausbildung zu einem festen Bestandteil des Bildungssystems macht (z.B. die Wehrerziehung in den Schulen). Immer besser und nahtloser wird der junge Bürger in der DDR von Bildungsstufe zu Bildungsstufe zu immer klareren wehrpolitischen und militärischen Bekenntnissen und Handlungen verpflichtet. Die Kirchen wandten sich gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts. Gerade durch das Emblem „Schwerter zu Pflugscharen" wird der Widerstand gegen diese Militarisierung offengelegt. Die DDR-Staatsführung

mehr als sonst berücksichtigt werden. Jede Entscheidung einer Verweigerung, als Bausoldat oder als Totalverweigerer, widerspricht dem Totalitätsanspruch des DDR-Systems und ist somit Beweis für den Widerstand gegen ungerechte Strukturen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Jeder KDVer verbreitet unabhängig von seinen Motiven und seinem Engagement auch ein Stückchen Hoffnung auf mehr Freiheit und Demokratie.

Die zweite Triebfeder für die heutige Friedensbewegung in der DDR neben der vermehrten Aufrüstung der letzten Jahre ist zweifelsohne die enorme Militarisierung in der DDR. Seit dem Bildungsgesetz aus dem Jahre 1965 und forciert nach dem Jahr 1967 ist in der DDR eine Vielzahl von Beschlüssen, Vereinbarungen und gesetzlichen Regelungen wirksam geworden, die die vormilitärische und militärische Ausbildung zu einem festen Bestandteil des Bildungssystems macht (z.B. die Wehrerziehung in den Schulen). Immer besser und nahtloser wird der junge Bürger in der DDR von Bildungsstufe zu Bildungsstufe zu immer klareren wehrpolitischen und militärischen Bekenntnissen und Handlungen verpflichtet. Die Kirchen wandten sich gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts. Gerade durch das Emblem „Schwerter zu Pflugscharen" wird der Widerstand gegen diese Militarisierung offengelegt. Die DDR-Staatsführung hat natürlich kein Interesse an einer ihr nicht unterstehenden Friedensinitiative, deshalb hat sie die Aufnäher verboten. Sie duldet diese unabhängige Strömung im Land nicht und will verhindern, daß sie sich immer weiter formiert.

Gerade für die westdeutsche Friedensbewegung muß es gelten, diese Friedensbewegung in der DDR zu unterstützen, damit sie nicht auf sich allein gestellt und einem enormen staatlichen Machtapparat gegenübergestellt ist. Unser Anliegen muß es sein, dieses Friedenspotential zu unterstützen. Auch unsere Solidarität wird erweisen, in welchem Maße es dem Staat erlaubt ist, die Friedensbewegung in der DDR zu untergraben.

Bernd Eisenfeld

„Kriegsdienstverweigerung in der DDR · ein Friedensdienst?"

Genesis, Befragung, Analyse, Dokumente

Haag und Herchen Verlag, Frankfurt/M 1978

Aus dem Inhalt:

Es werden die geschichtlichen und aktuellen Positionen der SED-Führung, der Führung der anderen Parteien der DDR und jene der Kirche zur Kriegsdienstverweigerung zum einen sowie die Motivation, die Position, die Konfliktfelder und die gesellschaftliche Stellung der Kriegsdienstverweigerer der DDR zum anderen verfolgt.

Best. Nr. 0115 / 24,80 DM

zu beziehen über

BUCHVERTRIEB HAGER

Skulptur von "riesiger politischer Bedeutung"

Radio Moskau zu "Schwerter zu Plugscharen"

In seinem für die BRD bestimmten, deutschsprachigen Dienst hat "Radio Moskau" am 13.5. einen Beitrag seines Kommentators Valentin Sacharow gesendet, der Bemerkungen zur Friedensliebe des Sowjetvolkes und zu den Abrüstungsverhandlungen Leonid Breschnews mit folgender Betrachtung über die UNO-Skulptur "Schwerter zu Plugscharen" einleitete:

"Kennen Sie das Abbild dieser Skulpturkomposition, das unter schwerer Schmiedehand zum Pflugschar krummgeschlagene Schwert? Und auf dem Sockel der Skulpturkomposition steht der Bibelspruch: 'Schwerter zu Plugschären'. Bei dem im Spruch gefaßten Mann, der sich mit dieser Schmiedearbeit befaßt, handelt es sich um einen Sowjetmenschen. Er wurde als Skulptur des Bildhauers Wutschetitsch auf der Weltausstellung in Brüssel und auf einer sowjetischen Ausstellung in New York gezeigt und 1961 von der Sowjetunion an die Organisation der Vereinten Nationen verschenkt, wo man diese Skulpturkomposition nun auch heute sehen kann.

Wenn wir diese Skulptur betrachten, sehen wir, wie das Schwert durch Kraft, Willen und Vernunft des Menschen in Pflugscharen verwandelt wird. Das Kriegszeug wird zum Werkzeug der friedlichen Arbeit. Da wird nicht nur die Tat des Humanismus plastisch dargestellt, die Skulptur 'Schwerter zu Pflugscharen' ist zugleich der Aufruf zur Handlung. Dies ist es, was in dieser Skulpturkomposition die Menschen am meisten versöhnt. Es ist nun nicht von ungefähr, daß diese Skulptur auf den erwähnten Ausstellungen in Brüssel und New York einen begeisterten Beifall geerntet hat. Die Skulptur 'Schwerter zu Pflugscharen', eines der hervorragendsten Werke der sowjetischen Kunst, genießt allerorts in der Welt, besonders bei den Werktätigen, große Popularität. Das Abbild des in Bronze gefaßten Sowjetmenschen, der Schwerter zu Plugscharen verwandelt, diese Skulptur gewann allerorts großen Widerhall und riesige politische Bedeutung. Der in Bronze gefaßte Sowjetmensch ruft alle Völker zum Kampf gegen die Kriegsgefahr, für den Frieden auf. Die Sowjetunion, ihre neue, die sozialistische Gesellschaft, sehen in der Skulptur 'Schwerter zu Plugscharen' ihre eigenen außenpolitischen Absichten und Ziele wieder."

Fortsetzung von Seite I

NATO-Strategie ...

schläge gemacht. Die Politiker der BRD können kein Interesse an einem Krieg in Europa haben. Davon ist auszugehen. Möllemann (FDP) hat in einem Papier, das vom Bundesfachausschuß für Friedens- und Sicherheitspolitik der FDP einstimmig gebilligt wurde, einige Vorstellungen für Abrüstungsverhandlungen dargelegt: Verhandlungen über Reduzierung der strategischen Waffen. „Friedenssicherndes Ziel dieser Verhandlungen muß der beiderseitige Verzicht auf Überlegenheit und die bewußte Wahrung der beiderseitigen Zweitschlagfähigkeit sein." Wie hier sind seine Vorschläge zur Reduzierung der Mittelstreckenraketen von den Vorschlägen Reagans nicht weit entfernt. Als drittes folgt noch der Vorschlag, sofort von den in Mitteleuropa stationierten 6000 taktischen Atomwaffen 1000 zu reduzieren. Das will in Wirklichkeit noch nicht viel heißen, gehen doch eh schon viele Militärs davon aus, daß ein Gutteil dieser Waffen veraltet ist. Wenn die SU darauf hin bereit sei, ihre Panzerverbände „beträchtlich zu reduzieren", „bietet der Westen ferner eine Reduzierung um weitere 2000 taktische Atomwaffen an". Das ist noch kein Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, dient aber, so Möllemann, „der Anhebung der nuklearen Schwelle".

Möllemann geht aber noch weiter. Unter bestimmten Voraussetzungen soll die Nato dem Warschauer Pakt die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone anbieten. Und zwar für den gesamten Geltungsbereich der KSZE-Schlußakte. Egon Bahr hat (u.a. im Rahmen der „Palme-Kommission", die jetzt in ihrem Schlußbericht Lösungen für Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen hat) ebenfalls eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert. Die Palme-Kommission spricht von einem 300 km breiten atomwaffenfreien Gürtel, 150 km auf jeder Seite der Grenze zwischen den beiden Blöcken. Bei beiden Politikern, und hier stimmen sie auch mit den Vorstellungen der 4 Amerikaner, deren Aufsatz anfangs erwähnt wurde, überein, ist aber Voraussetzung eines solchen Schritts ein ungefähres Gleichgewicht im Bereich der konventionellen Streitkräfte. Wie dies zu erreichen ist, darüber gibt es wiederum unterschiedliche Auffassungen: Durch drastische Aufrüstung der Staaten der Nato oder durch eine Reduzierung der Truppenstärken, bis beide Seiten z.B. nur noch 700000 Mann in Mitteleuropa stehen haben, wie es z.B. Möllemann vorschlägt.

Ein Programm für den Frieden? Keinesfalls. Zwei Ziele haben alle genannten Diskutanten im Auge: Einerseits die Nato zu festigen, und das heißt nach Lage der Dinge, einen Atomkrieg zu vermeiden und andererseits die Möglichkeit zu schaffen, einen kon-

Möllemann geht aber noch weiter. Unter bestimmten Voraussetzungen soll die Nato dem Warschauer Pakt die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone anbieten. Und zwar für den gesamten Geltungsbereich der KSZE-Schlußakte. Egon Bahr hat (u.a. im Rahmen der „Palme-Kommission", die jetzt in ihrem Schlußbericht Lösungen für Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen hat) ebenfalls eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gefordert. Die Palme-Kommission spricht von einem 300 km breiten atomwaffenfreien Gürtel, 150 km auf jeder Seite der Grenze zwischen den beiden Blöcken. Bei beiden Politikern, und hier stimmen sie auch mit den Vorstellungen der 4 Amerikaner, deren Aufsatz anfangs erwähnt wurde, überein, ist aber Voraussetzung eines solchen Schritts ein ungefähres Gleichgewicht im Bereich der konventionellen Streitkräfte. Wie dies zu erreichen ist, darüber gibt es wiederum unterschiedliche Auffassungen: Durch drastische Aufrüstung der Staaten der Nato oder durch eine Reduzierung der Truppenstärken, bis beide Seiten z.B. nur noch 700000 Mann in Mitteleuropa stehen haben, wie es z.B. Möllemann vorschlägt.

Ein Programm für den Frieden? Keinesfalls. Zwei Ziele haben alle genannten Diskutanten im Auge: Einerseits die Nato zu festigen, und das heißt nach Lage der Dinge, einen Atomkrieg zu vermeiden und andererseits die Möglichkeit zu schaffen, einen kon-

ventionellen Krieg zu führen. Nur, bei der heutigen Technik der Kriegführung wäre auch ein konventioneller Krieg in Europa selbstmörderisch. Und die Möglichkeiten für die Nato, in anderen Teilen Krieg zu führen, wären keineswegs gebannt, im Gegenteil. Eine Erklärung über den Verzicht zum Ersteinsatz von Atomwaffen, wenn sie denn je zustande käme, wäre sicherlich nicht ohne Bedeutung, ausreichen könnte sie der Friedensbewegung aber nicht.

Der Falkland-Krieg und seine Rückwirkungen auf die NATO

Mit Rückwirkungen des Falkland-Krieges auf die NATO meine ich weniger, daß nun die NATO militärisch Großbritannien unterstützt; das wird voraussichtlich direkt nicht geschehen und geschieht indirekt schon auf die vielfältigste Weise. Es geht hier zunächst einmal auch noch nicht darum, welche Rückschlüsse die Militärs aus den Ergebnissen, die das britische Expeditionskorps hatte, für die Militärplanung ziehen (z.B. eine stärkere notwendige Präsenz, um so etwas wie den Abzug der gesamten britischen Flotte aus dem Atlantik schneller ausgleichen zu können oder etwa Überlegungen in der Richtung, daß die großen Schlachtschiffe bei der heutigen Kriegsführung nicht mehr allzuviel taugen). Das alles sind wichtige Gesichtspunkte, die noch weiter zu untersuchen sein werden. Vor allem aber erscheint wichtig, daß dieser Konflikt und das Vehalten der USA deutlich markiert, daß sie ihre Zukunft im Militärbündnis NATO sehen. Immerhin mußten sich die USA entscheiden zwischen einem Verbündeten, mit dem sie in der OAS zusammengeschlossen sind und damit dem Bestand dieses Bündnisses und einem Verbündeten, mit dem sie in der NATO zusammenarbeiten. Eine strikte Neutralität hat die Supermacht USA in diesem Konflikt sicher nie gehabt und mittlerweile mit Waffenlieferungen an Großbritannien auch offensichtlich aufgegeben. Auseinandersetzungen innerhalb der Reagan-Administration zwischen dem Außenminister Haig und der UNO-Delegierten Kirkpatrick, die in letzter Zeit an die Öffentlichkeit gedrungen sind, verdeutlichen den tiefen Schnitt, den die USA damit gemacht haben.

Nützlicherweise geht man auch hier in der Geschichte etwas zurück, um den Zusammenhang dieses Vorganges mit dem Bemühen der USA, in der Nato Zusicherungen für eine Unterstützung bei ihrem weltweiten Vorgehen in „strategisch wichtigen Gebieten" außerhalb des Einsatzgebietes zu erlangen, zu erkennen. Schon kurz nach dem 2. Weltkrieg hatten die USA begonnen, ihre Vormachtstellung als zunächst einzige Weltmacht, als Supermacht, die die imperialistischen Konkurrenten, die im 2. Weltkrieg allemal ihre Stellung eingebüßt hatten, beerbte, abzusichern. Mit den lateinamerikanischen Staaten wurde im August 1947 der Pakt von Rio, aus dem später die OAS hervorging, gegründet. Knapp zwei Jahre später folgte im April 1949 mit Kanada und den europäischen Staaten die NATO. Im Cento-Pakt waren die Türkei, Iran, Pakistan und Großbritannien zusammengeschlossen, die USA gehörten dem Militärkomitee an. Das Abkommen über gegenseitige Verteidigungsbeihilfe in Indochina (mit Kambodscha, Laos und Südvietnam), der ANZUS-Pakt mit Australien und Neuseeland und schließlich die SEATO (ANZUS-Pakt plus Frankreich, Großbritannien, Pakistan, Philippinen und Thailand) vervollständigten ein Paktsystem, das nahezu um die ganze Welt reichte und die Sowjetunion vollständig einschloß.

Es waren die Erfolge der Länder der Dritten Welt, die in dieses umfassende Netz Schritt für Schritt Löcher rissen, der Befreiungskampf Kambodschas und Vietnams, der Sturz des Schahregimes durch das iranische Volk. So ist heute keines dieser Bündnisse wirklich existent, nachdem jüngst praktisch die OAS zu Grabe getragen wurde, zumindest was die Interessen der USA an ihr als Bündnis ausmacht. Es bleibt die NATO mit all den internen Differenzen.

Mit diesen weltumspannenden Militärbündnissen haben die USA lange nicht ihre weltumspannenden Interessen aufgegeben. Und natürlich haben sie damit auch nicht immer ihre Militärstützpunkte aufgegeben. In ihren Interessen stützen sich die USA nach wie vor auf ein Bündnis mit den Staaten, die der Supermacht USA als Weltausbeuter am nächsten stehen, wenn sie auch nur an zweiter Stelle folgen, auf die NATO. Als Ergebnis der oben geschilderten Entwicklung versuchen die USA seit einigen Jahren, diese NATO-Staaten vestärkt zur Unterstützung ihrer Interessen weltweit einzuspannen. Dabei besteht durchaus eine gewisse Interessenidentität. Hat nicht auch die BRD Interesse an billigem Öl aus den Staaten am Persischen Golf, wie die USA? Hat sie nicht als zweite Industrienation Interesse an Zugang zu billigem Rohstoff, wie die USA? Aber diese Interessenübereinstimmung ist eben nur partiell, denn die europäischen Staaten können z.B. nicht selbständig einen langandauernden Krieg führen, und deshalb geht die Festlegung auf Ausweitung des NATO-Gebietes eben auch nur schleppend voran.

Allerdings, von einer nur *groben Absichtserklärung*, wie sie die NATO 1980 gegeben hat, kann mittlerweile längst nicht mehr gesprochen werden. Das Einsatzgebiet der Flotte der BRD wurde nach Norden ausgedehnt. Der Vertrag über die Bereitstellung von Rüstungsgütern in der BRD für Nachschub aus den USA im Kriegsfall, jederzeit auch für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes verwendbar, wurde unterzeichnet. Vor allem der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt stellt eine wichtige Drehscheibe dar, wenn es gilt, Nachschub für die US-Truppen in den Nahen Osten oder ins Golf-Gebiet zu bringen. Für die Herbsttagung der NATO, so legt das Kommunique der Außenminister fest, sollen genauere Konsequenzen aus einem möglichen Einsatz von US-Truppen im Gebiet von Afghanistan etc. ausgearbeitet werden, nicht, um sie dann zu den Akten zu legen.

diesem Konflikt sicher nie gehabt und mittlerweile mit Waffenlieferungen an Großbritannien auch offensichtlich aufgegeben. Auseinandersetzungen innerhalb der Reagan-Administration zwischen dem Außenminister Haig und der UNO-Delegierten Kirkpatrick, die in letzter Zeit an die Öffentlichkeit gedrungen sind, verdeutlichen den tiefen Schnitt, den die USA damit gemacht haben.

Nützlicherweise geht man auch hier in der Geschichte etwas zurück, um den Zusammenhang dieses Vorganges

der Befreiungskampf Kambodschas und Vietnams, der Sturz des Schahregimes durch das iranische Volk. So ist heute keines dieser Bündnisse wirklich existent, nachdem jüngst praktisch die OAS zu Grabe getragen wurde, zumindest was die Interessen der USA an ihr als Bündnis ausmacht. Es bleibt die NATO mit all den internen Differenzen.

Mit diesen weltumspannenden Militärbündnissen haben die USA lange nicht ihre weltumspannenden Interessen aufgegeben. Und natürlich haben

NATO-Gebietes verwendbar, wurde unterzeichnet. Vor allem der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt stellt eine wichtige Drehscheibe dar, wenn es gilt, Nachschub für die US-Truppen in den Nahen Osten oder ins Golf-Gebiet zu bringen. Für die Herbsttagung der NATO, so legt das Kommunique der Außenminister fest, sollen genauere Konsequenzen aus einem möglichen Einsatz von US-Truppen im Gebiet von Afghanistan etc. ausgearbeitet werden, nicht, um sie dann zu den Akten zu legen.

DGB zur Anti-Nato-Demonstration

kvz. Im Gegensatz zur Demonstration am 10. Oktober hat sich der DGB diesmal nicht gegen die Demonstration der Friedensbewegung am 10. Juni in Bonn gestellt. „Die anläßlich des Nato-Gipfels geplanten Demonstrationen bringen die Sorge der Bürger unseres Landes um den Frieden in Europa zum Ausdruck", so heißt es in einer Erklärung des DGB. Damit ist zwar auch noch keine eindeutige Haltung eingenommen, diese Erklärung läßt aber unteren Gewerkschaftgremien doch einigen Bewegungsraum. In der Erklärung greift der DGB im wesentlichen seine auf dem DGB-Kongreß gemachten Forderungen zu Frieden, Entspannung und Abrüstung auf (vgl. KVZ 21). In der Erklärung heißt es, direkt an Reagan gerichtet: „Wir fordern den Präsidenten der USA, Ronald Reagan, auf, als praktischen Beweis für seinen Willen zur Abrüstung und zu ernsthaften Verhandlungen auf die Produktion der Neutronenbombe sowie von B- und C-Waffen zu verzichten."

Anti-NATO-Demonstrationen in Westberlin

kvz. Neben der von der ESG angemeldeten Demonstration gegen den Reagan-Besuch in Westberlin „am Vorabend" des Besuchs wird am Besuchstag selber ebenfalls eine Demonstration in Westberlin stattfinden. Diese Demonstration wird u.a. von der AL, vom AStA der FU, von den Besetzerräten, Arabische Arbeiterunion, MSV-Sympathisanten der Guerillaorganisation Volksfeddayin Irans, Nahostkomitee, zahlreichen Gruppen der Berliner Friedenskoordination sowie autonomen und antiimperialistischen Gruppen aus verschiedenen Städten unterstützt. Die Demonstration soll auf jeden Fall während des Besuchs von Reagan stattfinden und ist von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr angemeldet. Sie soll vom Nollendorfplatz zum Schloß Charlottenburg gehen.

vom AStA der FU, von den Besetzerräten, Arabische Arbeiterunion, MSV-Sympathisanten der Guerillaorganisation Volksfeddayin Irans, Nahostkomitee, zahlreichen Gruppen der Berliner Friedenskoordination sowie autonomen und antiimperialistischen Gruppen aus verschiedenen Städten unterstützt. Die Demonstration soll auf jeden Fall während des Besuchs von Reagan stattfinden und ist von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr angemeldet. Sie soll vom Nollendorfplatz zum Schloß Charlottenburg gehen.

Die Demonstration am 10. Juni – Ablauf der Foren, Kundgebung und die Anmarschwege

Das Programm der Demonstration auf den rechtsrheinischen Rheinauen: etwa ab 12.00 Uhr wird es dort ein politisch-kulturelles Vorprogramm geben. Von 14.00 bis 16.00 Uhr werden dann, gruppiert um 4 Bühnen, 4 Foren stattfinden:

Forum Frieden und Selbstbestimmung in der Dritten Welt. Mit den Themen: Unterdrückungsstrukturen als Unfriedenssysteme, Aggression von außen, Nationaler Befreiungskampf, Dritte Welt als eigenständige Kraft/Blockfreiheit, Nato-Politik gegen die Dritte Welt.

Perspektive: Auflösung der Blöcke; gewaltfreier Widerstand.

Schließlich das Forum internationale Friedensbewegung. Es sollen Redner/innen aus England, Spanien, Italien, Holland, DDR, Türkei und Japan sprechen. Stefan Heym und Pfarrer Eppelmann haben es allerdings abgelehnt, für die DDR-Friedensbewegung zu sprechen.

Die Abschlußkundgebung wird etwa ab 16.00 Uhr stattfinden. Als Redner sind vorgesehen: General a.D. Bastian, Dorothee Sölle, Gewerkschaftsvertreter aus den USA, Julia Esquivel (Gua-

Beuel fahren oder sich in der Thomas-Mann-Straße sammeln. Der Demonstrationszug „rosa" ist für Bonn, Köln und Hauptbahnhofzüge.

2. Gelb Für Teilnehmer, die mit dem Sonderzug auf dem Bahnhof Bonn-Beuel ankommen. Sie begeben sich vor 11.00 Uhr in das Stadion Beuel, wo sich der Demonstrationszug formiert.

3. Blau Für diejenigen, die mit dem Sonderzug auf dem Bahnhof Oberkassel ankommen.

4. Grün Busse aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar, Baden-Württemberg und Bayern passieren die Autobahnauffahrt Beuel-Pützchen in südlicher Richtung, wenden auf der Autobahn und verlassen die Autobahn in Fahrtrichtung Norden an der Auffahrt Beuel-Pützchen. Der Demonstrationszug sammelt sich dann östlich der Autobahn am Herz-Jesu-Kloster.

5. Rot Busse aus Nordrhein-Westfalen,

Abfahrtzeiten und Orte zur Demonstration am 10.6. (soweit bekannt)

Hamburg: Sonderzug um 5.20 Uhr ab Hauptbahnhof · Göttingen: Busse, 4.00 Uhr ab „Blauer Turm" · Braunschweig: Busse, 7.00 Uhr ab Busbahnhof · Münster: Busse, 7.00 Uhr ab Hindenburgplatz · Bielefeld: Busse, 7.30 Uhr ab Kesselbrink · Wuppertal: Sonderzug, 11.00 Uhr ab Elberfeld, 11.15 Uhr ab Vohwinkel · Düsseldorf: 3 Sonderzüge, 10.08, 10.53 und 11.00 Uhr, jeweils ab Hauptbahnhof · Aachen: Busse, 10.30 Uhr ab Bendplatz · Düren: Busse, 9.00 Uhr ab Kaiserplatz · Frankfurt: Busse, 9.30 Uhr ab Baseler Platz · Darmstadt: Sonderzug, 9.30 Uhr ab Hauptbahnhof · Heidelberg: Busse, 8.00 Uhr ab Bauhaus · Stuttgart: 2 Sonderzüge, 6.30 Uhr ab Hbf, 6.40 Uhr ab Ludwigsburg, ca. 6.55

Die Demonstration am 10. Juni – Ablauf der Foren, Kundgebung und die Anmarschwege

Das Programm der Demonstration auf den rechtsrheinischen Rheinauen: etwa ab 12.00 Uhr wird es dort ein politisch-kulturelles Vorprogramm geben. Von 14.00 bis 16.00 Uhr werden dann, gruppiert um 4 Bühnen, 4 Foren stattfinden:

Forum *Frieden und Selbstbestimmung in der Dritten Welt.* Mit den Themen: Unterdrückungsstrukturen als Unfriedenssysteme, Aggression von außen, Nationaler Befreiungskampf, Dritte Welt als eigenständige Kraft/Blockfreiheit, Nato-Politik gegen die Dritte Welt.

Forum *Rüstung, Umweltzerstörung, Sozialabbau.* Startbahn West, Fragen der Rüstungskonversion, zum Abbau von Sozialleistungen vor allem im Bildungsbereich, Jugendarbeitslosigkeit und schließlich Fragen der Militarisierung, Frauen zur Bundeswehr sollen hier die Themen sein.

Forum *Nato-Politik: Atomkriegsstrategie – Kritik und Alternativen.* Gerhard Kade, Moushen Massarat werden zur Nato-Strategie sprechen; dann BRD, Aufrüstung oder Frieden? Perspektive: Auflösung der Blöcke; gewaltfreier Widerstand.

Schließlich das Forum *internationale Friedensbewegung.* Es sollen Redner/innen aus England, Spanien, Italien, Holland, DDR, Türkei und Japan sprechen. Stefan Heym und Pfarrer Eppelmann haben es allerdings abgelehnt, für die DDR-Friedensbewegung zu sprechen.

Die Abschlußkundgebung wird etwa ab 16.00 Uhr stattfinden. Als Redner sind vorgesehen: General a.D. Bastian, Dorothee Sölle, Gewerkschaftsvertreter aus den USA, Julia Esquivel (Guatemala, Vorsitzender der Menschenrechtskommission). Im Kulturprogramm werden Maria Farantouri aus Griechenland sowie Udo Lindenberg und vor allem auch die Schmetterlinge auftreten.

Für den Anmarsch zu den Rheinauen sind 6 verschiedenfarbig gekennzeichnete Demonstrationsrouten vorgesehen:

1. *Rosa* Die Teilnehmer, die auf dem Hauptbahnhof eintreffen, können von 11.00 Uhr an mit der U-Bahn nach Beuel fahren oder sich in der Thomas-Mann-Straße sammeln. Der Demonstrationszug „rosa" ist für Bonn, Köln und Hauptbahnhofzüge.

2. *Gelb* Für Teilnehmer, die mit dem Sonderzug auf dem Bahnhof Bonn-Beuel ankommen. Sie begeben sich vor 11.00 Uhr in das Stadion Beuel, wo sich der Demonstrationszug formiert.

3. *Blau* Für diejenigen, die mit dem Sonderzug auf dem Bahnhof Oberkassel ankommen.

4. *Grün* Busse aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar, Baden-Württemberg und Bayern passieren die Autobahnauffahrt Beuel-Pützchen in südlicher Richtung, wenden auf der Autobahn und verlassen die Autobahn in Fahrtrichtung Norden an der Auffahrt Beuel-Pützchen. Der Demonstrationszug sammelt sich dann östlich der Autobahn am Herz-Jesu-Kloster.

5. *Rot* Busse aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Demonstrationsteilnehmer verlassen die Busse an der Autobahnausfahrt Bonn-Beuel-Pützchen in Fahrtrichtung Süden und stellen sich auf der Siegburger Straße zum Demonstrationszug auf.

Teilnehmer aus dem gesamten Gebiet der BRD, die mit dem PKW anreisen, parken ihren PKW auf dem Gelände von Pützchens Markt und schließen sich der Demonstrationsroute *Grün* an.

Abfahrtzeiten und Orte zur Demonstration am 10.6. (soweit bekannt)

Hamburg: Sonderzug um 5.20 Uhr ab Hauptbahnhof · **Göttingen:** Busse, 4.00 Uhr ab „Blauer Turm" · **Braunschweig:** Busse, 7.00 Uhr ab Busbahnhof · **Münster:** Busse, 7.00 Uhr ab Hindenburgplatz · **Bielefeld:** Busse, 7.30 Uhr ab Kesselbrink · **Wuppertal:** Sonderzug, 11.00 Uhr ab Elberfeld, 11.15 Uhr ab Vohwinkel · **Düsseldorf:** 3 Sonderzüge, 10.08, 10.53 und 11.00 Uhr, jeweils ab Hauptbahnhof · **Aachen:** Busse, 10.30 Uhr ab Bendplatz · **Düren:** Busse, 9.00 Uhr ab Kaiserplatz · **Frankfurt:** Busse, 9.30 Uhr ab Baseler Platz · **Darmstadt:** Sonderzug, 9.30 Uhr ab Hauptbahnhof · **Heidelberg:** Busse, 8.00 Uhr ab Bauhaus · **Stuttgart:** 2 Sonderzüge, 6.30 Uhr ab Hbf, 6.40 Uhr ab **Ludwigsburg**, ca. 6.55 Uhr ab **Bietigheim** Hbf · **Würzburg:** Busse, 7.00 Uhr ab Residenzplatz · **Erlangen:** Busse, 6.00 Uhr ab Westparkplatz · **Schwäbisch Hall:** 3.00 Uhr ab Weilerwiese (evtl. ZOB) · Wiesloch: Busse, 8.00 Uhr ab Adenauerplatz · **Walldorf:** Busse, 8.30 Uhr ab Astor-Haus · **Aalen:** Busse, 4.30 Uhr ab Bahnhof, 5.00 Uhr ab **Ellwangen** · **Heidenheim:** Busse, 6.00 Uhr ab Bahnhof · **München:** Busse, 23.00 Uhr am 9.6. ab Königsplatz (Bürgerinitiative), 1.00 Uhr ab Elisenstr. (Justizpalast, Vereinigte Friedensinitiative)

Blockfreies Europa – Perspektive der Friedensbewegung?

Von Willy Preßmar

Mit der Weigerung, den Aufruf zur Demonstration am 10.6. zu unterschreiben, haben die Grünen ein Signal gesetzt: „Die Einheit der Friedensbewegung ist für uns alle zu einer Ideologie geworden, die in der Konsequenz auf Kurzsichtigkeit schließen läßt und eine gefährliche Sackgasse für die Perspektive der Friedensbewegung vor und nach dem 10. Juni bedeuten kann ...“ Diese Schlußfolgerung zog der Bundesvorstand der Grünen nach der Aktionskonferenz im März, die den Aufruf zum 10.6. verabschiedete, in dem vom Kriegsrecht in Polen und von der Militärintervention in Afghanistan in Formulierungen die Rede ist, „die auch für Jaruzelski und Breshnew tragfähig sind.“ Bahro hatte sich auf dieser Konferenz in aller Offenheit mit der DKP auseinandergesetzt: „Es heißt, der Atomtod bedroht uns alle. Das ist richtig. Er bedroht Herbert Mies, er bedroht Franz Josef Strauß. Der will auch nicht, daß Bomben auf Bayern fallen. Aber er hat sich noch nicht zur Friedensbewegung gezählt. Mit welchem Recht zählen sich jene zur Friedensbewegung, die sich mit dem Ostblock verbunden fühlen und in ihrer hiesigen Presse jedes Verbrechen rechtfertigen und beschönigen, das von Moskau begangen wird? ... Wie lange noch wollen wir uns einreden, wir könnten mit diesen Heuchlern zusammen an einem Strang ziehen? Haig ist keineswegs der einzige, für den es wichtigere Dinge als den Frieden gibt ...“ Dafür mußte Bahro sich vom Parteigründer Hansen, der sein Erscheinen auf der außerparlamentarischen Bühne für den Neubeginn der politischen Kultur in der Bundesrepublik hält, einen „Agenten des Bundeskanzleramts“ schimpfen lassen.

Die Linke hat keinen ausreichenden Begriff von der sowjetischen Gesellschaft

Was der DKP und ihren Subsystemen bisweilen noch einen gewissen Spielraum läßt, ist die unzureichend entfaltete Analyse und Kritik der sowjetischen Gesellschaft und Politik. Das hängt mit zweierlei zusammen: Zum einen hat die Linke zwar eine Vorstellung von den Triebkräften des klassischen Imperialismus, den die Jagd nach Kapitalverwertung und Höchstprofit um die ganze Weltkugel treibt und vor nichts zurückschrecken läßt. Sie hat aber keinen, oder bloß einen unzureichenden Begriff von der sowjetischen Gesellschaft, von den Triebkräften, die den sowjetischen Staatsmonopolismus zur imperialistischen Expansion treiben. Zum anderen hat sich die Linke in Westdeutschland in

weilen als Bündnispartner der Befreiungsbewegungen und nutzte die Jahre, die die US-Imperialisten brauchten, um sich von der demütigenden Niederlage zu erholen (die natürlich einen hohen politischen und ökonomischen Preis hatte), zur weltweiten strategischen Expansion. Die entscheidenden Stationen sowjetischer Expansion waren die offene Einmischung in den Bürgerkrieg in Angola, der abrupte Übergang von der Unterstützung zur militärischen Unterdrückung des eritreischen Befreiungskampfes, das Einfädeln des Überfalls von Vietnam auf das Demokratische Kampuchea und schließlich die militärische Invasion in Afghanistan. Diesen Aktionen standen die Linken in den siebziger Jahren größtenteils hilflos bis entschuldigend gegenüber. Völlig zurecht konfrontierte Bahro die bereits erwähnte Aktionskonferenz zur Vorbereitung der Juni-Demonstration in Bonn mit der Frage: „Wo ist denn der Unterschied zwischen den Todesschwadronen in El Salvador und den gepanzerten Hubschraubern in Afghanistan? Dort metzeln die Sowjets mit eigener Hand den Widerstand nieder. Millionen Menschen, vielleicht schon ein Fünftel der Bevölkerung, sind aus dem Land geflohen. Und hat Moskau etwa nicht mit dieser Intervention die psychologischen Bedingungen für den Auftritt Reagans gefördert?“

Weltweite Konfrontation zwischen den Supermächten

Mittlerweile hat die weltweite Rivalität der beiden Supermächte einen gefährlichen Punkt erreicht. Die Sozialimperialisten betreiben mit Nachdruck die Neuaufteilung der Welt, und die USA-Imperialisten scheinen den Zeitpunkt für gekommen zu halten, wo sie ihrem Konkurrenten entgegentreten könnten. Dafür steht heute Reagan, der gerade deshalb das Maul so voll nehmen darf (dank der amerikanischen und westeuropäischen Friedensbewegung aber auch die Taube raushängen muß). Die weltweite Konfrontation der USA und der Sowjetunion rückt immer deutlicher Europa in ihr Zentrum, und dabei

darüber hinaus wird dagegen bereits um die entscheidenden Fragen geführt. Dabei zeichnen sich die Konturen einer blockunabhängigen Politik ab. In dem Maße, wie begriffen wird, daß die Nato-Strategie den europäischen Völkern im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten nur die Vernichtung anzubieten hat und wie begriffen wird, daß die Sowjetunion bei ihren Aufmarschplänen die osteuropäischen Völker keinen Deut nach deren Interessen und Meinungen fragt und sich im Gegenteil das Recht auf jederzeitige militärische Intervention herausnimmt, gewinnt die Perspektive einer blockfreien europäischen Politik, die es sich ganz bewußt mit beiden Supermächten verdirbt, an Anziehungskraft. Das zeigen allein folgende Beispiele:

In ihrem Beschluß zum Antikriegstag 1981 forderte die DGB-Jugend „eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige, an europäischen Interessen orientierte Politik ...“ Im September 1981 appellierte Robert Havemann an Breschnew in einem Offenen Brief: „Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt ... Es gilt insbesondere, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen ... 36 Jahre nach Kriegsende ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen.“ Und im Aufruf der DGB-Jugend zur Teilnahme an der Osteraktion 82 heißt es: „Die Gewerkschaftsjugend verurteilt die Logik der Blöcke, die den Frieden bedroht, den Rüstungswettlauf verschärft und beansprucht, daß die Völker sich der Herrschaft der einen oder anderen Supermacht unterwerfen.“ Der Aufruf endet mit dem Appell: „Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen!“ Und die Grünen erklären in ihrer Präambel zum Aufruf nach Bonn: „Unsere Solidarität gilt allen, die mit beiden Beinen in dieser Friedensbewegung, nicht aber mit einem Bein in einem der beiden Militärblöcke stehen. Die Aufrechterhaltung der Blockkonfrontation verschärft die Kriegsgefahr. Deshalb fordern wir eine Friedenspolitik, die die Auflösung der

tert, weil sie den außenpolitischen Konzeptionen von Westintegration (Adenauer) bis Entspannungspolitik (Brandt) nichts wirksames entgegensetzen konnten. Auch die heutige Friedensbewegung wird schließlich auflaufen, wenn sie außerstande ist, ausgehend von einer ausreichenden Analyse der Gesamtsituation, aus der die Kriegsgefahr entspringt, die Konzeptionen der Bourgeoisie, die insgesamt auf Unterordnung unter die USA-Supermacht hinauslaufen, glaubhaft zu kritisieren und mit den eigenen Konzeptionen zu konfrontieren.

Immerhin hat die bürgerliche Außenpolitik während der letzten dreißig Jahre nicht zum Krieg in Europa geführt. Das verbuchen sich die bürgerlichen Parteien als Verdienst ihrer Allianzpolitik. Gegenüber den Massen muß also aufgezeigt werden, daß dafür ein sehr hoher Preis bezahlt werden mußte und sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert haben und deshalb eine Fortsetzung dieser Politik sowieso nicht mehr zulassen. Die sozialdemokratische Entspannungspolitik basierte auf dem Gleichgewicht der Blöcke, das unter der Hand in den letzten zehn Jahren auf immer hoherem militärischem Niveau immer labiler wurde. Sie basierte auf der strikten Respektierung der Einflußspären, die sich beide Supermächte zum Ausgang des zweiten Weltkrieges (Stichwort: Jalta) gegenseitig zubilligten. Damit nimmt sie in Kauf, daß das Recht der Völker auf soziale Veränderungen, auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung rigoros von der jeweils vorherrschenden Supermacht eingeschränkt werden darf. Diese Logik hat den Zynismus, den unsere Entspannungspolitiker, von Brandt bis Schmidt, nach dem Militärputsch in Polen an den Tag legten, zur klugen Realpolitik hochstilisiert. Die Mutmaßungen eines Henry Nannen, auch die USA würden einer revolutionären Massenbewegung hierzulande, die dabei sei, die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft umzuwälzen, nicht einfach zusehen, sondern militärisch eingreifen (Nannen wollte damit sagen, wir sollten uns nicht so haben im Westen, der polnische Putsch habe schon seine Ordnung), sind zumindest insoweit eine Lektion, als man schon aus diesem Grund für den Abzug der Amis, für den Austritt aus der Nato und die Auflösung dieses Militärbündnisses sein muß. Was aber unsere sozialliberalen Entspannungspolitiker mit Bravour verdrängen: die entscheidende Voraussetzung in den sechziger und siebziger Jahren war gerade eine relative Entspannung zwischen den Supermächten, die wiederum einem gewissen Vorrat ähnlich gelagerter Interessen geschuldet war. Davon ist aber nichts mehr zu spüren. Nur in diesem Rahmen konnten

Perspektiven eines blockfreien Europa

Wenn es der Friedensbewegung nicht gelingt, die Perspektive eines blockfreien Europa zu einem mehrheitsfähigen politischen Konzept zu entwickeln, werden CDU und CSU mit ihren demagogischen Rezepten der vollständigen Unterwerfung unter die US-Interessen die mittlerweile gescheiterte Entspannungspolitik beerben, obwohl ihre Rezeptchen den Interessen der westdeutschen Volksmassen noch weniger entsprechen als die gescheiterte Entspannungspolitik. Einziger „Vorzug“: sie haben die Aussicht auf Realisierung.

Blockfreie Friedenspolitik muß die Perspektive eines blockfreien Europa haben, in dem sich die europäischen Völker unabhängig von den beiden Supermächten zusammenschließen, ihre Souveränität sichern und sich an die Seite der Dritten Welt, der Hauptkraft gegen Imperialismus und Krieg, stellen. Ein blockfreies Europa setzt eine wesentliche Schwächung der beiden Supermächte voraus, die nur in einer ganzen Reihe von Kämpfen der Dritten Welt und der europäischen Völker herbeigeführt werden kann. Hierher gehörte z.B. die Verhinderung der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Eine solche Politik läßt sich nur gegen die jeweils herrschenden Klassen verfolgen und verlangt die gegenseitige Unterstützung dieser Bewegungen in Ost und West.

Gegenüber der Dritten Welt muß die Friedensbewegung die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und das Recht auf eigenständige ökonomische Entwicklung der Länder der Dritten Welt unterstützen. Hier berühren sich die Forderungen nach einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Massen orientiert und ebenfalls die Neuregelung der Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt einschließt, mit einer aktiven, blockfreien Friedenspolitik. Schließlich muß sich die Friedenspolitik viel stärker auf die Bewegung der Blockfreien beziehen und deren Bestrebungen, sich politisch und ökonomisch der Hegemonie der beiden Supermächte zu entziehen, unterstützen.

Die Schwachpunkte blockfreier Politik liegen derzeit insbesondere darin, die Abschreckungsdoktrin der NATO durch Konzepte alternativer Verteidigung abzulösen. Ein blockfreies Europa müßte nicht nur atomwaffenfrei sein, was zu allererst den Abzug der Atomwaffen der beiden Supermächte vom europäischen Boden verlangt, sondern auch eine strikt defensive Verteidigungsstrategie haben, die auf den

Parteigründer Hansen, der sein Erscheinen auf der außerparlamentarischen Bühne für den Neubeginn der politischen Kultur in der Bundesrepublik hält, einen „Agenten des Bundeskanzleramts“ schimpfen lassen.

Die Linke hat keinen ausreichenden Begriff von der sowjetischen Gesellschaft

Was der DKP und ihren Subsystemen bisweilen noch einen gewissen Spielraum läßt, ist die unzureichend entfaltete Analyse und Kritik der sowjetischen Gesellschaft und Politik. Das hängt mit zweierlei zusammen: Zum einen hat die Linke zwar eine Vorstellung von den Triebkräften des klassischen Imperialismus, den die Jagd nach Kapitalverwertung und Höchstprofit um die ganze Weltkugel treibt und vor nichts zurückschrecken läßt. Sie hat aber keinen, oder bloß einen unzureichenden Begriff von der sowjetischen Gesellschaft, von den Triebkräften, die den sowjetischen Staatsmonopolismus zur imperialistischen Expansion treiben. Zum anderen hat sich die Linke in Westdeutschland in den fünfziger und sechziger Jahren in Kritik an der amerikanischen Supermacht politisch herausgebildet, die seinerzeit militärisch, ökonomisch und politisch die unangefochtene Weltmacht Nummer eins war und kein Verbrechen scheute, keinen CIA-Putsch und keinen Krieg gegen Völker der Dritten Welt, um diese Position zu halten. Mit dem historischen Sieg der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea über den US-Imperialismus identifizierten sich die Revolutionäre und Antiimperialisten, die den Befreiungskampf tatkräftig unterstützten, zu Recht.

Die Sowjetunion profilierte sich der-

schen den Todesschwadronen in El Salvador und den gepanzerten Hubschraubern in Afghanistan? Dort metzeln die Sowjets mit eigener Hand den Widerstand nieder. Millionen Menschen, vielleicht schon ein Fünftel der Bevölkerung, sind aus dem Land geflohen. Und hat Moskau etwa nicht mit dieser Intervention die psychologischen Bedingungen für den Auftritt Reagans gefördert?“

Weltweite Konfrontation zwischen den Supermächten

Mittlerweile hat die weltweite Rivalität der beiden Supermächte einen gefährlichen Punkt erreicht. Die Sozialimperialisten betreiben mit Nachdruck die Neuaufteilung der Welt, und die USA-Imperialisten scheinen den Zeitpunkt für gekommen zu halten, wo sie ihrem Konkurrenten entgegentreten könnten. Dafür steht heute Reagan, der gerade deshalb das Maul so voll nehmen darf (dank der amerikanischen und westeuropäischen Friedensbewegung aber auch die Taube raushängen muß). Die weltweite Konfrontation der USA und der Sowjetunion rückt immer deutlicher Europa in ihr Zentrum, und dabei werden die europäischen Völker in immer tiefere Abhängigkeit von den beiden Supermächten hineingetrieben, die ihrerseits dabei sind, Europa vollends zum atomaren Gefechtsfeld im Kampf um die Weltherrschaft vorzubereiten.

Gegenüber dieser Entwicklung bleibt der bloße Ruf nach Frieden zwar ehrenhaft, aber ziemlich hilflos. Die Versuche, die Friedensbewegung auf eine bloße Anti-Nato-Raketen-Bewegung herunterzubringen, sind nicht einmal mehr ehrenhaft, sondern bloß noch taktisches Kalkül, um für die andere Supermacht im Rüstungswettlauf einige Punkte zu machen. Die Diskussion in der Friedensbewegung und weit

September 1981 appellierte Robert Havemann an Breschnew in einem Offenen Brief: „Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt ... Es gilt insbesondere, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen ... 36 Jahre nach Kriegsende ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen.“ Und im Aufruf der DGB-Jugend zur Teilnahme an der Osteraktion 82 heißt es: „Die Gewerkschaftsjugend verurteilt die Logik der Blöcke, die den Frieden bedroht, den Rüstungswettlauf verschärft und beansprucht, daß die Völker sich der Herrschaft der einen oder anderen Supermacht unterwerfen.“ Der Aufruf endet mit dem Appell: „Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen!“ Und die Grünen erklären in ihrer Präambel zum Aufruf nach Bonn: „Unsere Solidarität gilt allen, die mit beiden Beinen in dieser Friedensbewegung, nicht aber mit einem Bein in einem der beiden Militärblöcke stehen. Die Aufrechterhaltung der Blockkonfrontation verschärft die Kriegsgefahr. Deshalb fordern wir eine Friedenspolitik, die die Auflösung der beiden Militärblöcke zum Ziel hat ... Charta 77, Solidarność und Schwerter zu Pflugscharen sind für uns ebenso natürliche Verbündete im Widerstand gegen Aufrüstung und menschenverachtende Politik, wie die amerikanische Friedensbewegung oder die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.“

Die Entspannungspolitik ist gescheitert

Die Friedensbewegungen in den fünfziger und sechziger Jahren sind geschei-

hängigkeit und Selbstbestimmung rigoros von der jeweils vorherrschenden Supermacht eingeschränkt werden darf. Diese Logik hat den Zynismus, den unsere Entspannungspolitiker, von Brandt bis Schmidt, nach dem Militärputsch in Polen an den Tag legten, zur klugen Realpolitik hochstilisiert. Die Mutmaßungen eines Henry Nannen, auch die USA würden einer revolutionären Massenbewegung hierzulande, die dabei sei, die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft umzuwälzen, nicht einfach zusehen, sondern militärisch eingreifen (Nannen wollte damit sagen, wir sollten uns nicht so haben im Westen, der polnische Putsch habe schon seine Ordnung), sind zumindest insoweit eine Lektion, als man schon aus diesem Grund für den Abzug der Amis, für den Austritt aus der Nato und die Auflösung dieses Militärbündnisses sein muß. Was aber unsere sozialliberalen Entspannungspolitiker mit Bravour verdrängen: die entscheidende Voraussetzung in den sechziger und siebziger Jahren war gerade eine relative Entspannung zwischen den Supermächten, die wiederum einem gewissen Vorrat ähnlich gelagerter Interessen geschuldet war. Davon ist aber nichts mehr zu spüren. Nur in diesem Rahmen konnten Brandt/Scheel verschiedene Abkommen unterzeichnen (die Verträge von Moskau und Warschau), die immerhin die Anerkennung der DDR, der polnischen Westgrenzen (die dann vom Bundesverfassungsgericht wieder relativiert wurde) und gewisse Erleichterungen in den Beziehungen zwischen den Bürgern der BRD und der DDR brachten. Diese Politik entsprach sicher dem Wunsch großer Teile der Volksmassen, kam aber auch den Interessen der westdeutschen Kapitalisten sehr entgegen, die an einer Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen in Richtung DDR/Osteuropa interessiert waren.

Ost und West.

Gegenüber der Dritten Welt muß die Friedensbewegung die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und das Recht auf eigenständige ökonomische Entwicklung der Länder der Dritten Welt unterstützen. Hier berühren sich die Forderungen nach einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Massen orientiert und ebenfalls die Neuregelung der Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt einschließt, mit einer aktiven, blockfreien Friedenspolitik. Schließlich muß sich die Friedenspolitik viel stärker auf die Bewegung der Blockfreien beziehen und deren Bestrebungen, sich politisch und ökonomisch der Hegemonie der beiden Supermächte zu entziehen, unterstützen.

Die Schwachpunkte blockfreier Politik liegen derzeit insbesondere darin, die Abschreckungsdoktrin der NATO durch Konzepte alternativer Verteidigung abzulösen. Ein blockfreies Europa müßte nicht nur atomwaffenfrei sein, was zu allererst den Abzug der Atomwaffen der beiden Supermächte vom europäischen Boden verlangt, sondern auch eine strikt defensive Verteidigungsstrategie haben, die auf den Prinzipien der Volksbewaffnung (und keineswegs der Entwaffnung) beruhen könnte, um dem potentiellen Angreifer und Erpresser die Aussichtslosigkeit seiner evtl. Absichten glaubhaft zu machen, also so herum abschreckend zu wirken. In dieser Hinsicht ist nicht nur der Pazifismus in der Friedensbewegung zu überwinden, sondern sind auch brauchbare Alternativen zur herrschenden Abschreckungsdoktrin, die im Kriegsfall natürlich eine Selbstvernichtungsdoktrin ist – was ihr aber noch nicht automatisch die Anziehungskraft nimmt, solange an die Wirksamkeit der Abschreckung geglaubt wird –, erforderlich.

Fortschritte der sandinistischen Landreform

Agencia Nueva Nicaragua. Am Samstag, dem 9. Mai 1982, übergab die sandinistische Regierung über 30000 ha Land an etwa 3100 Bauernfamilien, die sich in 120 Kooperativen organisieren. Das war die achte Landverteilung seit dem Erlaß des Landreformgesetzes, das die Verteilung brachliegender oder schlecht genutzter Ländereien über 350 bzw. 700 ha in der westlichen Zentralregion des Landes regelt. 117000 ha sind seit vergangenem Sommer verteilt worden. Die den Bauern übereigneten Landtitel können nicht verkauft und nur in ungeteilter Form vererbt werden, damit das Land nicht als Ware handelbar und keinem Zerfall in Kleinparzellen ausgesetzt ist. Das Land dient aber als Sicherheit bei der Kreditvergabe der nationalisierten Banken. – Trotzdem steht die Landreform noch ganz am Anfang. Von den 16 Mio. ha nutzbarem Land wird nur über eine Mio. bebaut, 4 bis 5 Mio. dienen der Viehhaltung, der Rest ist bewaldet oder ungenutzt. Immer noch sind 60% des gesamten Landes im Privatbesitz von 2000 Großgrundbesitzern.

Konservativer Präsident in Kolumbien

kvz. Entgegen den Erwartungen wird zum ersten Mal seit 30 Jahren in Kolumbien ein Vertreter der Konservativen Partei, der Rechtsanwalt Belisario Betancur, Staatspräsident. Nachdem der für sein korruptes Regime, für seine Vetternwirtschaft im Dienste des ausländischen, vor allem nordamerikanischen, Kapitals weithin bekannte Lopez es geschafft hatte, dennoch als Kandidat der Liberalen nominiert zu werden, entschlossen sich Vertreter des „neuen Liberalismus" für die selbständige Kandidatur von Luis Carlos Galán, der rd. 12% der Stimmen erhielt. – Die beiden Wahlbündnisse der Linken um die prosowjetische KP auf der einen und der „Front für die Volkseinheit" auf der anderen Seite konnten nach bisherigen Meldungen offenbar keinen Durchbruch erzielen. – Dem neuen Präsidenten bleibt erstmal das zu tun, was der unterlegene Gegenkandidat bei seinem Amtsantritt vor 8 Jahren versprochen hatte: Bekämpfung der Korruption und Kriminalität (vor allem der Rauschgift-Mafia), eine Expansion der Wirtschaft, um die Not zu lindern – 62% der Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt, täglich sterben 150 Kinder, fast ein Fünftel aller Kolumbianer sind Analphabeten. Das dürfte ohne tiefgreifende Maßnahmen kaum gelingen. Vielleicht verbessern sich aber die Kampfbedingungen unter demokratischeren Verhältnissen: Immerhin hat der neue Präsident als erste Amtshandlung die Abschaffung der seit drei Jahre geltenden Sicherheitsstatuten, unter denen zahllose Guerilla-Verdächtige in die Gefängnisse wanderten und der Folter ausgesetzt sind.
Betancur, Staatspräsident. Nachdem der für sein korruptes Regime, für seine Vetternwirtschaft im Dienste des ausländischen, vor allem nordamerikanischen, Kapitals weithin bekannte Lopez es geschafft hatte, dennoch als Kandidat der Liberalen nominiert zu werden, entschlossen sich Vertreter des „neuen Liberalismus" für die selbständige Kandidatur von Luis Carlos Galán, der rd. 12% der Stimmen erhielt. – Die beiden Wahlbündnisse der Linken um die prosowjetische KP auf der einen und der „Front für die Volkseinheit" auf der anderen Seite konnten nach bisherigen Meldungen offenbar keinen Durchbruch erzielen. – Dem neuen Präsidenten bleibt erstmal das zu tun, was der unterlegene Gegenkandidat bei seinem Amtsantritt vor 8 Jahren versprochen hatte: Bekämpfung der Korruption und Kriminalität (vor allem der Rauschgift-Mafia), eine Expansion der Wirtschaft, um die Not zu lindern – 62% der Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt, täglich sterben 150 Kinder, fast ein Fünftel aller Kolumbianer sind Analphabeten. Das dürfte ohne tiefgreifende Maßnahmen kaum gelingen. Vielleicht verbessern sich aber die Kampfbedingungen unter demokratischeren Verhältnissen: Immerhin hat der neue Präsident als erste Amtshandlung die Abschaffung der seit drei Jahre geltenden Sicherheitsstatuten, unter denen zahllose Guerilla-Verdächtige in die Gefängnisse wanderten und der Folter ausgesetzt sind,
angekündigt und der verfolgten Linken eine Generalamnestie in Aussicht gestellt.

Steht Saddam Husseins Sturz bevor?

Über die irakische Opposition und die Schlacht von Khorramshahr

chm. Mit der Rückeroberung der Stadt Khorramshahr durch die iranischen Truppen ist die Niederlage des Irak in diesem langwierigen, von ihm angezettelten Krieg besiegelt. Irakische Luftangriffe auf iranisches Hinterland, Drohungen mit Luftbombardements iranischer Zivileinrichtungen sollen dem Irak lediglich etwas Luft verschaffen, damit die diplomatischen Anstrenungen seitens der arabischen Staaten, diesen Krieg zu beenden, wenigstens in Gang kommen.

Fehlkalkulationen

Als Rauchvorhang für die eigene Bevölkerung kann dieses hohlklingende Säbelrasseln Saddam Husseins kaum noch dienen. In der vergangenen Woche gab es Demonstrationen nicht nur in Irakisch-Kurdistan wie in den Wochen davor, sondern in der Hauptstadt Bagdad selbst. Daß die Sicherheitskräfte und vor allem die Parteimiliz der herrschenden Baathpartei nicht mit der von ihnen gewohnten Brutalität die Demonstrationen zerschlagen haben, ist ein Zeichen dafür, daß das Regime Angst hat, jedoch um die Zersplitterung der Opposition und ihre auch daraus resultierende Schwäche weiß. Man muß sich die Ziele, die die irakische Regierung mit diesem Krieg verfolgte, ins Gedächtnis rufen, um das Ausmaß der Demütigung zu begreifen: Die irakische Armee überfiel im September 1980 den Iran mit dem Ziel, Irans ölreichste Provinz Khuzistan innerhalb von zwei Wochen zu erobern und dort eine provisorische Regierung mit Sitz in der Provinzhauptstadt Ahwaz einzusetzen. *Alle* Prämissen, auf denen dieser Plan beruhte, haben sich als Fehlkalkulation erwiesen: Der erwartete Aufstand der Kurden im Norden des Iran ist ausgeblieben, die iranische Armee hat sich nicht gegen Khomeiny erhoben, das Volk auch nicht, die Armee ist auch nicht zusammengebrochen, sondern hat nach anfänglicher Unordnung erstaunlich zäh das eigene Territorium gegen den Aggressor verteidigt. Vor allem jedoch: Der erwartete Empfang der irakischen Armee als Befreier von der iranischen Vorherrschaft durch die mehrheitlich arabische Bevölkerung der Provinz Khuzistan ist ausgeblieben. Aus dem Blitzkrieg wurde ein zähflüssiger und verlustreicher Stellungskrieg. Über 50000 irakische Soldaten sind gefallen, das sind ein Fünftel aller Angehörigen der Streitkräfte.

[illegible]
daraus resultierende Schwäche weiß. Man muß sich die Ziele, die die irakische Regierung mit diesem Krieg verfolgte, ins Gedächtnis rufen, um das Ausmaß der Demütigung zu begreifen: Die irakische Armee überfiel im September 1980 den Iran mit dem Ziel, Irans ölreichste Provinz Khuzistan innerhalb von zwei Wochen zu erobern und dort eine provisorische Regierung mit Sitz in der Provinzhauptstadt Ahwaz einzusetzen. *Alle* Prämissen, auf denen dieser Plan beruhte, haben sich als Fehlkalkulation erwiesen: Der erwartete Aufstand der Kurden im Norden des Iran ist ausgeblieben, die iranische Armee hat sich nicht gegen Khomeiny erhoben, das Volk auch nicht, die Armee ist auch nicht zusammengebrochen, sondern hat nach anfänglicher Unordnung erstaunlich zäh das eigene Territorium gegen den Aggressor verteidigt. Vor allem jedoch: Der erwartete Empfang der irakischen Armee als Befreier von der iranischen Vorherrschaft durch die mehrheitlich arabische Bevölkerung der Provinz Khuzistan ist ausgeblieben. Aus dem Blitzkrieg wurde ein zähflüssiger und verlustreicher Stellungskrieg. Über 50000 irakische Soldaten sind gefallen, das sind ein Fünftel aller Angehörigen der Streitkräfte.

Die Kräfte der Opposition im Irak

Die politische Opposition zur Regierung Saddam Husseins, die sich auf die Mehrheit der Arabisch Sozialistischen Baathpartei des Irak stützt, wird aus vier unterschiedlichen Strömungen gespeist: Die sogenannten „linken" Baathisten, eine Abspaltung der Baathpartei, die zurück geht bis in die 60er Jahre, sich aber durch die Verfolgungswelle, die Saddam gegen die innerparteiliche Opposition im Sommer 1979 inszenierte, verstärkt hat und vor allem in der Armee eine starke Basis besitzt; die kurdische nationale Bewegung mit ihren verschiedenen Fraktionen PDK, UPK und PSUK; die irakische kommunistische Bewegung, vertreten von der irakischen KP und der von ihr 1964 abgespaltenen Irakischen Volksbefreiungsarmee; und die schiitische religiöse Bewegung al-Da'wa, die zwar schon seit 1969 besteht, aber eigentlich erst seit Bestehen der islamischen Republik im Iran an Bedeutung gewonnen hat.

Einigungsversuche ...

Im November 1980 versammeln sich acht Organisationen in Damaskus und unterzeichnen die „Charta der nationalen und demokratischen Front im Irak". 22 Monate Verhandlungen wa-



Die Rückeroberung von Khorramshahr signalisiert Gefahr für den irakischen Präsidenten. Wer wird ihm folgen?

ren der Unterschrift vorausgegangen. Neben einer Reihe kleinerer Organisationen sind die linken Baathisten, die KP und die beiden kurdischen Organisationen UPK und PSUK die wichtigsten Mitglieder dieser Front. Obwohl die große kurdische Partei, PDK, und die islamische Bewegung an dieser Front nicht beteiligt sind, hat sie historische Bedeutung: Zum ersten Mal seit dem Sturz der Monarchie im Juli 1958 finden sich so wichtige Kräfte der ira-



Die Rückeroberung von Khorramshahr signalisiert Gefahr für den irakischen Präsidenten. Wer wird ihm folgen?

ren der Unterschrift vorausgegangen. Neben einer Reihe kleinerer Organisationen sind die linken Baathisten, die KP und die beiden kurdischen Organisationen UPK und PSUK die wichtigsten Mitglieder dieser Front. Obwohl die große kurdische Partei, PDK, und die islamische Bewegung an dieser Front nicht beteiligt sind, hat sie historische Bedeutung: Zum ersten Mal seit dem Sturz der Monarchie im Juli 1958 finden sich so wichtige Kräfte der ira-
kischen nationalen Bewegung zusammen und verabschieden ein, wenn auch sehr allgemein gehaltenes politisches Programm: Sturz der Saddam Hussein-Regierung, Bildung einer Koalitionsregierung, Amnestie für alle politischen Gefangenen, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Autonomie für Kurdistan. Und: Zum ersten Mal nehmen namhafte kurdische Organisationen an solch einem Zusammenschluß teil. Voraussetzung dafür waren die eindeutige Stellungnahme der anderen Organisationen zur Kurdischen Frage. Die autonome Region Kurdistan wird entsprechend den „geographischen und historischen Strukturen des kurdischen Volkes bestimmt". Die Rückkehr der kurdischen Flüchtlinge in ihr Heimatland und die Durchführung einer allgemeinen Volksabstimmung wird festgehalten. Die Vereinbarung geht aus von der Einheit der kurdischen Nation, die verstreut zwischen Syrien, Irak, Iran und der Türkei lebt, und verpflichtet sich, ihren Kampf bis zur Verwirklichung ihrer nationalen und demokratischen Rechte zu unterstützen.

Zusammenbruch der Front

Von Anfang an war dieser Zusammenschluß mit dem Kainsmal behaftet, daß das syrische Regime es gut für seinen antiirakischen Propagandakrieg einsetzen konnte. Den Todesstoß versetzte jedoch die KP dieser Front. Nachdem die Stillhaltepolitik, die sie seit 1973 gegenüber der herrschenden Baathpartei im Irak, mit der sie eine sogenannte „Nationale Front" bildetete, spätestens mit der Ermordung etlicher Kader der Partei im Juli 1979 nicht mehr haltbar war, brach die KP mit der Baathregierung und ging in den Unter-
das syrische Regime es gut für seinen antiirakischen Propagandakrieg einsetzen konnte. Den Todesstoß versetzte jedoch die KP dieser Front. Nachdem die Stillhaltepolitik, die sie seit 1973 gegenüber der herrschenden Baathpartei im Irak, mit der sie eine sogenannte „Nationale Front" bildetete, spätestens mit der Ermordung etlicher Kader der Partei im Juli 1979 nicht mehr haltbar war, brach die KP mit der Baathregierung und ging in den Unter-
grund. Sie konzentrierte ihre Arbeit, neben Basisaktivitäten in den Gewerkschaften und den Berufsverbänden, in denen sie verankert ist, im „Tal der Parteien" in Kurdistan. Sie proklamierte die Strategie des bewaffneten Kampfes für den gesamten Irak und nicht nur für Kurdistan. Politisch strebte sie die Einigung aller Kräfte an, die bereit sind, zum Sturz der Regierung Saddam Husseins beizutragen.

Es scheint, daß es jedoch in der Frage der Einheitsfront Differenzen zwischen den im Ausland lebenden KP-Führern und denen, die im Inneren des Landes sind, gibt. Kurz nach dem Zusammenschluß von Damaskus ging die KP eine zweite Allianz ein, an der diesmal die PDK als Vertreter Kurdistans sich beteiligte. Über die Vermittlung der PDK-Führung, Söhne des legendären Mustafa Barazani, fanden Gespräche mit der islamischen Da'wa-Bewegung statt. Die Begründung der KP für diesen Schritt, der unweigerlich die erste Front bedeutungslos machen mußte, klingt plausibel. Sie sei bemüht, die Kräfte, die große Teile der Bevöklerung vertreten (60% der Irakis sind Schiiten) und im Inneren gegen die Regierung kämpfen, zu vereinheitlichen auf *der* Grundlage, die aktuell möglich ist. Tatsächlich unterscheidet sich das, was von der politischen Erklärung dieser zweiten Front bekanntgeworden ist kaum von der Erklärung von Damaskus. Die Breite liegt nicht so sehr in der Zahl der Organisationen als vielmehr darin, daß sich diese Front unabhängig von Syrien konstituiert hat, breite Teile sowohl der irakischen als auch der kurdischen Bevölkerung repräsentieren und im Land selber sich befinden. In den Kämpfen, so z.B. in den Demonstrationen der vergangenen Wochen, haben sich die abgespaltenen Teile der Baathpartei dieser Front angeschlossen.

Wahrscheinlich ist doch nur eine Palastrevolution

Angesichts der militärischen Stärke der Baathregierung – sie verfügt über eine starke Basis in der Armee, die nicht unbedingt an Saddam Hussein gebunden ist, und über eine bewaffnete Parteimiliz mit ca. 100000 Mitgliedern, scheint jedoch nur eine Palastrevolution möglich, die der Baathpartei die Macht erhält, aber den verhaßten Saddam auswechselt, zumal die Zersplitterung der Opposition, die Differenzen zwischen den Inlands- und Auslandsfraktionen eine Alternative unwahrscheinlich erscheinen lassen. Der neue Mann – manche setzen auf den ehemaligen Präsidenten Hassan al-Bakr – wird mit Hilfe der anderen arabischen Staaten den Krieg beenden müssen, eine begrenzte Amnestie, die zumindest Teile der KP-Mitglieder umfaßt, zu erlassen haben, und die Beziehungen mit den arabischen Staaten um Syrien, also Algerien, Libyen, die DVR Jemen und die PLO wiederherstellen.

Die Baathisten müssen eine Volkser-
irakischen als auch der kurdischen Bevölkerung repräsentieren und im Land selber sich befinden. In den Kämpfen, so z.B. in den Demonstrationen der vergangenen Wochen, haben sich die abgespaltenen Teile der Baathpartei dieser Front angeschlossen.

Wahrscheinlich ist doch nur eine Palastrevolution

Angesichts der militärischen Stärke der Baathregierung – sie verfügt über eine starke Basis in der Armee, die nicht unbedingt an Saddam Hussein gebunden ist, und über eine bewaffnete Parteimiliz mit ca. 100000 Mitgliedern, scheint jedoch nur eine Palastrevolution möglich, die der Baathpartei die Macht erhält, aber den verhaßten Saddam auswechselt, zumal die Zersplitterung der Opposition, die Differenzen zwischen den Inlands- und Auslandsfraktionen eine Alternative unwahrscheinlich erscheinen lassen. Der neue Mann – manche setzen auf den ehemaligen Präsidenten Hassan al-Bakr – wird mit Hilfe der anderen arabischen Staaten den Krieg beenden müssen, eine begrenzte Amnestie, die zumindest Teile der KP-Mitglieder umfaßt, zu erlassen haben, und die Beziehungen mit den arabischen Staaten um Syrien, also Algerien, Libyen, die DVR Jemen und die PLO wiederherstellen.

Die Baathisten müssen eine Volkser-
hebung auf jeden Fall vermeiden: Das Blutbad würde keiner von ihnen überleben.

Drei Monate nach den Waffenfunden in Zimbabwe

Direkte Verwicklung der Sowjetunion in die ZAPU-Verschwörung?

thf.Harare. Die seinerzeit mit ungläubigem Erstaunen aufgenommene Erklärung der ZANU (PF), mit der Aushebung der Waffenverstecke der ZAPU und der Übernahme der ZAPU-Farmen und -gesellschaften einen geplanten Coup verhindert zu haben, kann sich wohl noch handfest bestätigen. Damals war von verschiedenen Seiten auf die gute Inszenierung hingewiesen worden:

Wenige Wochen nach der Räumung des dann ersten Fundortes als assembly point (wo sich ZIPRA-Guerillas nach dem Lancaster-Abkommen zu sammeln hatten) wurde plötzlich und zielsicher Versteck für Versteck aufgefunden. Diese Ereignisse hatten zur Entlassung Nkomos und zwei weiterer ZAPU-Funktionäre aus der Regierung geführt.

Aus den berühmten, gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist nun zu hören, daß die ZANU über Dokumente verfüge, denen zufolge die Sowjetunion die ZAPU nach dem Lancaster-Haus-Abkommen mit militärischem Material im Wert von 60 Millionen Dollar ausgerüstet habe. Nach dem ZANU-Wahlsieg sei das Material per Luftfracht von Angola nach Zambia geschafft worden. (Die „Welt" hatte noch im Frühjahr 1981 von solchen Operationen berichtet.) Die beiden Oberkommandierenden der ZAPU-Armee ZIPRA, die nach dem Auffinden der Verstecke verhaftet worden waren, sollen, was das Wissen um die Verstecke angeht, geständig sein.

Das würde einiges erklären: die Anzahl der schweren Waffen, Nkomos Hilflosigkeit in der ganzen Affäre, wie auch die gute Inszenierung, die eilige und heftige Verurteilung Nkomos durch halboffizielle Stellen Zambias, seines früheren Verbündeten, usw. Den sich immer noch haltenden Mythos der Sowjetunion als Freund der Befreiungsbewegungen würde eine solche Enthüllung im erwarteten Prozeß erheblich ankratzen: Ein Großteil, wenn nicht der überwiegende Teil der sowjetischen Waffenhilfe für die ZAPU wäre demnach eindeutig für einen Putsch gegen eine allgemein anerkannte, gewählte Regierung aus einer Befreiungsbewegung gewesen.

In Zimbabwe hat sich die Affäre bis jetzt in zwei Richtungen ausgewirkt. Die ZAPU ist offensichtlich gespalten. Ihr ZK hat die Berufung von neuen ZAPU-Mitgliedern in die Regierung mißbilligt, weil es vorher nicht konsultiert worden sei und das ganze ein auf eine ZAPU-Spaltung berechneter Schritt sei. Die neuen ZAPU-Minister haben ihre Posten aber trotzdem angenommen. Gleichzeitig verlassen ZAPU-Offizielle und vor allem die Mitglieder zu Tausenden die Partei, um sich der ZANU anzuschließen. Nahezu jeden zweiten Tag wird ein solcher Massenaus- und -eintritt vermeldet. Von der ZANU werden diese Eintritte regelmäßig als Schritte in die korrekte Richtung begrüßt, da das Volk die ZANU sei, ZANU die Regierung, und die Regierung das Volk. Die Massenaustritte haben allerdings eine gefährliche Nebenseite: Sie erfolgten nicht im Matabeleland. Verliert die ZAPU aber vollends ihre Rolle als nationale Partei, könnte das eine gefährliche Zuspitzung der Stammeswidersprüche bedeuten. Das oben aufgeführte, penetrant an die biblische heilige Dreieinigkeit erinnernde Verständnis der Dialektik von Volk-Partei-Regierung kann dann die Widersprüche anheizend wirken. Andeutungsweise kommen die Konsequenzen in der einen oder anderen Kundgebungsrede auch schon mal vor: daß verschiedene Teile des Volkes nicht zum Volk gehören.

Auf der anderen Seite häuft sich seitdem ein Banden- und Guerillawesen; die Grenzen sind da durchaus fließend. Soweit es die Banden angeht, ergibt das fast tägliche Schlagzeilen. Hauptsächlich um Bulawayo herum verüben sie Raubüberfälle auf Busse und Geschäfte und terrorisieren die örtliche Bevölkerung.

Was das Guerillawesen betrifft, sind die Zeitungen still, abgesehen von sich wiederholenden Erklärungen von Ministern, daß den Dissidenten der Garaus gemacht würde. Zu größeren Zwischenfällen ist es wohl in der Gegend um Mashumbi-Pools gekommen. ZIPRA-Leute sind dort dem Auffinden ihrer Waffenverstecke durch die Armee zuvorgekommen und anschließend von dieser gejagt worden. „Newsweek" behauptet am 17. Mai, daß bis dato 1200 ZIPRA-Leute wieder in den Busch gegangen seien. Im Urungwe-Distrikt habe sich eine Armee-Einheit geweigert, auf frühere Kollegen zu schießen, und sich ihnen angeschlossen. Ein Dissident sei mit einem Brief an Nkomo gefangengenommen worden, in dem um weitere Waffen nachgefragt würde.

Ein ZAPU-Parlamentsabgeordneter ist spurlos verschwunden, nachdem er im Zusammenhang mit den Waffenfunden verhaftet werden sollte. Später war eine Stellungnahme der Polizei veröffentlicht worden, daß nach ihm nicht gesucht würde.

Das alles ist noch lange kein Bürgerkrieg, aber eine Beruhigung ist in nächster Zeit auch unwahrscheinlich. Zum einen bietet das weite Land mit seiner unterentwickelten Infrastruktur gute Möglichkeiten für Guerillas und ist die Hauptwaffe, mit der Smith gegen Guerillas vorging, geschwächt: Laut „Newsweek" ist durch den Weggang weißen Personals nur eine von sechs Luftwaffeneinheiten einsatzfähig – zum anderen ist, und das ist wichtiger, gerade und insbesondere für die einfachen Guerillas das soziale Ergebnis ihrer Revolution bis jetzt durchaus nicht überzeugend.

Chile heute

Interview mit einem Auslandsvertreter der MAPU (Movimiento de Accion Popular Uniteria) in Peru

Die chilenische Junta hat mit ihrem Wirtschaftsmodell die Ansätze einer nationalen Industrie ruiniert und das Land dem ausländischen Kapital ausgeliefert. Die Linke ist erst am Anfang einer grundlegenden Aufarbeitung ihrer Fehler. Eine Einheitsgewerkschaft gibt es seit dem Putsch nicht mehr und muß erst noch mühsam von der Basis aus aufgebaut werden. Mit dem Malvinen-Konflikt tritt der chilenisch-argentinische Streit um den Beagle-Kanal in den Hintergrund.

Mit dem liberalistischen Wirtschaftsmodell scheint die chilenische Junta einen gewissen Aufschwung erzielt zu haben. Dieses Modell ist inzwischen aber auch in der Krise.

Genau. Man kann sagen, daß die chilenische Wirtschaft heute einen Prozeß der Rezession durchmacht, ganz klar. Aber die Ursachen sind nicht, wie die Diktatur behauptet, in einer internationalen Krise des Kapitalismus zu finden, auf jeden Fall nicht hauptsächlich, obwohl es schon eine wichtige Rolle spielt, sondern vor allem in Friedmanschen Modell. Und das sieht man schon seit 1976/77 kommen.

Um es kurz zu fassen. 1974/75 wurde der ganze ökonomische und staatliche Apparat durch die berühmte „Schockpolitik" umgewälzt. Dort haben dann wahnsinnig viele Industrien bankrott gemacht. Es gab einen Prozeß der Konzentration des Kapitals, indem die stärksten Gruppen alles aufgekauft haben, was früher staatlich war. Und die ganze Ökonomie wurde nach Außen geöffnet. Das ist das Modell. Da sank natürlich die Rate der Produktion und der Einkommen. Die Arbeitslosigkeit wuchs bis zu 20% oder darüber. Die Einkommen waren auf dem Stand wie vor 5 oder 20 Jahren. Und nachdem die Rolle des Staatsapparates im ökonomischen System auf eine andere Weise festgelegt worden war, fing 1975/76 dann eine Phase des Aufschwungs an, was aber ein ziemlich normaler Prozeß war. Denn die Produktionsraten waren inzwischen so gesunken, daß die hohen Wachstumsraten von 1977/78/79 nur die alten Raten wiederherstellen konnten. Tatsächlich findet man 1977 ein Wachstum von 9,5%, was sehr viel ist für Chile, 1978 ungefähr 8% und 1979 7%.

1980 erreichten die Arbeiter noch nicht ganz, aber fast, die Einkommen, die sie 1970 hatten. Und das war immer noch viel niedriger als das, was sie 1972 hatten. 1972 war das Jahr der höchsten realen Einkommen der Arbeiter wie auch das Jahr der höchsten Industrieproduktion, das fiel zusammen. Aber schon 1980 fing man an einzusehen, daß das Modell wirklich nicht fähig ist, die Ökonomie des Landes voranzubringen. Das merkt man z.B. daran, daß Investitionen nicht mehr gemacht werden. Außer für die Minen, für die Kupferminen. Aber für die Industrie überhaupt nicht, auch nicht für die Bauindustrie. Im Jahr 1981 gab es noch ein Wachstum von 3%, und für dieses Jahr geben selbst bürgerliche Vorraussagen zu, daß die Lage sich derart verschlechtert, daß die Arbeitslosig-

sunken, daß die hohen Wachstumsraten von 1977/78/79 nur die alten Raten wiederherstellen konnten. Tatsächlich findet man 1977 ein Wachstum von 9,5%, was sehr viel ist für Chile, 1978 ungefähr 8% und 1979 7%.

1980 erreichten die Arbeiter noch nicht ganz, aber fast, die Einkommen, die sie 1970 hatten. Und das war immer noch viel niedriger als das, was sie 1972 hatten. 1972 war das Jahr der höchsten realen Einkommen der Arbeiter wie auch das Jahr der höchsten Industrieproduktion, das fiel zusammen. Aber schon 1980 fing man an einzusehen, daß das Modell wirklich nicht fähig ist, die Ökonomie des Landes voranzubringen. Das merkt man z.B. daran, daß Investitionen nicht mehr gemacht werden. Außer für die Minen, für die Kupferminen. Aber für die Industrie überhaupt nicht, auch nicht für die Bauindustrie. Im Jahr 1981 gab es noch ein Wachstum von 3%, und für dieses Jahr geben selbst bürgerliche Vorraussagen zu, daß die Lage sich derart verschlechtert, daß die Arbeitslosig-

keit wieder über 20% steigen wird. Wie auch daß die Produktion insgesamt zurückgehen wird. Die Rezession geht also weiter, nachdem für vier Jahre ein kleiner Aufschwung vorhanden war.



Vor kurzem hat nun die Diktatur kleine Korrekturmaßnahmen dekretiert, die aber auf lange Sicht die jetzige Rezession nur bekämpfen, indem sie die nächste Rezession schon hervortreiben. Die Ausgaben des Staates sollen noch mehr vermindert werden. Es gibt ein Defizit, daß sie unbedingt sanieren wollen. Chile hat jetzt ein Inflationsrate von 8%, bisher war die Inflation in Chile nie unter 20%, ja sogar zeitweise bei 500–600%. Sie haben also eine Rate von 8% geschafft und für 1982 denken sie, daß sie auf 1 oder 2% kommen, was für eine Kolonie vollkommen absurd ist. Aber das ist das Ziel Nr. 1. Der Wechselkurs wird mit dem Dollar gleichgehalten. Dies seit etwa drei Jahren, obwohl es eine innere Inflation gibt. Für das Finanzkapital ist diese Gleichschaltung der Währung sehr gut, weil es dauernd Kredite an die amerikanischen Banken zurückzahlen muß. Das ist dann viel billiger, wenn die nationale Währung teurer ist. Und die Importe sind dann auch viel billiger. Aber die nationale Industrie kann damit nicht im Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz bestehen, weil die Exporte viel zu teuer sind.

Also: die Währungsanpassungen werden klein gehalten, die Inflation auf praktisch null gedrückt, aber der Staat gibt weniger Geld aus. Außerordentliche Steuern sind in diesem Jahr dekretiert worden. Die Löhne wurden um 7% vermindert. Und das auf der niedrigen Grundlage, auf der sie schon stehen. Was ich betonen wollte, ist, daß die ganze Krise strukturell durch das Modell bedingt ist.

Chile nie unter 20%, ja sogar zeitweise bei 500–600%. Sie haben also eine Rate von 8% geschafft und für 1982 denken sie, daß sie auf 1 oder 2% kommen, was für eine Kolonie vollkommen absurd ist. Aber das ist das Ziel Nr. 1. Der Wechselkurs wird mit dem Dollar gleichgehalten. Dies seit etwa drei Jahren, obwohl es eine innere Inflation gibt. Für das Finanzkapital ist diese Gleichschaltung der Währung sehr gut, weil es dauernd Kredite an die amerikanischen Banken zurückzahlen muß. Das ist dann viel billiger, wenn die nationale Währung teurer ist. Und die Importe sind dann auch viel billiger. Aber die nationale Industrie kann damit nicht im Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz bestehen, weil die Exporte viel zu teuer sind.

Also: die Währungsanpassungen werden klein gehalten, die Inflation auf praktisch null gedrückt, aber der Staat gibt weniger Geld aus. Außerordentliche Steuern sind in diesem Jahr dekretiert worden. Die Löhne wurden um 7% vermindert. Und das auf der niedrigen Grundlage, auf der sie schon stehen. Was ich betonen wollte, ist, daß die ganze Krise strukturell durch das Modell bedingt ist.

Die Zuwachsraten kommen wohl vor allem durch die Minenindustrie, also z.B. Kupfer. Welche anderen Industriezweige sind denn durch diese Umstrukturierung der Wirtschaft neu angegangen, bzw. welche Industriezweige sind forciert worden?

Das ist eine wichtige Frage, denn mit den völlig globalen Umwälzungen, die mit dem Staatsstreich gekommen sind, hat sich in den letzten sieben Jahren

„Wir dürfen vor der Gewalt nicht verstummen"



die ganze Produktionsstruktur aber auch die ganze Klassenstruktur verändert. Das wurde noch nicht gut genug untersucht. Die Linke hat überhaupt sehr spät auf diese strukturellen Änderungen reagiert.

Die Produktionsstruktur hat sich zugunsten einer Zunahme der Dienstleistungen geändert, während die Industrie, die früher einen Anteil von 34% am Gesamtprodukt einnahm, jetzt nur noch 28% hat. Innerhalb der Bourgeoisie haben sich die Strukturen ebenfalls verändert, so daß die Finanzbourgeoisie jetzt klar die stärkste Fraktion ist. Früher hat sie die Hegemonie mit der Industrie geteilt, jetzt ist aber der gesamte Finanzapparat das wichtigste.



der Industrie geteilt, jetzt ist aber der gesamte Finanzapparat das wichtigste.
staatlich. Aber es gab auch Privatindustrie, die oft mit ausländischem Kapital
streich fing die Linke richtig an zu analysieren, weil sie schon vorher in einer



Daumen runter für das Pinochet-Regime und seine Volksentscheid-Farce für eine neue Verfassung 1980 – Pinochet

Die ganzen Kredite aus dem Ausland bekommt 's Privatkapital, nicht der Staat. Geg. ·wärtig beträgt die Auslandsverschuldung 5 Mrd. $, was sehr viel ist für ein Land mit 10 Millionen Einwohnern ist. Davon sind alleine 4 Mrd. $ nur an zwei private Finanzgruppen gegangen. Die haben keine Interessen, damit Investitionen zu machen. Die Zinsen sind so teuer, so daß sie alleine schon mit den Zinsen, deren Rate hier höher ist, als wie sie selber zahlen, im Inneren ein wahnsinniges Geschäft machen.

Was sich vor allem in der Industrie verändert hat, ist, daß die meisten Betriebe der traditionellen großen Industrie, wie Textil, völlig pleite sind. Diejenigen Zweige, die für das Ausland produzieren, wie Holz, Papier, Karton, Tabak, also ziemlich einfache Industrien ohne große technologische Fortschritte, haben sich entwickelt. Überhaupt die ganze Exportproduktion, die sehr mit der Landwirtschaft verbunden ist, wie Holz, Fischkonserven, Äpfel oder ich weiß nicht was sonst noch alles.

Das Proletariat hat sich vermindert. Das Proletariat stellt heute 28% aller Arbeitskräfte. Es war schon einmal über 30%. Die sogenannte Mittelklasse, z.B. die ganzen Staats- und Bankangestellten, hat sich sogar vermehrt, trotz der 100000 Entlassungen im Staatsapparat. Das kommt durch das Wachstum des Finanzkapitals und der Dienstleistungen. Aber es ist eine neue Mittelklasse, die sich ideologisch, politisch, gesellschaftlich ganz anders verhält als früher.

Vielleicht noch einmal zu den Umwälzungen der Klassenstrukturen, die Du erwähnt hast. Inwieweit gibt es eine nationale Bourgeoisie, die ein Eigeninteresse am Aufbau einer nationalen Industrie hat?

Ich würde behaupten, daß es in den letzten Jahrzehnten eine nationale Bourgeoisie in Chile gab. Sie war allerdings in den letzten 20 Jahren im Kern ideologisch-politisch rechts und man konnte mit dieser Bourgeoisie keine Allianzpolitik verfolgen, wie es die dogmatischen pro-Chinesen machen oder auch die Traditionalisten, die sagen, daß man sie ziemlich leicht gewinnen und mit ihnen eine gemeinsame Front machen kann, weil es gemeinsame Interessen mit ihr gibt. Nun gibt es sicher gemeinsame Interessen mit ihr und die Arbeit lohnt sich, sie zu gewinnen. Aber in den letzten Jahren war das nicht so sehr von Erfolg gekrönt. Trotzdem kann man sagen, daß es eine nationale Bourgeoisie gibt, weil in Chile relativ früh, in den 30er Jahren, mit einem Modell begonnen wurde, genannt Importsubstitution, um eine eigene Industrie aufzubauen. Hierbei hat der Staat eine wichtige Rolle gespielt. Meistens war die nationale Industrie staatlich. Aber es gab auch Privatindustrie, die oft mit ausländischem Kapital aufgebaut wurde. Aber auch oft Industrie von internationalen Konzernen. Diese durch die Importsubstitution geschaffene Industrie ist es, die am meisten unter dem neuen Modell leidet. Diese Fraktion innerhalb der Bourgeoisie hat noch keinen politischen Ausdruck in einer Partei gefunden. Die Christdemokratische Partei versucht, sie zu repräsentieren. Aber es gibt sie noch nicht als politische Partei. Sie identifizieren sich ideologisch mit dem Regime, indem sie auf keinen Fall ein marxistisches Regime wie Allende wiederhaben wollen. Ideologisch unterstützt sie das Regime, aber ökonomisch sehen sie, daß sie nicht weiterkommen. In den letzten 5 Monaten hat sich hier zum erstenmal eine Protestbewegung entwickelt. Die Bourgeoisie in der Industrie, vor allem in der Bauindustrie, Transport, kleiner und mittlerer Kommerz, fängt an, sich zu organisieren, und das ist natürlich eine wichtige Sache. Sie versucht einen eigenen Weg zu entwickeln, ist aber gegenwärtig noch nicht in der Lage, ihn zu gehen. Es gibt z.B. Initiativen von einem Gremium des Transportgewerbes, das früher den Putsch mitgemacht hat und jetzt gegen das Regime ist. Die haben dann so Parolen wie: „Chilenische Frau, du willst, daß dein Mann arbeitslos bleibt? – Dann kauf Importiertes." Auf diesem Niveau. Die ganze mittlere Industrie wie Schuh, Textil, Eisschrank und Küchenbau, die ist fast ganz beseitigt.

Vielleicht sollten wir jetzt dazu übergehen, was Du angesprochen hast, daß die Linke die heutige Situation noch schlecht ausnutzen kann. Welche Situation gibt es denn in der Linken, um zu einer programmatischen Klärung zu kommen und welche Ansätze zu einer Selbstkritik gibt es?

Die Achsen haben sich geändert. Was früher die revolutionäre von der reformistischen Linken unterschied, hat ganz anderen Auseinandersetzungen Platz gemacht. Vor dem Staatsstreich war die Unidad Popular mit der KP und einigen linkssozialistischen Parteien tatsächlich am stärksten. MAPU war kritisch und in einer linken Opposition, obwohl sie auch in der Unidad Popular war. Heute muß man sagen, daß die revolutionäre Linke nicht fähig war, ein alternatives Modell aufzubauen, Vorschläge, die möglichst qualitativ verschieden waren von den herrschenden reformistischen Linien in der Unidad Popular. Von einem marxistisch-leninistischen Standpunkt kann von heute aus keine Rede sein. Wirklich revolutionäre Aktionen, die stattfanden, Anfänge einer Doppelherrschaft waren vor allem sehr spontan und von den Massen initiiert und nicht von den Parteien. Die Parteien haben sich mehr oder weniger angeschlossen.

Erst zwei Jahre nach dem Staatsstreich fing die Linke richtig an zu analysieren, weil sie schon vorher in einer Krise war. Und erst nach 3–4 Jahren fing sie an, sich die Fragen historisch zu stellen, nicht nur was sie in der Unidad Popular gemacht hat, sondern auch vorher. Z.B., und dies erst seit 2–3 Jahren, folgendes: Sie studiert, daß die ganze gewerkschaftliche Bewegung, von der man sagt, daß sie so stark war in Chile, daß die auch sicherlich stark und wichtig war, immer manipuliert durch Parteien, vor allem der KP. Daß nie eine gewerkschaftliche Bewegung entstanden ist, die wirklich autonom war. Sie war immer abhängig und nur ein Druckmittel von Parteien, um im Staatsapparat ihre eigenen Interessen voranzutreiben. Und hierin war sowohl die revolutionäre wie die reformistische Linke revisionistisch, sagen wir einmal von der Art, sich mit den Massen in Verbindung zu setzen. Daß sie nur als Mittel gebrauchten, um zu „kontrollieren". Man kann sagen, daß nach dem Staatsstreich zum erstenmal seit dreißig Jahren der Staatsapparat nicht zugänglich für die populären Organisationen ist. Es gibt kein Parlament, es gibt keine Syndikate, die streiken können, es gibt keine Linksparteien, die im Parlament arbeiten können. Also, die Linken können den Staat

Fortsetzung S. 13

DDR erweitert zentrale Wirtschaftskontrolle

frb. Von der Krise in den Ländern des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems bleibt auch die DDR nicht verschont. Mit einer neuen Konzeption reagiert die SED-Führung auf die geänderten Bedingungen. Steigerung der Produktivität, Verbesserung der Kosten-Ertrags-Relation und eine neue Qualität in der Durchsetzung des technischen Fortschritts sind die Stichworte. In zwei wichtigen Beschlüssen hat das Politbüro der SED die neue Strategie offenbar ausgearbeitet, wobei der Wortlaut dieser Beschlüsse wie üblich der Öffentlichkeit vorenthalten bleibt. Seit Jahresbeginn aber schlagen sie sich in einem ganzen Wust neuer Gesetze und Verordnungen nieder. Das Westberliner DIW bringt in seinem Wochenbericht Nr. 21 eine Übersicht hierzu.

Die wohl wichtigsten Maßnahmen zielen auf Veränderung der *betrieblichen Kostenrechnung*. Einerseits wird die Erhebung zusätzlicher Daten verlangt, die der zentralen Behörde mehr Kontrolle erlauben soll. Zweitens werden die zusätzliche Daten der zentralen Planung zu verbindlichen Normen der Ertragsrechung der einzelnen Betriebe. Oder wie es im DDR-Jargon heißt: die güterwirtschaftliche Planung soll verstärkt mit der monetären Planung verzahnt werden.

So wird bei Überschreitung des Kostenplans künftig die eigenverantwortliche Verwendung bestimmter betrieblicher Fonds gesperrt. Im Planungsbereich Wissenschaft und Technik wird eine strenge Aufwand-Ertrag-Rechnung verlangt. Für Investitionen wird eine ausgedehnte Planung verlangt, über deren Einhaltung Staatsbank und staatliche Finanzrevision wachen. Bei den meisten Importgeschäften wird die Zustimmung der Banken verlangt.

Eine einschneidende Neuregelung besteht schließlich auch darin, daß die Betriebe die *geplante Gewinnabführung* an den Staatshaushalt auch dann einhalten müssen, wenn der geplante Gewinn nicht erzielt wird. Ganz eindeutig tendiert das „neue Konzept“ auf die weitere Einschnürung betrieblicher Initiativen und auf einen Machtzuwachs der staatlichen Kontrollapparate.

North America
Europe
Japan
Asia
Central America
Oceania

	BSP pro Kopf 1979 (US-$)	Bevölkerg. 1979 (Mio.)
Nordamerika	10500	247
Japan	8730	116
Ozeanien	7000	22
Europa o. UdSSR	6760	524
UdSSR	4040	264
Mittelost	4310	48
Südamerika	1730	233
Mittelamerika	1620	106
Afrika	700	456
Asien o. Japan	310	2165
Welt	2430	4181

Reichtum und Armut

Bruttosozialprodukt pro Kopf – dargestellt in der Höhe der Regionen

Jährlich unternimmt die Weltbank den Versuch, für die über 100 Länder der Erde das jeweilige Sozialprodukt in einigermaßen vergleichbarer Weise zu berechnen. Das Sozialprodukt drückt in etwa die materielle Produktion eines Jahres aus. In der obigen Karte, die dem Weltbank-Atlas 1981 entnommen ist, treten die Niveau-Unterschiede der Regionen der Erde deutlich hervor. Je höher sie sich aus dem Kartenhintergrund erheben, um so höher ist das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung. ¼ der Menschheit verfügt demnach über rund 80% des materiellen Reichtums dieser Erde.

Die Woche im Rückblick

Wie wenig zivil die Raumfahrt ist, hat jüngst wieder eine Analyse des amerikanischen Rechnungshofes bestätigt. Selbst dieser seriösen Institution zufolge sind mehr als 20 Prozent des Budgets der zivilen Raumfahrtbehörde Nasa im Finanzjahr 1983 für Ausgaben vorgesehen, die ausschließlich dem Pentagon nutzen. Daraufhin sorgen sich nun offenbar die Wissenschaftler bei der europäischen Raumfahrtorganisation Esa, daß auch das europäische Weltraumlabor Spacelab weitgehend für militärische Zwecke verwendet wird. Wird einer Zusammenarbeit mit den USA zugestimmt, so werden die Raumstationen auch eine ständige militärische Besatzung haben. Außerdem entwickelt die US-Luftwaffe gegenwärtig eine eigene Raumstation, in die ebenfalls von der „zivilen“ Esa entwickelte Geräte eingebaut werden.

Vietnam hat jetzt um einen Kredit beim Internationalen Währungsfonds nachgesucht, um damit seine überfälligen Schulden an westliche Banken zu begleichen. Seit geraumer Zeit schon ist davon die Rede, daß Vietnam die fälligen Kredite nicht mehr zurückzahlen kann. In den nächsten Wochen wird ein IWF-Team zu Verhandlungen nach Hanoi fliegen. Nach den Worten des Direktors der vietnamesischen Staatsbank, Le Hoang, begannen die Schwierigkeiten seines Landes im letzten Viertel des letzten Jahres. Eine Reihe von Faktoren sei zusammengetroffen, der Krieg in Kampuchea, die Einstellung der chinesischen Hilfe nach 1979, und nun schlechte Ernten, Mängel in der Industrieverwaltung und schlechte Produktion.

Trotz Krise hat Daimler-Benz im letzten Jahr den fettesten Profit seit je gemacht. Um 16% übertrifft der Jahresüberschuß das Ergebnis von 1980. Seine Zuversicht für die weiteren Geschäftsaussichten begründet der Vorstand „auf den nach wie vor ausgezeichneten Verkauf der Oberklasse“. Gerade die Spitzenmodelle, die kürzlich vorgestellten Coupés mit Achtzylindermotor, einer Nachfrage, die die Liefermöglichkeiten des Konzerns weit übersteigt.

In Bonn hat der Bundestag das neue Mietrecht beschlossen. Es sieht eine ganze Reihe von Möglichkeiten zu Mieterhöhungen vor. Der CDU/CSU reicht das aber noch nicht. Sie wird das Gesetz im Bundesrat ablehnen und so die Anrufung des Vermittlungsausschusses erzwingen.

Die Bundesanstalt für Arbeit braucht jetzt noch 4,7 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt. Grund hierfür ist, daß die Versicherung nun mit 1,8 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt rechnet, statt wie in der bisherigen Finanzplanung unterstellt, mit 1,65 Millionen.

Fortsetzung von S. 12

nicht für sich gebrauchen, er ist völlig geschlossen, hermetisch.

Aber hier kann man dann sehen, daß die autonomen Kräfte der Massen nie richtig entwickelt wurden. Und man wußte nicht, was man machen sollte. Und da haben sich dann allmählich zwei neue Tendenzen entwickelt.

eine ausgedehnte Planung verlangt, über deren Einhaltung Staatsbank und staatliche Finanzrevision wachen. Bei den meisten Importgeschäften wird die Zustimmung der Banken verlangt.

Eine einschneidende Neuregelung besteht schließlich auch darin, daß die Betriebe die *geplante Gewinnabführung* an den Staatshaushalt auch dann einhalten müssen, wenn der geplante Gewinn nicht erzielt wird. Ganz eindeutig tendiert das „neue Konzept“ auf die weitere Einschnürung betrieblicher Initiativen und auf einen Machtzuwachs der staatlichen Kontrollapparate.

gen von Partei und Massenorganisationen erneut auf, indem sie nicht mehr glaubt, daß die Parteien die Massenorganisationen leiten müssen, sondern daß die Massenorganisationen sehr viel Autonomie haben müssen. Daß die Parteien nur in dem Maß leiten dürfen, indem sie die Fähigkeiten zeigen, *innerhalb* der Massenorganisationen tatsächlich eine bessere Position zu haben und eine bessere Arbeit machen zu

kanischen Rechnungshofes bestätigt. Selbst dieser seriösen Institution zufolge sind mehr als 20 Prozent des Budgets der zivilen Raumfahrtbehörde Nasa im Finanzjahr 1983 für Ausgaben vorgesehen, die ausschließlich dem Pentagon nutzen. Daraufhin sorgen sich nun offenbar die Wissenschaftler bei der europäischen Raumfahrtorganisation Esa, daß auch das europäische Weltraumlabor Spacelab weitgehend für militärische Zwecke verwendet wird. Wird einer Zusammenarbeit mit den USA zugestimmt, so werden die Raumstationen auch eine ständige militärische Besatzung haben. Außerdem entwickelt die US-Luftwaffe gegen-

es, das Positives wie Negatives hat, aber wo man die positive Seite entwickeln kann. Es soll eine neue Arbeiter- und Massenbewegung von unten ausgebildet werden, eine Front, die Alternativen vorschlägt, und zwar in allen Bereichen, ökonomisch, politisch aber auch ideologisch und kuturell. Hiervon ausgehend soll eine Allianzpolitik mit allen anderen Kräften, die gegen die Diktatur sind, gemacht wer-

wickelte Geräte eingebaut werden.
Vietnam hat jetzt um einen Kredit beim Internationalen Währungsfonds

Die Woche im Rückblick

nachgesucht, um damit seine überfälligen Schulden an westliche Banken zu begleichen. Seit geraumer Zeit schon ist davon die Rede, daß Vietnam die fälligen Kredite nicht mehr zurückzahlen kann. In den nächsten Wochen wird ein IWF-Team zu Verhandlungen nach Hanoi fliegen. Nach den Worten des Direktors der vietnamesischen

scher Apparat, der für die internationalen Beziehungen nützt. Aber er hat überhaupt keine Entsprechung mehr im Inland. Es gibt heute eine Reihe oppositioneller Gewerkschaftsorganisationen. Alle sind dadurch charakterisiert, daß sie von oben aufgebaut wurden und keine Basisarbeit machen, was auch sehr schwer ist. Sie sind nicht anerkannt und können z.B. keine Verhandlungen führen. Man muß in die-

ten Viertel des letzten Jahres. Eine Reihe von Faktoren sei zusammengetroffen, der Krieg in Kampuchea, die Einstellung der chinesischen Hilfe nach 1979, und nun schlechte Ernten, Mängel in der Industrieverwaltung und schlechte Produktion.
Trotz Krise hat Daimler-Benz im letzten Jahr den fettesten Profit seit je gemacht. Um 16% übertrifft der Jahresüberschuß das Ergebnis von 1980. Seine Zuversicht für die weiteren Geschäftsaussichten begründet der Vorstand „auf den nach wie vor ausgezeichneten Verkauf der Oberklasse“. Gerade die Spitzenmodelle, die kürzlich vorgestellten Coupés mit Achtzy-

Es gibt ja den Grenzkonflikt zwischen Chile und Argentinien um die Inseln im Beagle-Kanal. Wie steht Chile zu diesem Konflikt aber auch zum Konflikt um die Malvinen-Inseln?

Den offiziellen Meinungen der Diktatur sieht man an, daß die Besetzung der Malvinen durch Argentinien nicht akzeptiert wird. Man liest große Artikel von chilenischen Diplomaten, die sagen, die haben überhaupt kein

übersteigt.
In Bonn hat der Bundestag das neue Mietrecht beschlossen. Es sieht eine ganze Reihe von Möglichkeiten zu Mieterhöhungen vor. Der CDU/CSU reicht das aber noch nicht. Sie wird das Gesetz im Bundesrat ablehnen und so die Anrufung des Vermittlungsausschusses erzwingen.
Die Bundesanstalt für Arbeit braucht jetzt noch 4,7 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt. Grund hierfür ist, daß die Versicherung nun mit 1,8 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt rechnet, statt wie in der bisherigen Finanzplanung unterstellt, mit 1,65 Millionen.

Fortsetzung von S. 12

nicht für sich gebrauchen, er ist völlig geschlossen, hermetisch.

Aber hier kann man dann sehen, daß die autonomen Kräfte der Massen nie richtig entwickelt wurden. Und man wußte nicht, was man machen sollte. Und da haben sich dann allmählich zwei neue Tendenzen entwickelt. Eine ist die traditionelle, die von den Revistionisten der KP und, nach unserer Meinung, von der MIR repräsentiert ist. Diese wollen im Grunde einen ähnlichen Prozeß wie früher auf die Beine stellen, also eine Einflußnahme auf die Massen, die genauso bürokratisch und bürgerlich ist, wie früher. Eine Strategie, die den Staatsapparat für sich gebrauchen möchte, um allmählich eine neue Staatsbürokratie zu bilden. Eine Linie, die sich international mit der Sowjetunion und Kuba und deren Konzeption von Sozialismus identifiziert. Jetzt sieht man, daß die einzige Frage, in der sie auseinandergingen, die der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes war. Was für uns an sich keine Alternative als solche ist. Früher dachten wir, daß diejenigen revolutionär sind, die den bewaffneten Kampf bejahen, und Revisionisten, die ihn verneinen. Aber heute sehen wir, daß das viel komplexer ist, als wir dachten. Vor zwei Jahren sagte dann die KP, wir sind auch für den bewaffneten Kampf und plötzlich hat sich dann eine enge Zusammenarbeit entwickelt zwischen MIR und KP. Das ist nun eine Achse, die sehr wichtig ist und die sich auch zentral herausbildet.

Die andere Tendenz, die schwächer ist, aber sich durch alle Parteien zieht, stellt demgegenüber vieles von Grund auf in Frage. Diese Tendenz meint, daß man eine neue Arbeiter- und Massenbewegung auf radikal andere Weise auf die Beine stellen muß, als es historisch in Chile gemacht wurde. Eine Bewegung, die wirklich von der Basis und von der Initiative der Massen ausgeht und nicht von oben konstruiert wird. Sie stellt auch die Frage der Beziehungen von Partei und Massenorganisationen erneut auf, indem sie nicht mehr glaubt, daß die Parteien die Massenorganisationen leiten müssen, sondern daß die Massenorganisationen sehr viel Autonomie haben müssen. Daß die Parteien nur in dem Maß leiten dürfen, indem sie die Fähigkeiten zeigen, *innerhalb* der Massenorganisationen tatsächlich eine bessere Position zu haben und eine bessere Arbeit machen zu können. Das sind alles Fragen, die heute in der Linken ziemlich heftig diskutiert werden. Und zwar nicht, und das finde ich interessant, weil es gegenwärtig modisch ist oder weil diese Fragen durch die internationale Diskussion aufgeworfen werden, sondern weil sie die eigene Arbeiterbewegung aufgestellt hat. Die Arbeiter sind heute z.B. mißtrauisch gegenüber Parteien. Sie sind auch deshalb mißtrauisch, weil die Diktatur seit 7 Jahren Tag und Nacht im Fernsehen sagt, die Politik ist schlecht, die Politiker sind schlecht, der Marxismus ist schlecht. Das hat einen gewissen Effekt gehabt, aber deswegen, weil die Massen sich genau erinnern, wie sie durch die Parteien historisch manipuliert wurden. Sie möchten heute von unten auf demokratische Strukturen aufbauen, ohne daß die Parteien sich darin zu sehr einmischen. Das ist eigentlich etwas Neues, das Positives wie Negatives hat, aber wo man die positive Seite entwickeln kann. Es soll eine neue Arbeiter- und Massenbewegung von unten ausgebildet werden, eine Front, die Alternativen vorschlägt, und zwar in allen Bereichen, ökonomisch, politisch aber auch ideologisch und kuturell. Hiervon ausgehend soll eine Allianzpolitik mit allen anderen Kräften, die gegen die Diktatur sind, gemacht werden. Hier haben wir interessante Erfahrungen mit der Jugend gemacht. Z.B. kann man mit der Jugend der Christdemokraten eine viel bessere Arbeit machen als mit Leuten der KP, weil oft in dieser Jugend der Christdemokraten ein viel direkteres demokratisches Interesse vorhanden ist, im Grunde viel weitgehendere demokratische Konzeptionen vorhanden sind als bei der KP.

Ist der Einheitsgewerkschafts-Gedanke nach wie vor vorhanden? Spielt die CUT (Zentraler Gewerkschaftsbund) überhaupt noch eine Rolle?

Die Gewerkschaftsbewegung ist genauso oder noch mehr in der Krise wie die politischen Organisationen, die Parteien. Tatsächlich muß man sagen, daß die CUT in Chile nicht existiert, auch im Untergrund nicht mehr. Es gibt sie praktisch nur über Vertreter im Ausland. Es ist vor allem ein bürokratischer Apparat, der für die internationalen Beziehungen nützt. Aber er hat überhaupt keine Entsprechung mehr im Inland. Es gibt heute eine Reihe oppositioneller Gewerkschaftsorganisationen. Alle sind dadurch charakterisiert, daß sie von oben aufgebaut wurden und keine Basisarbeit machen, was auch sehr schwer ist. Sie sind nicht anerkannt und können z.B. keine Verhandlungen führen. Man muß in diesen Gewerkschaften arbeiten. Aber vor allem ist die Aufgabe die, die Gewerkschaften von unten aufzubauen. Keine von diesen Gewerkschaftsorganisationen bedeutet einen Neuanfang.

Die Einheitsfrage ist heute sehr aktuell und es wird jedes Jahr immer mehr diskutiert, wie man sie herstellen kann. Vor allem nachdem die Repression noch mehr gewachsen ist. Ein sehr bekannter Gewerkschaftsfunktionär wurde vor 2 Wochen ermordet, gerade nachdem er einen Aufruf zur Einheit gemacht hatte. Was es gibt, ist eine gewisse Koordination, eine Konsolidierungsarbeit, die schon sehr wichtig ist. Auch werden gemeinsame Einzelpunkte aufgeworden. Aber wenn dies nicht gleichzeitig auch von der Basis gemacht wird, wird es sehr schwer sein, die Arbeiter zu mobilisieren. Mit einfachen Aufrufen einer Organisation mobilisiert man heute die Arbeiter nicht.

Es gibt ja den Grenzkonflikt zwischen Chile und Argentinien um die Inseln im Beagle-Kanal. Wie steht Chile zu diesem Konflikt aber auch zum Konflikt um die Malvinen-Inseln?

Den offiziellen Meinungen der Diktatur sieht man an, daß die Besetzung der Malvinen durch Argentinien nicht akzeptiert wird. Man liest große Artikel von chilenischen Diplomaten, die sagen, die haben überhaupt kein Recht, die Malvinen gehören den Engländern. Und die anderen sagen, daß die Malvinen zwar auf jeden Fall den Argentiniern gehören, aber die Methode, die Malvinen zurückzuerobern, falsch ist. Ich glaube, die Diktatur ist erschrocken. Die Diktatur befürchtet zum einen, daß eben diese Truppen und Waffenkonzentration im Süden vielleicht dafür genutzt werden kann, später Druck auszuüben und weiterzukommen im Konflikt um den Beagle-Kanal. Ohne den Malvinenkonflikt wäre eine solche Truppenkonzentration im Süden eine Provokation gewesen. Andererseits glaube ich aber, daß es auch gut für Chile ist, wenn die Malvinen bei Argentinien bleiben, weil dann, geopolitisch gesehen, das Beagle-Problem an Bedeutung verliert. Weil die Malvinen zu haben, bedeutet, sowohl einen antarktischen Stützpunkt wie eine bessere Kontrolle der Schiffahrt in dieser Zone zu haben, was sie gerade durch den Beagle-Kanal erreichen wollten. So könnte die Gefahr also vermindert werden. Diese Intention muß man sehen.

Aber ich glaube, die chilenische Regierung hat Angst, daß das ganze als Präzedenzfall aufgefaßt wird, obwohl es sich um ein anderes Problem handelt. Und daß dann, wenn Argentinien auf den Malvinen scheitert, was ja möglich ist, die Argentinier die Inseln im Beagle-Kanal besetzen.

Die ganze Zone gewinnt heute an Wichtigkeit, und die Sowjetunion könnte dort tatsächlich einen Weg finden, sich hier zu verankern. Das ist wichtig, und die Linke sieht nicht, daß sich der Kampf zwischen den beiden Supermächten damit verschärfen kann.





Bild links: Auch Nachts läuft die Kupferproduktion für den Weltmarkt im Kuperbergbau-Komplex El Tiente in 6700 Meter Höhe. *Bild rechts:* „Importadora“, die Importabhängigkeit von Kosumgütern hat zugenommen.



„In Erwägung der Schwere des Konflikts, dessen Ausdehnung das Überleben der Gesellschaft Citroën auf's Spiel setzte – in Erwägung der voraussichtlichen Annahme des Projekts Auroux im Parlament ... soll ein Prozeß der Entspannung zwischen Gewerkschaften und Direktion eingeleitet werden mit dem Ziel ganz neuer Sozialbeziehungen“ – so leitete der Schlichter seine Empfehlungen ein, auf deren Grundlage der Streik bei Citroën beendet wurde.

Streik bei Citroën beendet

Ende des Systems „Schaff und schweig!“ in Sicht

cof. Am 1. Juni um drei Uhr nachmittags haben die Arbeiter der Citroën-Niederlassungen in der Region Paris, überwiegend Ausländer, nach mehr als 5 Wochen Streik die Arbeit wieder aufgenommen. In über 5-stündigen Verhandlungen unter dem Vorsitz eines von den Justizbehörden beauftragten Schlichters war am Freitag vor Pfingsten auch in dem letzten noch offenen Punkt ein Kompromiß erreicht worden: Gewerkschaften und Geschäftsleitung unterzeichneten ein Protokoll über die Organisation der betrieblichen Vertreterwahlen im Werk Aulnay-sous-Bois, die für den 22. Juni vorgesehen sind. Von der Einigung ausgenommen wurde die von der Direktion bis jetzt verweigerte gewerkschaftliche Forderung nach einer Freistellung aller Kandidaten für 10 bezahlte Arbeitsstunden vor der Wahl.

Um den Schicht- und Bandarbeitern die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen, wurde vereinbart, daß am Tag der Wahl die Bänder um 8% langsamer und während der Öffnungszeiten des Wahlbüros um 15% langsamer als normal laufen sollen: außerdem hat die Direktion jeder Schicht eine besondere Pause von 30 Minuten zugesagt.

Inzwischen haben sich alle Beteiligten – die Direktion, die hauseigene Zwangsgewerkschaft CSL (Confédération des syndicats libres) und die CGT als stärkste linke Gewerkschaft („nach einer umfassenden Konsultation der Basis über die Vermittlungsvorschläge des Schlichters“) – zufrieden über den vorläufigen Ausgang des Kampfes gezeigt, was nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß doch, gemessen an den hierzulande für einen Großbetrieb kaum vorstellbaren entwürdigenden Arbeits- und Lebensbedingungen bei Citroën, eine Reihe materieller Rechte erstritten wurde. Die CSL als Vertreterin einer „Freiheit der Arbeit“, die ziemlich viel Ähnlichkeit mit Vogelfreiheit im Dienste des Kapitalisten, den man auf keinen Fall mit unrealistischen Forderungen oder gar politischer Agitation im Betrieb reizen dürfe (so der CSL-Generalsekretär Auguste Blanc in der *Le Monde*-Rubrik „Freie Meinung“) aufweist, hat deshalb ihre Mitglieder „jetzt zur allergrößten Klugheit“ ermahnt – offenbar weil ihr der Erfolg der Linken, das gewachsene Selbstvertrauen der Ausländer, die während des Streiks ein gut Teil der Isolation aufgrund verschiedener Nationalitäten und Arbeitsstätten überwunden haben, ein provozierender Dorn im Auge ist und sie fürchtet, ihre in der Vergangenheit gerade gegen die Ausländer nicht zimperlichen Sondereinheiten könnten sich nicht länger ungestraft zu gewalttätigen Ausfällen hinreißen lassen, zumal die CSL nicht nur in den Fabriken von Citroën die linken Gewerkschaften fürchten muß, sondern auch – zuletzt durch die Demonstration der 50000 am letzten Mittwoch in Paris – von seiten der gesamten politischen Linken gehörig unter Druck gekommen ist.

„CSL à la poubelle“ – CSL in den Mülleimer – war eine der offiziellen Parolen der Veranstalter, neben den Forderungen nach Würde und Freiheit, nach Verhandlungen, freien Betriebswahlen, 400 FFs mehr Lohn für alle und freie Verfügung über die 5. Urlaubswoche sowie Rücknahme der Entlassungen von Gewerkschaftsdelegierten. Angeschlossen hatten sich die Renault-, Dassault- und Talbot-Arbeiter, die von Post und Eisenbahn, Journalisten, Bankangestellte, Lehrer, verschiedene Frauenorganisationen und Ausländergruppen sowie einige Ortsverbände der Sozialistischen Partei. Ihre Parole: „Mehr Rechte für die Arbeiter, um den Wandel (le changement) zu bekräftigen!“

In diesem Satz kommt zum Ausdruck, daß die Arbeiter ihren Kampf, gewollt oder zufällig, zu einem sehr günstigen Termin begannen, was die relativ entgegenkommenden Schlichtungsvorschläge zur Folge hatte: Ein Jahr nach dem Wahlsieg der Linken, kurz bevor das „Projekt Auroux“ (der Reformvorschlag für die Betriebsverfassung von Arbeitsminister Auroux) in die parlamentarische Beratung gehen sollte, nach dem Erfolg der Renault-Arbeiter in Sachen Urlaub für die ausländischen Kollegen und angesichts der Gefahr für die Regierung, daß sich der Kampf bei Citroën zu einer breiten Protestbewegung für eine konsequentere Politik zugunsten der Lohnabhängigen auswachsen könnte, wurde folgendes in Aussicht gestellt: Reduzierung der innerbetrieblichen Umsetzungen, der Arbeitsvertrag soll den Arbeitsplatz konkret benennen, Einspruchsrecht bei Versetzungen, Vorlage einer Arbeitsordnung in drei Monaten, Verhandlungen über die Regelung des individuellen Beschwerderechts, Bewegungsfreiheit der Gewerkschaftsdelegierten und der Personalvertreter im Betrieb und ihr Recht, sich mit mehreren oder einzelnen Arbeitern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu unterhalten, Information über Lohnfestsetzung und Bandgeschwindigkeit, Regelaufstieg für angelernte Arbeiter nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit, 400 FFs mindestens mehr, 3,5% am 1. Juni, 2,5% im September und nochmal 1% im Dezember, Reallohnsicherung für die niedrigsten Lohngruppen, Übertragung nicht genommener Urlaubstage, keinerlei Sanktionen für die Streikenden und Bezahlung der Hälfte des verlorenen Lohnes gegen ½ zusätzlichen Arbeitstag im Monat.

Zweite westdeutsche Raffinerie soll geschlossen werden!

kvz. Nach der BP-Raffinerie Hünxe soll auch die Caltex-Raffinerie in Raunheim (Frankfurt) stillgelegt werden. Bei BP in Hünxe bedeutet dies den Verlust von 450 Arbeitsplätzen, bei Caltex in Raunheim werden es rund 380 sein. Lediglich in der Äthylen-Produktion, beim Produktumschlag und der Versorgung des Frankfurter Flughafens sollen etwa 220 Arbeitsplätze übrigbleiben. Die Belegschaft und der Betriebsrat der BP-Raffinerie Hünxe, die am 7.5. unter Verstoß gegen die Informationspflicht nach dem Betriebsverfassungsgesetz vom BP-Vorstandsvorsitzenden Buddenberg vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, arbeiten ein Gegenkonzept aus, das die Existenzberechtigung der Raffinerie beweisen und einen Plan beinhaltet wie die Produktion weitergeführt werden soll. Die Beschäftigten der Caltex-Raffinerie haben eine Delegation nach Hamburg geschickt um vor der Hauptverwaltung von Texaco gegen die Stillegung zu protestieren. Besonders empörte die Arbeiter und Angestellten, daß die beiden Muttergesellschaften, Texaco und Chevron 1,2 Milliarden Gewinn 1981 in die USA transferiert haben. Zu einer Kundgebung am Vorabend der Caltex-Aufsichtsratssitzung haben neben der IG Chemie und DGB, die SPD, CDU, FDP und die GRÜNEN aufgerufen. Das Ziel ihres Kampfes soll eine Umstrukturierung der Produktion sein, daß 100 Arbeitsplätze doch noch gerettet werden können.

bei Caltex in Raunheim werden es rund 380 sein. Lediglich in der Äthylen-Produktion, beim Produktumschlag und der Versorgung des Frankfurter Flughafens sollen etwa 220 Arbeitsplätze übrigbleiben. Die Belegschaft und der Betriebsrat der BP-Raffinerie Hünxe, die am 7.5. unter Verstoß gegen die Informationspflicht nach dem Betriebsverfassungsgesetz vom BP-Vorstandsvorsitzenden Buddenberg vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, arbeiten ein Gegenkonzept aus, das die Existenzberechtigung der Raffinerie beweisen und einen Plan beinhaltet wie die Produktion weitergeführt werden soll. Die Beschäftigten der Caltex-Raffinerie haben eine Delegation nach Hamburg geschickt um vor der Hauptverwaltung von Texaco gegen die Stillegung zu protestieren. Besonders empörte die Arbeiter und Angestellten, daß die beiden Muttergesellschaften, Texaco und Chevron 1,2 Milliarden Gewinn 1981 in die USA transferiert haben. Zu einer Kundgebung am Vorabend der Caltex-Aufsichtsratssitzung haben neben der IG Chemie und DGB, die SPD, CDU, FDP und die GRÜNEN aufgerufen. Das Ziel ihres Kampfes soll eine Umstrukturierung der Produktion sein, daß 100 Arbeitsplätze doch noch gerettet werden können.

Chemie-Kapitalisten lassen Tarifverhandlungen platzen

Chemie-Kapitalisten lassen Tarifverhandlungen platzen

geh. Nachdem der „GTaZ“, der größte Tarifpolitiker aller Zeiten, Horst Mettke, alle Tarifkommissionen der IG Chemie auf sein Konzept der Tarifrente festgelegt hatte, er dann nach zwei ergebnislos gebliebenen Verhandlungen dieses Ziel für dieses Jahr aufgegeben hatte, sind jetzt die Tarifkommissionen erst recht in Druck gekommen. Bei den hessischen Verhandlungen brachen die Chemie-Kapitalisten „à la Metall“ nach 2 Verhandlungen bei 3,8% ab und erklärten die Verhandlungen für gescheitert. Die Tarifkommission hatte gehofft, die 4,2%-Marke unter Hinweis auf die bessere Konjunktur in der Chemieindustrie überschreiten zu können. Dem setzten die Kapitalisten einen Dämpfer mit dem Scheitern und der nachfolgenden Schlichtung auf. Ihr Ziel ist es, in den Schlichtungsverhandlungen mit einem Mehrheitsspruch, der verbindlich wäre, bei 4,2% im Volumen zu landen. Die IG Chemie ist nach der gültigen Schlichtungsordnung verpflichtet, sich auf ein Schlichtungsverfahren einzulassen. Die Schlichtungsstelle besteht aus je 3 Mitgliedern der Gewerkschaft, bzw. des Arbeitgeberverbandes. Aus ihrer Mitte bestimmen sie einen Vorsitzenden, abwechselnd von der einen wie der anderen Seite. Kommt kein mehrheitlicher Schlichtungsspruch zustande, so gilt die Schlichtung als gescheitert. Dann ist erst die Friedenspflicht erloschen. Dann ist aber auch gewiß längst Urlaubszeit. Die Gewerkschaft hatte in Hessen 6,8% und eine Verdienstabsicherung für die Lohngruppen 6 und 7 um 0,25 DM bzw. 0,30 DM / Stunde gefordert. Ebenso hatte sie eine Einbeziehung der unteren Lohngruppen in diese Regelung gefordert. Die Kapitalisten waren bereit, die beiden oberen Lohngruppen in eine Verdienstsicherung einzubeziehen – keinesfalls aber die unteren.

Italiens Kapitalisten kündigen scala mobile

kvz. Einseitig hat der italienische Kapitalistenverband Confindustria am 1. Juni das 7 Jahre alte Tarifabkommen über die scala mobile aufgekündigt. Das Abkommen, dessen Laufzeit am 31.1. 1983 endet, sah die regelmäßige vierteljährliche einheitliche Anpassung aller Löhne an die amtliche Inflationsrate vor. Seit Monaten schon will der Unternehmerverband eine Änderung des Abkommens erzwingen, trotzdem kam die provokatorische Aufkündigung jetzt überraschend. Noch am Tag der Bekanntgabe dieses Schritts kam es im ganzen Land zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Die Vereinigung der drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL rief am Abend zu einem vierstündigen Proteststreik in allen Betrieben auf, die dem Unternehmerverband angeschlossen sind. In Rom kursieren wieder mal Gerüchte über einen Regierungswechsel, hatte es Spadolini doch als eine seiner Hauptaufgaben angesehen, den Kapitalisten des Landes die Lohnkosten zu senken. Die Kapitalisten begründen ihren Schritt mit dem Druck der internationalen Konkurrenz. Kommt nun bis Januar kein neues Abkommen zustande, so tritt die Regelung von 1957 wieder in Kraft, die zwar auch einen gewissen Inflationsausgleich vorsieht, aber eben nur 55 – 60% der Regelung im Rahmen der scala mobile.

kvz. Einseitig hat der italienische Kapitalistenverband Confindustria am 1. Juni das 7 Jahre alte Tarifabkommen über die scala mobile aufgekündigt. Das Abkommen, dessen Laufzeit am 31.1. 1983 endet, sah die regelmäßige vierteljährliche einheitliche Anpassung aller Löhne an die amtliche Inflationsrate vor. Seit Monaten schon will der Unternehmerverband eine Änderung des Abkommens erzwingen, trotzdem kam die provokatorische Aufkündigung jetzt überraschend. Noch am Tag der Bekanntgabe dieses Schritts kam es im ganzen Land zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Die Vereinigung der drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL rief am Abend zu einem vierstündigen Proteststreik in allen Betrieben auf, die dem Unternehmerverband angeschlossen sind. In Rom kursieren wieder mal Gerüchte über einen Regierungswechsel, hatte es Spadolini doch als eine seiner Hauptaufgaben angesehen, den Kapitalisten des Landes die Lohnkosten zu senken. Die Kapitalisten begründen ihren Schritt mit dem Druck der internationalen Konkurrenz. Kommt nun bis Januar kein neues Abkommen zustande, so tritt die Regelung von 1957 wieder in Kraft, die zwar auch einen gewissen Inflationsausgleich vorsieht, aber eben nur 55 – 60% der Regelung im Rahmen der scala mobile.

Sonderopfer für Beamte gescheitert?

kvz. Seit rund 10 Jahren wird die für Arbeiter und Angestellte vereinbarte Tariferhöhung für Beamte in einem entsprechenden Besoldungsanpassungsgesetz übernommen. Wenn es nach den Absichten der Bundesregierung geht, soll das dieses Jahr nicht geschehen. Bereits am 7.5.82 ließ Bundesinnenminister Baum ein gesetzlich vorgeschriebenes „Beteiligungsgespräch“ platzen. War noch nicht klar, ob und in welchem Rahmen die Tariferhöhung auch auf die Beamten übertragen werden solle. Inzwischen ist das klar. Es soll nicht in vollem Rahmen übertragen werden. Die Gehälter sollen erst zum 1. August um 3,6% erhöht werden. War schon für die Arbeiter und Angestellten die Anpassung der Löhne und Gehälter um 2 Monate hinausgezögert worden, wäre jetzt bei den Beamten noch ein weiteres Vierteljahr hinzugekommen. Damit wäre dann die Erhöhung von der Zahl 3,6 auf reale 2,1% plus die Einmalzahlung von 40 DM gedrückt. Als Alternative haben die beiden sozialdemokratisch regierten Bundesländer Hamburg und NRW eine Begrenzung der Gehaltsverbesserung maximal auf den Erhöhungsbetrag des Endgrundgehaltes A 16 für die Gehaltsgruppen B 3 aufwärts vorgeschlagen. Nun haben aber die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie auch die Länderchefs von Bayern und Rheinland-Pfalz erklärt, daß sie eine Herausschiebung oder sonstige Ungleichbehandlung der Beamten gegenüber den anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht zulassen würden.

Inzwischen haben sich alle Beteiligten – die Direktion, die hauseigene Zwangsgewerkschaft CSL (Confédération des syndicats libres) und die CGT als stärkste linke Gewerkschaft („nach einer umfassenden Konsultation der Basis über die Vermittlungsvorschläge des Schlichters“) – zufrieden über den vorläufigen Ausgang des Kampfes gezeigt, was nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß doch, gemessen an den hierzulande für einen Großbetrieb kaum vorstellbaren entwürdigenden Arbeits- und Lebensbedingungen bei Citroën, eine Reihe materieller Rechte erstritten wurde. Die CSL als Vertrete-

Mülleimer – war eine der offiziellen Parolen der Veranstalter, neben den Forderungen nach Würde und Freiheit, nach Verhandlungen, freien Betriebswahlen, 400 FFs mehr Lohn für alle und freie Verfügung über die 5. Urlaubswoche sowie Rücknahme der Entlassungen von Gewerkschaftsdelegierten. Angeschlossen hatten sich die Renault-, Dassault- und Talbot-Arbeiter, die von Post und Eisenbahn, Journalisten, Bankangestellte, Lehrer, verschiedene Frauenorganisationen und Ausländergruppen sowie einige Ortsverbände der Sozialistischen Partei. Ihre Parole: „Mehr Rechte für die Arbei-

mit mehreren oder einzelnen Arbeitern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu unterhalten, Information über Lohnfestsetzung und Bandgeschwindigkeit, Regelaufstieg für angelernte Arbeiter nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit, 400 FFs mindestens mehr, 3,5% am 1. Juni, 2,5% im September und nochmal 1% im Dezember, Reallohnsicherung für die niedrigsten Lohngruppen, Übertragung nicht genommener Urlaubstage, keinerlei Sanktionen für die Streikenden und Bezahlung der Hälfte des verlorenen Lohnes gegen ½ zusätzlichen Arbeitstag im Monat.

US-Einwanderungsbehörde macht Razzia auf mexikanische Arbeiter

ans.Berkeley.USA. „Operation Arbeitsplatz“ – so nannte die US-Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde (INS) ihre wilden Razzien, die sie Ende April in neun großen amerikanischen Städten veranstaltete. Vorgefahren mit mehreren Gefangenenwagen und großen Bussen umringten Dutzende von Beamten der INS und Grenzpolizisten jeweils die Werkstätten, Restaurants, Fabriken; auf Kommando stürzten sie hinein, schrien „stop“ auf spanisch, verlangten Pässe

US-Einwanderungsbehörde macht Razzia auf mexikanische Arbeiter

ans.Berkeley.USA. „Operation Arbeitsplatz“ – so nannte die US-Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde (INS) ihre wilden Razzien, die sie Ende April in neun großen amerikanischen Städten veranstaltete. Vorgefahren mit mehreren Gefangenenwagen und großen Bussen umringten Dutzende von Beamten der INS und Grenzpolizisten jeweils die Werkstätten, Restaurants, Fabriken; auf Kommando stürzten sie hinein, schrien „stop“ auf spanisch, verlangten Pässe

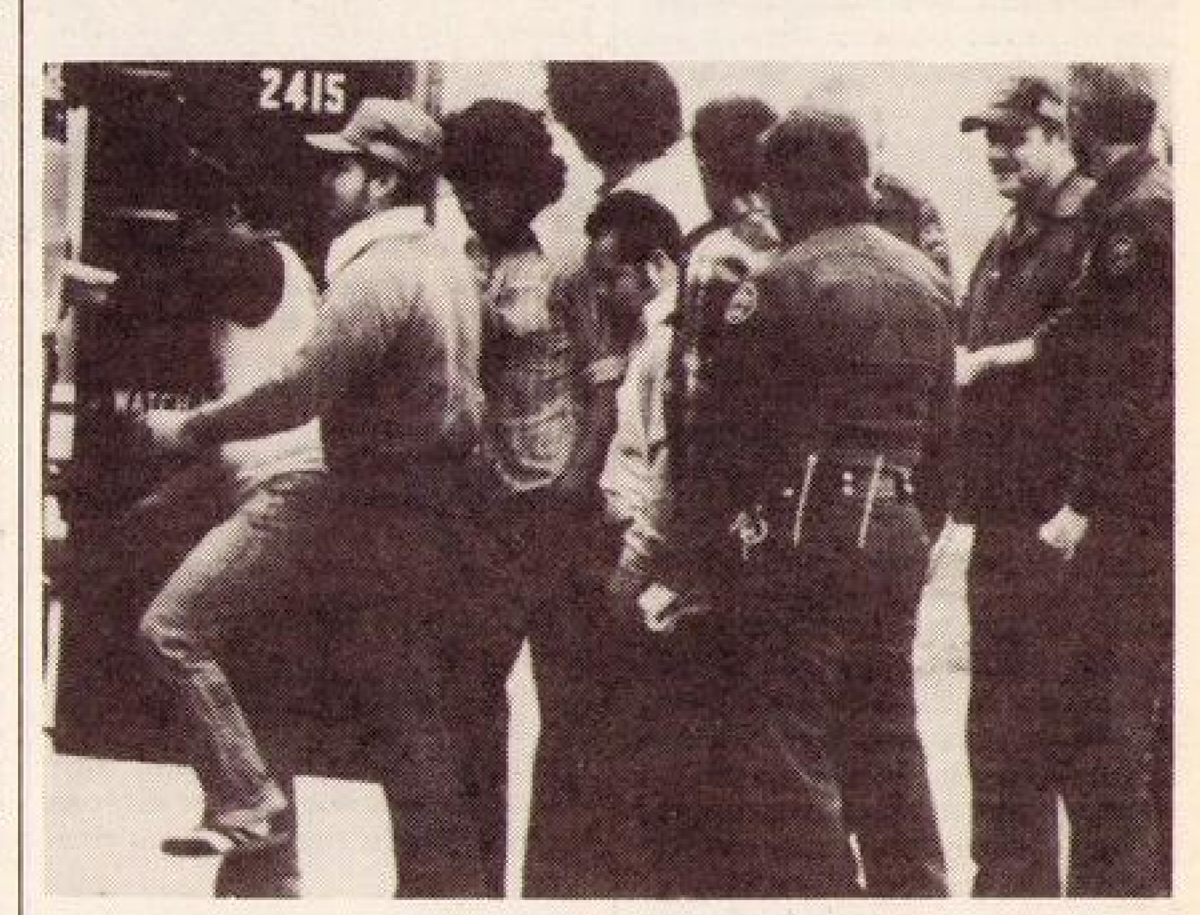
oder Arbeitserlaubnispapiere. Wer sich nicht ausweisen konnte, wurde in Handschellen in die Gefangenenwagen verfrachtet. Insgesamt 5500. Haftbefehle existierten nicht. Um Aufstellungen, wer so festgehalten wurde, scherte sich die INS nicht. Rechtsanwälte wurden vielfach verweigert. Manch einer der gefangenen Arbeiter wurde gezwungen, seine „freiwillige Ausweisung“ zu unterschreiben.

Ein Arbeitgeber aus der Gegend von Chicago dazu: „Sie hielten jeden an, der eine dunkle Hautfarbe hatte. Es war eine rassistische Sache.“ 80% der Festgenommenen – von denen sich hinterher ein großer Teil ausweisen konnte – waren Mexikaner oder spanisch sprechende Arbeiter. An der Ostküste machte die INS auch Jagd auf westindische, haitische, dominikanische Arbeiter.

Die US-Imperialisten kontrollieren rund 60% der mexikanischen Wirtschaft. Die immense Arbeitslosigkeit um 50% – in ländlichen Gebieten bis zu 80% – treibt Millionen von mexikanischen Arbeitern in die USA, wo sie gezwungen sind, die härteste, dreckigste, gefährlichste und schlecht bezahlteste Arbeit aufzunehmen, für durchschnittlich 4,75 $ die Stunde.

Ein leitender Angestellter der nordkalifornischen Geflügelfabrik: „Sie hängen Hühner auf, schneiden ihnen die Kehle durch. Sie arbeiten stehend in Eingeweiden und Blut; es ist feucht und kalt, die ganze Zeit. Ich würde diese Art von Arbeit nicht machen.“ Ein Manager der Petaluma Geflügelfabrik über die ersatzweise für die Festgenommenen eingestellten Arbeiter: „Sie sind umgefallen wie die Fliegen, sechs und sieben am Tag!“

Gewerkschaften, Bürgerrechtsorganisationen, religiöse, humanistische Gruppen und Ausländervereinigungen protestierten, führten Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen vor den Sitzen der INS durch.



Ein Sprecher der „Mexican-American-Community“ in Chicago sagte, die Reagan-Regierung versuche, „eine Atmosphäre der Hysterie und der Fremdenfeindlichkeit zu schaffen, um das amerikanische Volk daran zu hindern, die wahren Gründe für die Arbeitslosigkeit zu sehen“. Rund 9%, d.h. 10 Millionen Amerikaner sind arbeitslos, Mel Manson, sozialistischer Stadtrat in Seaside, California, zu der „Operation Arbeitsplätze“: „Die Regierung behauptet, daß die ausländischen Arbeiter den einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen. Arbeitsplätze werden gestohlen, das ist wahr, aber nicht durch die eingewanderten Arbeiter. Sie werden gestohlen durch die Gesellschaften, die dicht machen, weil der Profit nicht mehr stimmt; durch die Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsprogrammen; weil Gelder, mit denen Jobs geschaffen werden könnten, in den Kriegshaushalt gehen. Die ‚Arbeitsplätze‘ für die Jungen: die US-Army.“

Die Großrazzien der INS – auch ohne solche finden wöchentlich 3700 ähnliche Festnahmen statt – fallen zusammen mit den Versuchen der US-Regierung, die Ausländergesetzgebung zu verschärfen. Der Simpson-Mazzoli-Entwurf sieht eine Höchstgrenze von 425000 Einwanderungen jährlich vor. Er beseitigt die sogenannte „Fünfte Priorität“ der Einwanderungskategorien, nach der Brüder und Schwestern von US-Bürgern zu ihren Verwandten in die USA reisen können. Arbeitgeber, die illegale Arbeiter einstellen, sollen schärfer bestraft werden. US-Bundesanwalt, Joe Russoniello, untersucht, welche im Ausland geborenen US-Bürger zweisprachige Stimmzettel verlangen.

Von Michael Ackermann

Alternative Produktion:

Bestechendes Beispiel

Mike Cooley, Lucas Aerospace und das Herangehen an Wissenschaft und Technik unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Ein Beispiel für die Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit und der Entfremdung des Arbeiters von seinen Produkten.

Das im Mai erschienene Buch von Mike Cooley (1), „Produkte für das Leben, statt Waffen für den Tod" (2) hat der Rowohlt Verlag eigentlich mit einem etwas irreführenden Titel ausgestattet. Denn die Originalausgabe zeigte eine für meine Begriffe weiterreichende Intention:
„Baumeister oder Biene", so der ursprüngliche Titel, der gerade Bezug nimmt auf ein Vorwort, das Mike Cooley seinem Buch vorangestellt hat. Es ist ein Satz von Karl Marx aus dem Kapital Bd. I:
„... eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war."

Mike Cooley hat mit diesem Zitat nämlich die Leitschnur seiner Darstellung formuliert – die schöpferische Kraft des Menschen, die in der Einheit von Kopf- und Handarbeit ihre Vollendung findet. Die Zerstörung dieser Einheit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der Kampf um die Wiederherstellung dieser Einheit in einer „menschenwürdigen Produktion", das ist sein Anliegen.

Insoweit ist es falsch, das Beispiel Lucas Aerospace allein unter dem Gesichtspunkt der Umwandlung von Rüstungsproduktion in andere, alternative Produktion, auch genannt Rüstungskonversion, zu behandeln. Die folgende Darstellung des Beispiels Lucas Aerospace soll die weit über diesen Bereich hinausgehenden politischen Ansätze verdeutlichen.

Die Entstehung des Beispiels Lucas Aerospace
Lucas Aerospace ist eine hundertprozentige Tochter von Lucas Industries, eines riesigen Konzerns (Hauptsitz England), mit Griff auf die Automo-

ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war."
Mike Cooley hat mit diesem Zitat nämlich die Leitschnur seiner Darstellung formuliert – die schöpferische Kraft des Menschen, die in der Einheit von Kopf- und Handarbeit ihre Vollendung findet. Die Zerstörung dieser Einheit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der Kampf um die Wiederherstellung dieser Einheit in einer „menschenwürdigen Produktion", das ist sein Anliegen.
Insoweit ist es falsch, das Beispiel Lucas Aerospace allein unter dem Gesichtspunkt der Umwandlung von Rüstungsproduktion in andere, alternative Produktion, auch genannt Rüstungskonversion, zu behandeln. Die folgende Darstellung des Beispiels Lucas Aerospace soll die weit über diesen Bereich hinausgehenden politischen Ansätze verdeutlichen.

Die Entstehung des Beispiels Lucas Aerospace

Lucas Aerospace ist eine hundertprozentige Tochter von Lucas Industries, eines riesigen Konzerns (Hauptsitz England), mit Griff auf die Automobil- und Luftfahrtindustrie. Seit 1972 verstärkte Lucas seine Aktivitäten im Ausland, bei gleichzeitiger verschärfter Rationalisierung in England selbst, von 80000 (1970) auf 70000 (1978) Beschäftigte. Lucas Aerospace selbst ist im zivilen Bereich an der Herstellung der ‚Concorde', der sowjetischen ‚TU 144', des ‚A 300 B'-Airbus und von ‚Lockheed Tristar' beteiligt, im militärischen Bereich am Bau von ‚MRCA Tornado', des ‚Jaguar' und der britischen Kampfflugzeuge ‚Hawk' und ‚Harrier'. Ca. 50% des Umsatzes holt Lucas Aerospace aus Rüstungsaufträgen. Die Belegschaft bei Lucas Aerospace selbst wurde von 18000 (1970) auf 11000 (1981) reduziert.

Ausgangspunkte der Auseinandersetzung bei Lucas Aerospace waren bevorstehende Rationalisierungspläne. Zum einen hatte die Konzernleitung Rationalisierungsmaßnahmen angekündigt, zum anderen war in den beiden Wahlen von 1974 die Labour Party mit einem Programm zur generellen Rüstungskürzung (ca. 25%) angetreten. Eine Einschränkung im Bereich der Luftfahrtindustrie war exakt angepeilt.

Die Shop Stewards (Vertrauensmänner der Belegschaft/Gewerkschaft), zusammengeschlossen im Combine, wußten, daß eine Rationalisierungswelle auf die Belegschaft zukommen würde. Diese Kürzungen sah das Combine „als sowohl unvermeidbar wie auch als erstrebenswert an. In der Tat ist es die nationale Strategie fast aller Gewerkschaften, die im Combine vertreten sind, daß es Kürzungen im Rüstungsbudget geben sollte". Um nun aber durch die Drohung mit Rationalisierung via Kürzung der Rüstungsausgaben nicht in die Defensive zu kommen, oder gar die Erfüllung von Rüstungsaufträgen einzufordern, galt es eine Alternative zu entwickeln. Sie entstand in dem Plan der „Produktion von sozial nützlichen Gütern". Mike Cooley: „Es erschien uns absurd, daß wir all dieses Können und Wissen besaßen, dazu die nötigen Produktionsmittel, bei bestehendem dringendem Bedarf der Gesellschaft nach Geräten und Dienstleistungen, die wir bieten konnten, die Marktwirtschaft aber nicht in der Lage zu sein schien, diese beiden Seiten miteinander zu verknüpfen. Was dann geschah, bildet eine wichtige Lektion für diejenigen, die analysieren wollen, wie die Gesellschaft verändert werden kann." (S. 95)

Das Projekt „Produktion sozial nützlicher Güter"

Das Combine verschickte 180 Briefe, in denen Zusammensetzung der Belegschaft nach Altersgruppen, Qualifikationen und Können sowie die vorhandenen Fertigungsanlagen und Labors detailliert beschrieben waren, die zur Verfügung standen. Desgleichen für die wissenschaftlichen Angestellten und die vorhandenen Konstruktionskapazitäten. Die Briefe gingen an Behörden, Universitäten, Gewerkschaften und Einzelpersonen – vor allem an solche, die in der Vergangenheit auf die „Humanisierung der Arbeitswelt" gepocht hatten. Mit Ausnahme von vier Einzelpersonen meldete sich niemand auf die Frage: „Was könnte eine Belegschaft mit dieser Kapazität produzieren, das im gesamtgesellschaftlichen Interesse läge?"

Seiten miteinander zu verknüpfen. Was dann geschah, bildet eine wichtige Lektion für diejenigen, die analysieren wollen, wie die Gesellschaft verändert werden kann." (S. 95)
Das Projekt „Produktion sozial nützlicher Güter"
Das Combine verschickte 180 Briefe, in denen Zusammensetzung der Belegschaft nach Altersgruppen, Qualifikationen und Können sowie die vorhandenen Fertigungsanlagen und Labors detailliert beschrieben waren, die zur Verfügung standen. Desgleichen für die wissenschaftlichen Angestellten und die vorhandenen Konstruktionskapazitäten. Die Briefe gingen an Behörden, Universitäten, Gewerkschaften und Einzelpersonen – vor allem an solche, die in der Vergangenheit auf die „Humanisierung der Arbeitswelt" gepocht hatten. Mit Ausnahme von vier Einzelpersonen meldete sich nie-

Nach diesem „Reinfall" kam man zu der Erkenntnis: Warum haben wir nicht unsere Arbeiter und Wissenschaftler selber gefragt? Man setzte nun eine Umfrage im eigenen Betrieb in Gang. Innerhalb von ein paar Wochen lagen 150 Produktideen vor. Mike Cooley:

„Wir strebten bewußt eine breite Produktpalette an, die einerseits Produkte umfassen sollte, die in sehr kurzer Zeit entworfen und gebaut werden konnten, und andererseits solche, die eine lange Enwicklungszeit brauchen; Produkte, die in einem Land wie England, also einer industriellen Metropole, und andere, die in der Dritten Welt Anwendung finden konnten, ohne Käufer oder Verkäufer auszubeuten. Und schließlich suchten wir nach eine Produktpalette, die unter den heutigen Bedingungen der Marktwirtschaft Gewinn brachte, aber auch Produkte enthielt, die nicht unbedingt profitabel, dafür aber sozial nützlich waren."

Mit den Plänen trat man an den Konzern und die Regierung heran – Reaktion Ablehnung. Daraufhin begannen Techniker, Wissenschaftler und angelernte Arbeiter aus der Produktion selbständig, Prototypen ihrer Produktideen zu bauen. Ein paar Beispiele dafür:
„Kollegen aus einem anderen Lucas-Werk stießen auf die Tatsache, daß 30 Prozent derjenigen, die an einem Infarkt umkommen, in der Zeit zwischen der Herzattacke und dem Eintreffen auf der Intesivstation sterben. Sie entwickelten ein leichtes, einfaches, tragbares System zur Unterstützung der wichtigsten Lebensfunktionen, das im Rettungswagen mitgeführt ... wird."

Entwürfe für verschiedene Sonnenkollektoren wurden für eine alternative Energieversorgung und Energieeinsparung konstruiert.

Ein neuartiger Hybridantrieb für Automobile wurde entwickelt. Alte Vorschläge sahen den Antrieb vermittels Batterie vor, was umständlich ist. Der Ansatz der Luftfahrttechniker war ganz anders. Elektromotor und Verbrennungsmotor wurden miteinander verbunden. Der kleine Verbrennungsmotor, der immer im günstigsten Drehzahlbereich arbeitet, treibt einen Generator an, der wiederum eine kleine Batterieeinheit auflädt. Darüber wird der Elektromotor angetrieben. Der Brennstoffverbrauch bei dieser Maschine soll um 50% sinken, der Antrieb des Autos soll ca. 15 Jahre halten.

Sodann wurde ein Fahrzeug für Straßen- und Schieneneinsatz gebaut. Nicht nur der variable Einsatz ist dabei hervorstechend, sondern vor allem die Überlegung, daß dieses Fahrzeug für Länder Dritten Welt kostspielige Streckenverlegung erübrigen würde, da das Fahrzeug dann auf Radbetrieb umgestellt werden kann, wenn enorme Steigungen zu bewältigen sind.

Zu einer weiteren Schöpfung – den telechirischen Geräten – nochmal Mike Cooley: „Einer der politisch und technologisch bedeutendsten Vorschläge in unserem alternativen Produktionsplan betrifft die Konstruktion von telechirischen Geräten – ‚mechanischen Händen'. Mit diesen Systemen wäre der Mensch auf Realzeitbasis ständig im Vollbesitz der Kontrolle über Arbeiten, die heute vollautomatisiert werden. Das System würde die Arbeiten nur nachvollziehen, nicht aber verdinglichen." (S. 113) *(Siehe Bild)*

Technik und Wissenschaft im Kapitalismus

An den genannten Beispielen wurde schon deutlich, daß in dem Plan der Arbeiter und Techniker von Lucas Aerospace eine ganz andere Herangehensweise an die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Produktivkräfte angelegt ist. Denn hier werden die Potenzen der geistigen und körperlichen Arbeit nicht zu Kapitaleigenschaften, sondern erscheinen wieder in den Händen der Produzenten.

Telechirisches Kohleförderungsgerät: Der Arbeiter braucht nicht mehr unter Tage zu arbeiten, lenkt das

gestellt werden kann, wenn enorme Steigungen zu bewältigen sind.
Zu einer weiteren Schöpfung – den telechirischen Geräten – nochmal Mike Cooley: „Einer der politisch und technologisch bedeutendsten Vorschläge in unserem alternativen Produktionsplan betrifft die Konstruktion von telechirischen Geräten – ‚mechanischen Händen'. Mit diesen Systemen wäre der Mensch auf Realzeitbasis ständig im Vollbesitz der Kontrolle über Arbeiten, die heute vollautomatisiert werden. Das System würde die Arbeiten nur nachvollziehen, nicht aber verdinglichen." (S. 113) (Siehe Bild)
Technik und Wissenschaft im Kapitalismus
An den genannten Beispielen wurde schon deutlich, daß in dem Plan der Arbeiter und Techniker von Lucas Aerospace eine ganz andere Herangehens-

Telechirisches Kohleförderungsgerät: Der Arbeiter braucht nicht mehr unter Tage zu arbeiten, lenkt das Gerät von außen. Kosten der Kohleförderung können gemindert werden, Ventilation entfällt. Die Kohle könnte aus enormen Tiefen gefördert werden.

In der kapitalistischen Produktion wird der Arbeiter zum Anhängsel der Maschinerie, und er wird dem Produkt seiner Arbeit entfremdet. Wissenschaft und Technik werden zu Eigenschaften des Kapitals.

„Die Wissenschaft, die die unbelebten Glieder der Maschinerie zwingt, durch ihre Konstruktion zweckgemäß als Automat zu wirken, existiert nicht im Bewußtsein des Arbeiters, sondern wirkt durch die Maschine als fremde Macht auf ihn, als Macht der Maschine selbst." (Marx, Grundrisse, S. 548)

Diesen Vorgang, daß Wissenschaft und Technik im Interesse des Kapitals eingesetzt wird, daß die Produktivkräfte aber nicht mit dem Ziel der Produktion von Gebrauchswerten zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern über den Tauschwert zur Steigerung des Profits eingesetzt werden, greift Mike Cooley in seinem Buch auf. Dabei entwickelt er, daß Wissenschaft und Technik nicht nur Mittel des Kapitals sind für die Auspressung von Mehrarbeit, sondern auch zunehmend zu Mitteln der Kontrolle der Produzenten im Produktionsprozeß selber werden. Dabei legt er besondern Wert auf die Tatsache, daß dieser Prozeß zunehmend auch im Bereich der „Kopfarbeit" voranschreitet.

Arbeit nicht zu Kapitaleigenschaften, sondern erscheinen wieder in den Händen der Produzenten.
In der kapitalistischen Produktion wird der Arbeiter zum Anhängsel der Maschinerie, und er wird dem Produkt seiner Arbeit entfremdet. Wissenschaft und Technik werden zu Eigenschaften des Kapitals.
„Die Wissenschaft, die die unbelebten Glieder der Maschinerie zwingt, durch ihre Konstruktion zweckgemäß als Automat zu wirken, existiert nicht im Bewußtsein des Arbeiters, sondern wirkt durch die Maschine als fremde Macht auf ihn, als Macht der Maschine selbst." (Marx, Grundrisse, S. 548)
Diesen Vorgang, daß Wissenschaft und Technik im Interesse des Kapitals eingesetzt wird, daß die Produktivkräfte aber nicht mit dem Ziel der Produktion von Gebrauchswerten zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern über den Tauschwert zur Steigerung des Profits eingesetzt werden, greift Mike Cooley in seinem Buch auf. Dabei entwickelt er, daß Wissenschaft und Technik nicht nur Mittel des Kapitals sind für die Auspressung von Mehrarbeit, sondern

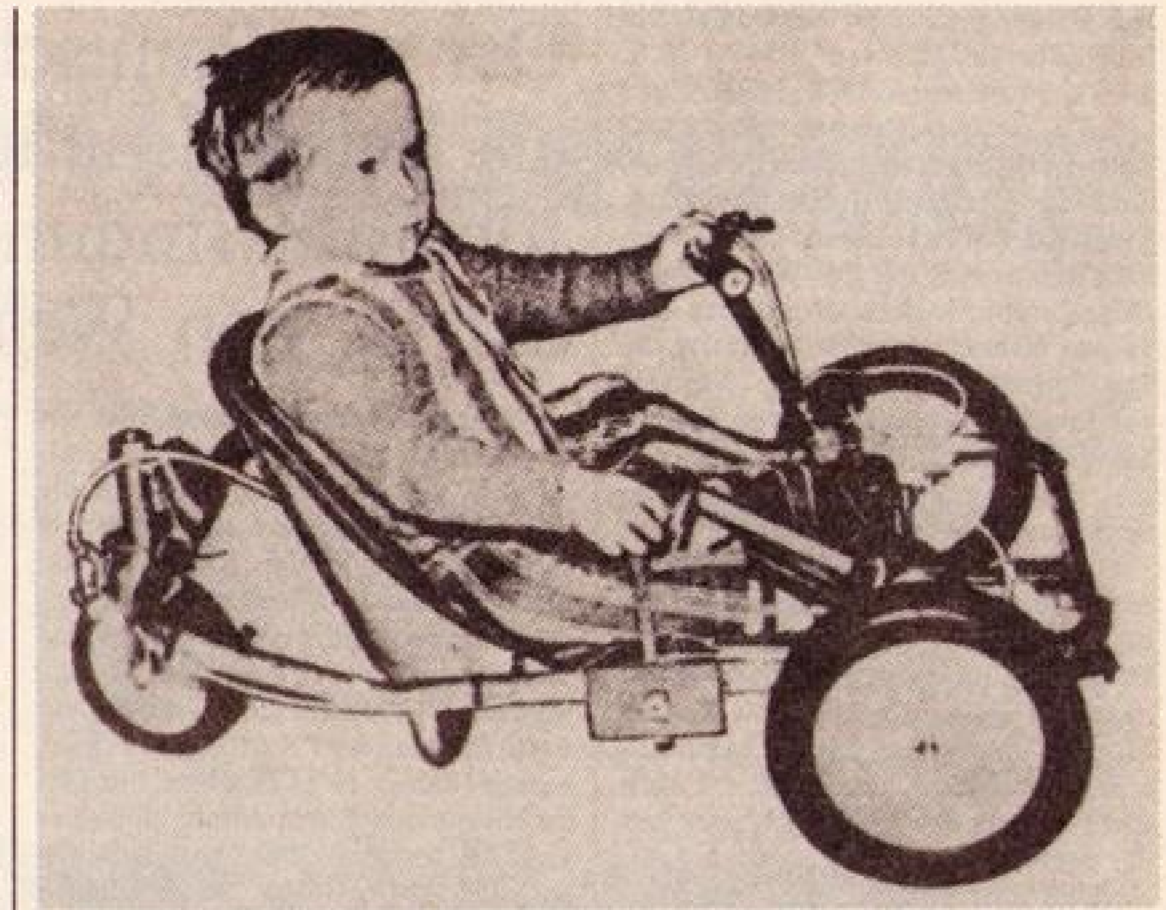
Am Beispiel der Computerisierung legt er dar, daß die Taylorisierung der Kopfarbeit mit riesigen Schritten vor sich geht. Sein Beispiel, technisches Zeichnen:
„Bis in die vierziger Jahre dieses Jahrhunderts lag der gesamte Vorgang des Entwerfens beim technischen Zeichner allein. Er konnte ein Teil entwerfen, zeichnen, seine Belastbarkeit ermitteln, das Material und das richtige Schmiermittel bestimmen. Heute ist diese Arbeit in einzelne, isolierte Funktionen zerlegt. Der Konstrukteur entwirft, der Zeichner zeichnet, der Metallurge bestimmt das Material, weitere Spezialisten errechnen die Belastbarkeit, Zerspanungsbedingungen, Kühlung usw. Jede dieser Teilfunktionen kann heute von Computern übernommen werden ..." (S. 10)

Die Folge ist nicht nur eine Entwertung von Arbeitskraft, eine zunehmende Teilung der Arbeit und damit Einschränkung der „Kreativität" des Arbeiters/Technikers, sondern in der Tendenz besteht die sogenannte Enteignung des Wissens durch den Computer. Der Techniker mag in bestimmten Fällen am Entwurfscomputer zwar noch die Eingaben machen, dieser speichert aber faktisch dessen Fähigkeiten auf, macht sie abrufbar zu jeder Zeit, läßt das Wissen faktisch in den Computer übergehen. Mike Cooley stellt dar, daß dies eine schon häufig angewandte Methode in den USA ist.

hunderts lag der gesamte Vorgang des Entwerfens beim technischen Zeichner allein. Er konnte ein Teil entwerfen, zeichnen, seine Belastbarkeit ermitteln, das Material und das richtige Schmiermittel bestimmen. Heute ist diese Arbeit in einzelne, isolierte Funktionen zerlegt. Der Konstrukteur entwirft, der Zeichner zeichnet, der Metallurge bestimmt das Material, weitere Spezialisten errechnen die Belastbarkeit, Zerspanungsbedingungen, Kühlung usw. Jede dieser Teilfunktionen kann heute von Computern übernommen werden ..." (S. 10)
Die Folge ist nicht nur eine Entwertung von Arbeitskraft, eine zunehmende Teilung der Arbeit und damit Einschränkung der „Kreativität" des Arbeiters/Technikers, sondern in der Tendenz besteht die sogenannte Enteignung des Wissens durch den Computer. Der Techniker mag in bestimmten Fällen am Entwurfscomputer zwar noch die Eingaben machen, dieser speichert aber faktisch dessen Fähigkeiten auf, macht sie abrufbar zu jeder Zeit, läßt das Wissen faktisch in den Computer übergehen. Mike Cooley stellt dar, daß dies eine schon häufig angewandte Methode in den USA ist.

Fortsetzung in der nächsten KVZ

Kann man Großtechnologie nutzen?
Das Problem der Arbeiterselbstverwaltung bei Lucas Aerospace
Perspektiven des Modell-Plans und seine Grenzen
Alternative Produktionsweise gegen kapitalistische Produktionsweise?



Noch bevor wir mit unserem Plan begannen, besuchten die Mitglieder unserer Gewerkschaft ein Zentrum für an Spina Bifida – einer Mißbildung der Wirbelsäule – erkrankte Kinder. Sie waren entsetzt, als sie sahen, daß sich die Kinder nur am Boden krabbelnd fortbewegen konnten, und entwarfen deshalb ein Gerät, das später als „Hob-Cart" bekannt wurde. Lucas aber wollte sie nicht bauen, weil sich das Gefährt angeblich nicht mit der übrigen Lucas-Produktpalette vertrug ... Mike Parry Evans, der Erfinder des Hob-Cart, sagte, es sei eine der schönsten Erfahrungen seines Lebens gewesen, als er sein Gefährt in das Zentrum schaffte und die Freude im Gesicht des Kindes sah, das es als erstes benutzte. Zum ersten Mal in seinem ganzen Berufsleben sah er einen Menschen das Produkt benutzen, das er entworfen und konstruiert hatte ... Die Arbeit an diesem Gerät war befriedigend, weil er in einem interdisziplinären Team arbeitete, zu dem ein Arzt, ein Physiotherapeut und ein Sozialarbeiter gehörten. *Mike Cooley*

(1) Mike Cooley war Chef-Konstrukteur bei Lucas Aerospace und Vorsitzender der Techniker-Gewerkschaft TASS für diesen Bereich. 1981 wurde Mike Cooley entlassen. Im selben Jahr erhielt er in Stockholm den Alternativen Nobelpreis.
(2) Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace, rororo 4830, 8,80 DM

Diskussion über Rüstungskonversion

Über eine Tagung in der ev. Akademie Tutzing

ged. Zu der Veranstaltung in Tutzing am 14. und 15. Mai, an der sich u.a. Klaus Mehrens vom IG-Metall-Hauptvorstand und Betriebsratsmitglieder von Krauss-Maffei, Dornier und MTU beteiligten, war auch ein Vertreter von Lucas Aerospace erschienen. Ein Ergebnis vor allem des zweiten Tages dieser Veranstaltung, an dem die Gewerkschafter zu Wort kamen, ist, daß es wenig Sinn hat, die Diskussion um Rüstungskonversion losgelöst von einer Gesamtstrategie der Friedensbewegung für Blockfreiheit und des Kampfes für die Interessen der Arbeiter- und Volksmassen zu führen. Mehrens wollte die gewerkschaftlichen Bemühungen für Rüstungskonversion in der BRD nur als flankierende Maßnahme zu den Abrüstungsverhandlungen verstanden wissen: Dort solle man nicht sagen können, Abrüstung sei aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung nicht möglich. Er grenzte sich vom Beispiel Lucas Aerospace ab, das auf Arbeiterselbstverwaltung ziele: Dieser Versuch sei gescheitert. Die IGM versuche ihre Arbeitsgruppen für Rüstungskonversion – es gibt sie z.B. bei MAK Kiel oder auch bei Blohm&Voss Hamburg – in Anerkennung der Investitionsautonomie der Kapitalisten in die Unternehmen zu integrieren.

Während Mehrens stillschweigend von der gegenwärtigen Konstellation der Militärblöcke ausging und die Gewerkschaftsbewegung als Helfer für die Regierungspolitik vorstellte, drückten sich die Betriebsräte schon etwas deutlicher aus: Die Leute, die sie vertreten, ständen zur NATO und zur Bundeswehr. Die Strategie der Abschreckung hätte sich bewährt. Die Waffen, die die Bundeswehr brauche, sollten auch hier in den Rüstungsbetrieben produziert werden und nicht anderswo. Man gehe in den Betrieben davon aus, daß man „Edelschrott" produziere, d.h. die Abschreckung werde auch in Zukunft funktionieren, so daß die Waffen nicht zum Einsatz kommen würden.

Die Kritiker aus den Reihen der Friedensbewegung bemühten sich zum einen, nachzuweisen, daß durch Rüstungsausgaben weniger Arbeitsplätze gesichert würden als durch Ausgaben in den Bereichen Umwelt und Soziales. Sie stützten sich dabei auf die Darlegungen Huffschmidts (Universität Bremen) während dieser Tagung. Zum anderen wurde vertreten, daß man der drohenden Katastrophe nur entgehen könne, wenn die Rüstung eingestellt würde, gleichgültig, ob alle Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie durch Umstellung auf zivile Produktion erhalten werden könnten. Es sei eine Illusion zu meinen, man könne der Katastrophe, ohne Opfer zu bringen, entgehen.

Gegenüber der Forderung nach Rüstungskonversion zeigten sich die Betriebsräte auf ihre Art aufgeschlossen: Sie wären ohnehin bestrebt, die Abhängigkeit von staatlichen Rüstungsaufträgen bei der gegenwärtigen auch auf diesem Gebiet schlechten Auftragslage zu mindern. Es dürften nur nicht Dinge wie Nachttöpfe sein, denn damit ließen sich die technologischen Kapazitäten der Rüstungsbetriebe nicht ausschöpfen, und die wären auch nicht „marktfähig".

Der mexikanische Muralismo als Beispiel nationaler Identitätsfindung in Ländern der Dritten Welt

rük. Westberlin. In der Nationalgalerie in Westberlin läuft vom 6.5. bis 20.6. 1982 die Ausstellung Wand Bild Mexico, d.h. sie überschneidet sowohl den Zeitraum der Lateinamerikatage als auch das jetzt anlaufende Horizonte-Festival der Weltkulturen. Die Ausstellung befaßt sich mit der Wandmalerei (Muralismo) Mexicos, die seit den 20er Jahren bis nach dem II. Weltkrieg die künstlerischen Aktivitäten Mexicos entscheidend prägte und deren Einfluß insbesondere in den 30er Jahren auf die nordamerikanische künstlerische Avantgarde beträchtlich war.

Der Ismus „Muralismo" läßt sich nicht von einem einheitlichen Stil ableiten, sondern von einer künstlerischen Bewegung, die auch mexicanische Renaissance genannt wird. Seine Entstehung ist untrennbar mit der mexicanischen Revolution verbunden. Da auch die Thematik der Bilder sich stark mit der mexicanischen Geschichte befaßt, seien dazu jetzt einige Stichworte angegeben.

Mexico hat eine jahrtausende alte Geschichte und die Kultur der vielen indianischen Stämme (u.a. der Azteken) stand auf einem hohen Niveau. 1519 bis 1522 unterjochte Cortéz für Spanien die Indios, die sich z.T. mit den Spaniern vermischten (Mestizen), aber noch im 19. Jahrhundert etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachten. 1810 begehrten liberale Mexicaner gegen die Kolonialherren auf (unter dem Priester Hidalgo) und 1821 wurde die Republik ausgerufen. Allerdings versuchten 1864 bis 1867 die Franzosen eine Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft mit Kaiser Maximilian, die aber mit der Hinrichtung des Monarchen endete. Ab 1876, fast ununterbrochen bis 1911, regierte dann der Diktator Porfirio Diaz, der mit aller Brutalität die Industrialisierung des Landes – und damit den Ausverkauf Mexicos an die imperialistischen Staaten – vorantrieb. Nicht erwähnt bleiben die zahlreichen Interventionen von seiten der Imperialisten, v.a. der USA.

Die mexicanische Revolution begann 1910; ihre bekanntesten Anführer waren Emiliano Zapata und Pancho Villa. Erstes Ergebnis der Sturz von Diaz. Bis 1917 verloren einige Präsidenten den Kopf, jedoch die Forderung der Bauern nach einer umfassenden Landreform mit einer Verteilung des Bodens der Großgrundbesitzer wurde nicht realisiert. Einige Forderungen der Arbeiter und Bauern fanden jedoch in der neuen Verfassung von 1917 (die bis heute gültig ist) Erwähnung; das Problem blieb nur die Umsetzung. Die Kämpfe gingen aber weiter. 1919 wurde Zapata, 1923 Villa ermordet (nachdem sich letzterer schon zurückgezogen hatte).

1920 wird Alvaro Obregón Präsident, der den Schriftsteller, Philosophen und Rektor der Universität Mexicos, José Vasconcelos, zum Volksbildungsminister macht. Dieser hatte ein

ne Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft mit Kaiser Maximilian, die aber mit der Hinrichtung des Monarchen endete. Ab 1876, fast ununterbrochen bis 1911, regierte dann der Diktator Porfirio Diaz, der mit aller Brutalität die Industrialisierung des Landes – und damit den Ausverkauf Mexicos an die imperialistischen Staaten – vorantrieb. Nicht erwähnt bleiben die zahlreichen Interventionen von seiten der Imperialisten, v.a. der USA.

Die mexicanische Revolution begann 1910; ihre bekanntesten Anführer waren Emiliano Zapata und Pancho Villa. Erstes Ergebnis der Sturz von Diaz. Bis 1917 verloren einige Präsidenten den Kopf, jedoch die Forderung der Bauern nach einer umfassenden Landreform mit einer Verteilung des Bodens der Großgrundbesitzer wurde nicht realisiert. Einige Forderungen der Arbeiter und Bauern fanden jedoch in der neuen Verfassung von 1917 (die bis heute gültig ist) Erwähnung; das Problem blieb nur die Umsetzung. Die Kämpfe gingen aber weiter. 1919 wurde Zapata, 1923 Villa ermordet (nachdem sich letzterer schon zurückgezogen hatte).

1920 wird Alvaro Obregón Präsident, der den Schriftsteller, Philosophen und Rektor der Universität Mexicos, José Vasconcelos, zum Volksbildungsminister macht. Dieser hatte ein

großes Programm entwickelt, um die 85%ige Analphabetenrate zu senken und damit aus Mexico ein modernes Land zu machen. Für das Programm standen ihm über 20% des jährlichen Staatshaushalts zur Verfügung; darin enthalten war die Initiierung und Finanzierung der Wandmalereibewegung. Alle öffentlichen Gebäude sollten bemalt werden; die Malerei sollte erzieherisch wirken und sein Konzept der neuen, kosmischen Rasse, d.h. des mestizischen Mexico propagieren. Allerdings geht er liberal vor; erst die nächste Regierung läßt 1924 die angefangenen Wandbilder vorübergehend nicht beenden. Für seinen weitreichenden Erziehungsplan erhält Vasconcelos Anregungen durch Anatoli Lunatscharski und Maxim Gorki, die ihn mit Erfahrungen der Agitpropbewegung beraten haben. Es gelingt ihm, mit Diego Rivera und David Alfaro Siqueiros zwei der bedeutendsten mexicanischen Künstler aus Europa zurückzuholen und für die Ziele des Muralismo zu gewinnen. Die Künstler erhielten eine Bezahlung auf Facharbeiterebene, womit einerseits bohèmehaftes Elitedenken vermieden werden sollte, andererseits aber auch erreicht wurde, daß sich 1923 die Gewerkschaft der revolutionären Maler, Bildhauer und Grafiker gründete.

Für dieses Programm waren natürlich auch entsprechend geeignete Künstler notwendig. Wenn man von Vorläufern der politischen Graphik (hier insbesondere José Guadalupe Posada (1852 bis 1913)) einmal absieht, so bildet sich die selbständige Künstlerbewegung, die politische Interessen artikuliert, mit dem Streik der Mal- und Bildhauerstudenten der Nationalen Schule der Schönen Künste 1911 heraus, an dem Orozco und Siqueiros teilnahmen. Nach über neun Monaten Streik war das Ziel einer Neuorganisation der Kunsterziehung erreicht. Bis zur Beauftragung der Wandmalereien liefen die Wege der drei großen Vertreter des Muralismo auseinander (Orozco, Rivera, Siqueiros). Unterschiedlich blieben auch die jeweiligen Interpretationen und politischen Auffassungen, die sich nur in der Unterzeichnung des Manifests des Syndikats der technischen Arbeiter, Maler und Bildhauer zusammenfanden.

In diesem Dokument von 1923, das als Geburtsurkunde der revolutionären mexicanischen Kunst gilt, heißt es: „Aufgrund der Tatsache, daß die soziale Situation sich im Übergang zwischen einer hinfälligen und einer neuen Ordnung befindet, verkünden wir, daß die Schöpfer der Schönheit ihre größten Kräfte einsetzen müssen, um ihre Produktion von ideologischem Wert für das Volk zu machen; und wir verkünden, daß das höchste Ziel der Kunst, die augenblicklich nur ein Ausdruck der individualistischen Selbstbefriedigung ist, eine Kunst für alle sein soll, eine Kunst der Erziehung und des

bildet sich die selbständige Künstlerbewegung, die politische Interessen artikuliert, mit dem Streik der Mal- und Bildhauerstudenten der Nationalen Schule der Schönen Künste 1911 heraus, an dem Orozco und Siqueiros teilnahmen. Nach über neun Monaten Streik war das Ziel einer Neuorganisation der Kunsterziehung erreicht. Bis zur Beauftragung der Wandmalereien liefen die Wege der drei großen Vertreter des Muralismo auseinander (Orozco, Rivera, Siqueiros). Unterschiedlich blieben auch die jeweiligen Interpretationen und politischen Auffassungen, die sich nur in der Unterzeichnung des Manifests des Syndikats der technischen Arbeiter, Maler und Bildhauer zusammenfanden.

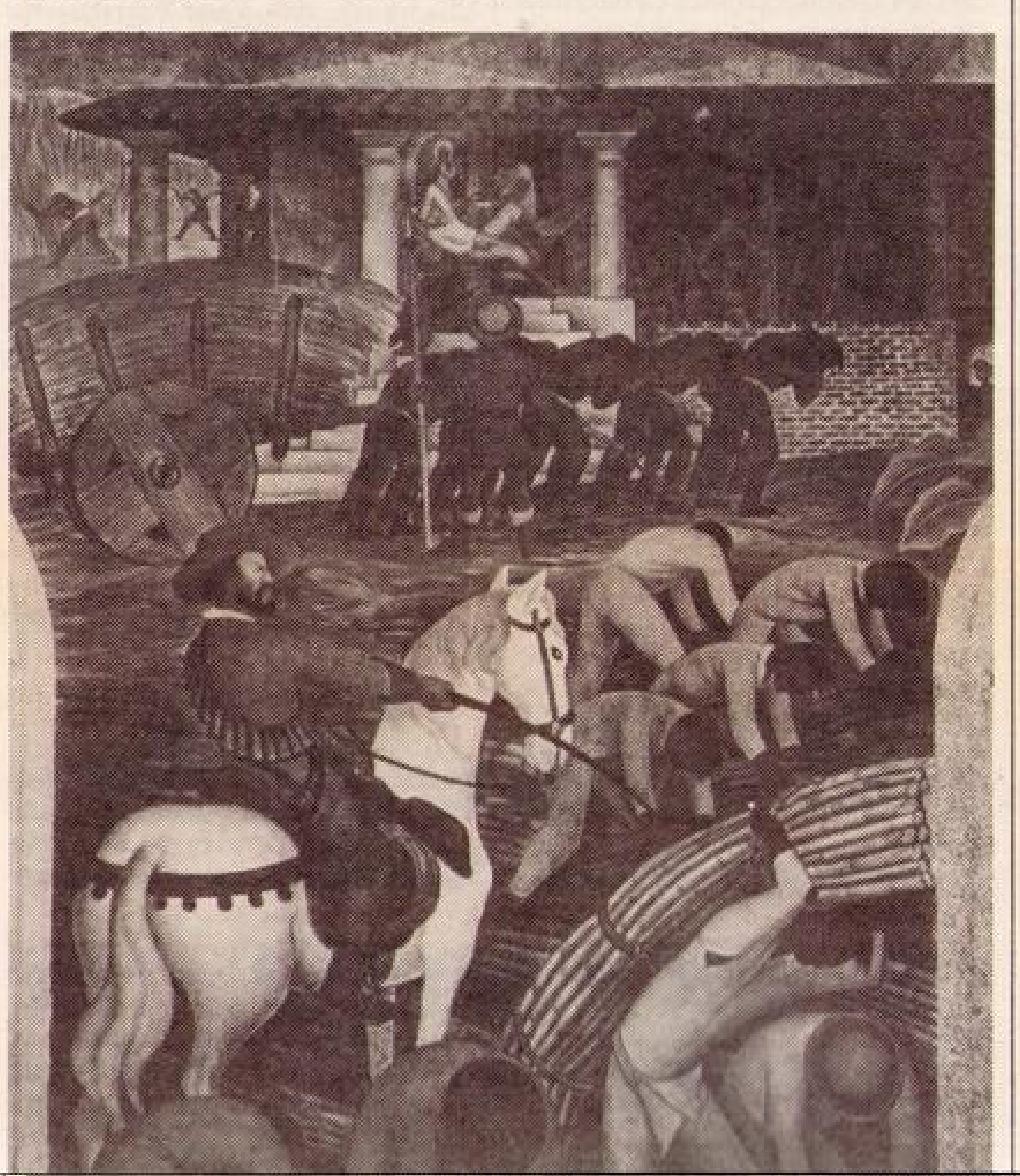
In diesem Dokument von 1923, das als Geburtsurkunde der revolutionären mexicanischen Kunst gilt, heißt es: „Aufgrund der Tatsache, daß die soziale Situation sich im Übergang zwischen einer hinfälligen und einer neuen Ordnung befindet, verkünden wir, daß die Schöpfer der Schönheit ihre größten Kräfte einsetzen müssen, um ihre Produktion von ideologischem Wert für das Volk zu machen; und wir verkünden, daß das höchste Ziel der Kunst, die augenblicklich nur ein Ausdruck der individualistischen Selbstbefriedigung ist, eine Kunst für alle sein soll, eine Kunst der Erziehung und des

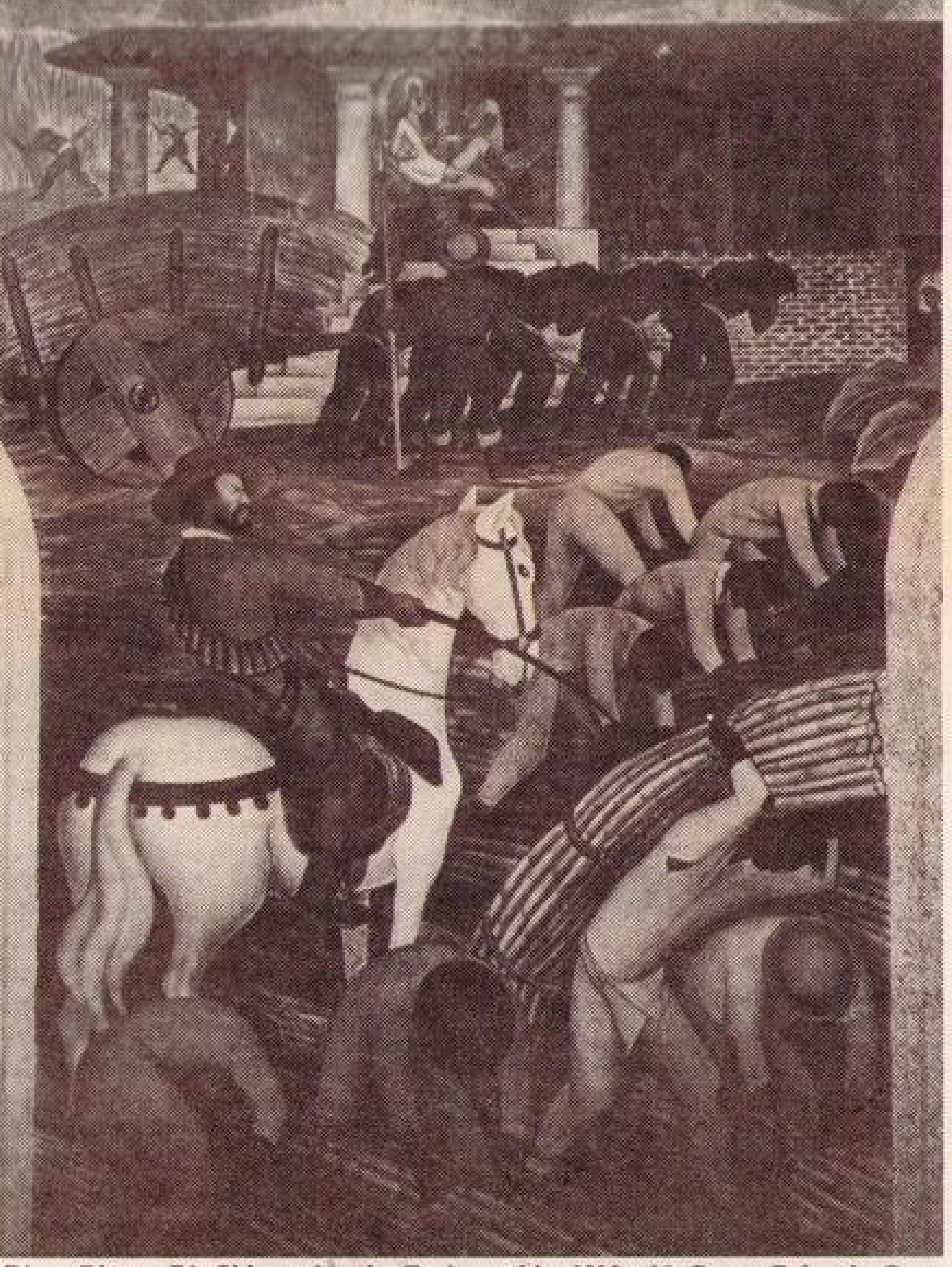
Kampfes.

Denn wir wissen genau, daß die Errichtung einer bürgerlichen Regierung in Mexico die natürliche Unterdrückung der populären indianischen Ästhetik unserer Rasse mit sich brachte, die heute nur noch in den unteren Volksklassen lebt, die jedoch schon die intellektuellen Kreise in Mexico aufzuklären beginnt. Wir werden gegen diese Unterdrückung ankämpfen, denn wir wissen sehr gut, daß der Sieg der Volksklassen ein Aufblühen nicht nur in sozialer Hinsicht mit sich bringen wird ..." (zit. n. Katalog: Wand Bild Mexico, Berlin 1982, S. 134 f.)

Diese Intention der Künstlergewerkschaft, die der KP Mexicos nahestand, beruhte im wesentlichen auf der Unterstützung der Unterdrückten, d.h. der Arbeiter, Bauern und Indios, und basiert andererseits auf dem sozialen Programm der bürgerlichen Regierung, die zunächst nichts gegen eine Durchsetzung hatte.

Ich komme nun zur Vorstellung der drei Hauptvertreter des Muralismo, die auf der Ausstellung zu sehen sind und werde sie nacheinander vorstellen. Beginnen werde ich mit dem ältesten der Drei, José Clemente Orozco (1883 bis 1949). Er ist der im Westen Bekannteste der drei, eine schillernde, sehr widersprüchliche Figur, dem im letzten Jahr in Westberlin eine eigene große Ausstellung gewidmet wurde. Der Grund für die Anerkennung mag in der politischen Zurückhaltung liegen, womit er im Gegensatz zu den beiden anderen Vertretern steht. Er hatte keine akademische Ausbildung genossen, arbeitete während der Revolution als Karikaturist bei einer linken Zeitung, zeichnete aber im wesentlichen mit pazifistischer Tendenz und hielt sich von der Revolution fern. Ab 1922 gehört er zu den Muralisten, tritt der Künstlergewerkschaft bei und macht dann Zeichnungen für das Zentralorgan der KP – ohne Mitglied zu sein. Seine Malerei zeichnet sich durch einen anti-klerikalen und anti-bürgerlichen Hang aus, die aber weniger agitatorischen Charakter hat denn zum Nachdenken anregt. Hält er sich auch aktueller politischer Betätigung fern, so bildet er später doch die Helden der Revolution als solche ab. Aufgrund seiner liberalistischen Einstellung wurden seine Bilder von Bürgerlichen abgelehnt und z.T. zerstört. Er hängt von Anfang an dem Gedanken Vasconcelos' von der kosmischen Rasse an, was sich darin ausdrückt, daß er gegen einen besonderen Schutz der indianischen Bevölkerung eintritt, weil er meint, die neue gemischte, mestizische Rasse habe sich in Mexico historisch herausgebildet und die Indios seien schon vernichtet. Zu dieser Haltung kommt nach einigen USA-Besuchen eine technikfeindliche Haltung, was zu einem Widerspruch mit der vorherigen Auffassung führt. Letztenendes wird er sehr christlich und endet als Anhänger von Cortéz. Wegen seiner bewegten Darstellungsweise, die Anklänge an Goya aber auch an die Expressionisten zeigt, und der Widersprüchlichkeit ist er doch ein interessanter Maler.





Diego Rivera, Die Sklaverei in der Zuckermühle, 1929–30, Cortez-Palast in Cuernavaca. Nicht alle Bilder sind so eindeutig in der Bildaussage wie dieses, in der die starke Unterdrückung der Indios durch die Großgrundbesitzer zum Ausdruck kommt. Braun- und Grüntöne beherrschen das Bild, in dem sowohl primitive Malerei als auch der Stil Gauguins auf Mexico übertragen als Vorbilder gelten können.

Diego Rivera (1886 bis 1957) hatte eine akademische Ausbildung genossen, arbeitete ungefähr 20 Jahre in Europa und gehörte zur kubistischen Avantgarde. Nachdem er 1922 zurück nach Mexico kommt, ändert er seinen Stil völlig, indem er mexicanische Einflüsse, v.a. der indianischen Kultur mit den modernen europäischen Stilrichtungen verbindet und so zu einer neuen Malerei kommt, die aber im Gegensatz zu Orozco steif wirkt. Er ist ab 1923 zusammen mit Siqueiros hoher Funktionär der KP Mexicos, wird aber in den 30er Jahren Trotzkist, bevor er in den 50ern sich wieder der KP zuwendet. Er ist ein konsequenter Vertreter des Manifests der Künstlergewerkschaft. Seine Themen sind v.a. die mexikanische Geschichte, wobei er besonders die der Indios idealisiert, ja geradezu ein indianisches Schönheitsideal vertritt. Ansonsten stellt er viel zur Revolution dar, auch dabei neigt er stark zu Vereinfachungen (Trennung in Gut und Böse), was aber wohl dem erzieherischen Zweck dienen sollte.

David Alfaro Siqueiros (1896 bis 1974) kommt früh mit revolutionären Bewegungen zusammen (Hauptmann während der Revolution), geht nach Europa, um sich in Malerei weiter auszubilden. Ab 1922 ist er dann bei den Muralisten, bereitet Manifest vor, ist von Anfang an Mitglied der KP, leitet von 1925 bis 1930 verschiedene Gewerkschaften, wobei er mit der Malerei aufhört. Er muß dann ins Gefängnis und wird verbannt. Ab 1932 ist er häufig in den USA, besonders in New York, wo er eine Malerschule unterhält. Er experimentiert viel mit neuen Materialien, arbeitet sehr dynamisch (ist vom Futurismus beeinflußt) nach dem kalkulierten Zufall. Seine Bilder zeichnen sich besonders durch dem Manierismus entlehnte starke perspektivische Verzerrungen aus, in denen er vorwiegend klassenkämpferische Themen darstellt und die Nützlichkeit der Technik preist. Er nimmt am spanischen Bürgerkrieg teil, wie auch am Attentat an Trotzki und behält politisch eine dogmatische undialektische Position bei, die ihn auch den Überfall der UdSSR auf die CSSR gutheißen läßt.

Zusammenfassend läßt sich über den Muralismo sagen, daß er eine vom Staat eingerichtete Bewegung war, die trotz gegensätzlicher politischer Auffassungen für diesen gearbeitet hat – wie auch später für amerikanische Konzernherren, die die Bilder z.T. akzeptierten, z.T. übermalen ließen – und daß sich nicht mehr sagen läßt, ob die Absicht, das Volk zu erziehen, auch erreicht worden ist, d.h. ob das Volk die Bilder verstanden hat. Auf je-

von Anfang an Mitglied der KP, leitet von 1925 bis 1930 verschiedene Gewerkschaften, wobei er mit der Malerei aufhört. Er muß dann ins Gefängnis und wird verbannt. Ab 1932 ist er häufig in den USA, besonders in New York, wo er eine Malerschule unterhält. Er experimentiert viel mit neuen Materialien, arbeitet sehr dynamisch (ist vom Futurismus beeinflußt) nach dem kalkulierten Zufall. Seine Bilder zeichnen sich besonders durch dem Manierismus entlehnte starke perspektivische Verzerrungen aus, in denen er vorwiegend klassenkämpferische Themen darstellt und die Nützlichkeit der Technik preist. Er nimmt am spanischen Bürgerkrieg teil, wie auch am Attentat an Trotzki und behält politisch eine dogmatische undialektische Position bei, die ihn auch den Überfall der UdSSR auf die CSSR gutheißen läßt.

Zusammenfassend läßt sich über den Muralismo sagen, daß er eine vom Staat eingerichtete Bewegung war, die trotz gegensätzlicher politischer Auffassungen für diesen gearbeitet hat – wie auch später für amerikanische Konzernherren, die die Bilder z.T. akzeptierten, z.T. übermalen ließen – und daß sich nicht mehr sagen läßt, ob die Absicht, das Volk zu erziehen, auch erreicht worden ist, d.h. ob das Volk die Bilder verstanden hat. Auf je-

den Fall waren sie ein Beitrag zur nationalen Identitätsfindung, trotz aller Widersprüche.

Zur Ausstellung in der Nationalgalerie ist noch kritisch anzumerken, daß trotz der großen und guten Auswahl der Bilder der Überblick über das Ganze verloren geht, was besonders an der Dia-Show deutlich wurde, die ständig wechselnde Bilder im Sekundentakt zeigte, ohne etwas zu erklären.

Fernsehtip

Obwohl im nachmittäglichen Kinderprogramm eingeschaltet, ist **„Watership down"** keineswegs nur ein Zeichentrickfilm für die Jungen. Der englische Film von 1979, nach dem Buch von Richard Adams, ist noch im letzten Jahr wochenlang in den Kinos gelaufen. In Gestalt der Erlebnisse einer Kaninchenfamilie wird manches gesellschaftliche Problem untergebracht. Der Film-Almanach 1981 schrieb: „Martin Rosen (Regisseur) hat fernab von Disneys süßer Beschaulichkeit einen Zeichentrickfilm gemacht, der ohne Kitsch und Kalauer eine poesievolle und phantasiereiche Geschichte erzählt. *Samstag, 5.6., 14.47 Uhr im ZDF.* – In der ZDF-Matinee wird ein Beispiel der Nazi-Zensur im Film gebracht. **„Die Koffer des Herrn O.F."** wurde von einer sozialkritischen Komödie über Depression und die kleinbürgerlichen Hoffnungen auf das Große Kapital in eine banale Komödie verwandelt. Ein Erich-Kästner-Song wurde gestrichen und anderes mehr. Der Film in seiner Originalfassung wird mit Untertiteln versehen, die darauf hinweisen, wo die Nazis geschnitten haben. *Sonntag, 6.6., 10.30 Uhr im ZDF.* – In der Reihe „Theaterwerkstatt" Maxim Gorkijs **„Nachtasyl"**. Allerdings handelt es sich um eine „moderne Fassung" von Jürgen Gosch, die Aufführung findet in der Stollwerk-Fabrik in Köln statt. *Dienstag, 8.6., 22.05 Uhr im ZDF.* – **„Ein Schrei nach Gerechtigkeit"** ist ein Film über die Anklage der südafrikanischen protestantischen Kirche gegen die Rassentrennung des weißen Regimes. *Mittwoch, 9.6., 22.20 Uhr im ZDF.* – Eine halbe Million Sinti wurden in der Zeit der Hakenkreuze, wie sie die Herrschaft des Faschismus nennen, in den Konzentrationslagern umgebracht. **„Es ging Tag und Nacht, liebes Kind"**, ist ein Fernsehfilm, in dem Sinti ihre Geschichte, ihren Leidensweg, erzählen. Der Film wurde gemeinsam von einer Sinteza und einer Nichtzigeunerin gedreht. *Donnerstag, 10.6., 22.15 Uhr im ZDF.*